CHANCEN ERGREIFEN. WOHLSTAND SICHERN.

DER BADEN-WÜRTTEMBERG-WEG IM NEUEN JAHRZEHNT

REGIERUNGSPROGRAMM DER CDU BADEN-WÜRTTEMBERG

CDU

Gemeinsam für Baden-Württemberg.

VORWORT 8

I. CHANCENREICH AUFWACHSEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG..... 12
Das Kinderland Baden-Württemberg ist ein Erfolgsmodell 12
Lebensentwürfe respektieren – Bedarfsgerechte Betreuung garantieren 12
Wir setzen auf die Eltern – wir ersetzen sie nicht: Elternbildung im Kinderland 12
Angebote für Betreuung und Bildung stark ausgebaut 12
Qualität und Quantität beim Ausbau der Kinderbetreuung 13
Kindern materielle Sicherheit bieten 13
Integration braucht Sprache – Jedes Kind spricht deutsch 13
Mittelfristig kostenfreies und verpflichtendes Kindergartenjahr 14
Singen – bewegen – sprechen: Möglichst für alle Kinder 14
Engagiert erzogene Kinder – Engagierte Frauen im Beruf 14
Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht Wirtschaft und Politik 14
Mehrkindfamilien und Alleinerziehende wollen wir unterstützen 15
Hinschauen statt wegschauen: Kinderschutz 15
Eltern brauchen alltagstaugliche Unterstützung 15
Vernachlässigung von Kindern muss Folgen haben 15
Subsidiarität auch in der Kinderbetreuung 16
Eltern bei unerfülltem Kinderwunsch unterstützen 16
Schutz des ungeborenen Lebens 16
Keine Zeugung auf Probe – Verbot der PID 16

II. CHANCENREICH LERNEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG..... 20
Chancenreich lernen in Baden-Württemberg 20
Beste Bildung für jedes Kind 20
Kein Abschluss ohne Anschluss 21
Erfolgreich lernen zwischen drei und zehn 21
An den Bildungschancen unserer Kinder wird nicht gespart 22
Guter Unterricht an allen Schulen 22
Verlässliche Unterrichtsversorgung 22
Wir lassen die Schule im Dorf 22
Ganztagsangebote weiter ausbauen: Jeder kann, keiner muss 23
Fokus Realschule 23
Für eine Kultur der Unterstützung 24
Motivierte Lehrer für gute Bildung 24
Inklusive Bildungsangebote ausbauen 24
Schulen in freier Trägerschaft fördern 24
Bildungsangebote außerhalb der Schule anbieten 25

III. CHANCENREICH FORSCHEN UND STUDIEREN 28
Chancenreich forschen und studieren 28
Wissensvorsprung des Landes weiterentwickeln 28
Exzellente Hochschulen 28
Erfolgreich studieren 29
Damit Ideen zu Produkten werden 30
Starke Partner in der Forschung 31

IV. CHANCENREICH ARBEITEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG..... 34
Unser Ziel: Arbeit für alle 34
Unser Arbeitsmarkt bietet vielfältige Chancen 34
Wir haben die Wirtschaftskrise erfolgreich bewältigt 34
Arbeitslose wirkungsvoll unterstützen 35
Gleiche Chancen für Frauen und Männer 35
Ältere Arbeitnehmer fördern 35
Mitarbeiterbeteiligung als gelebte Sozialpartnerschaft 35
Musterland für faire Arbeit 36
Unser Erfolgsmodell: Die duale Ausbildung 36
Bündnis für Ausbildung fortsetzen 36
Weiterbildung stärken 37
Faire Steuern – damit sich Leistung lohnt 37

V. CHANCENREICH WIRTSCHAFTEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG 40
Baden-Württemberg nutzt die Chancen des Wandels 40
Neue Wachstumsfelder erschließen 40
Nachhaltige Mobilität: Wachstum mit neuem Antrieb 40
Umwelttechnik: Sauberes Wachstum schaffen 40
BIP durch Bits: Wachstum durch Software und Medien 41
Wachstumsbereich Gesundheitswirtschaft. 41
Tourismus: Wachstum durch Gastfreundschaft 41
Ein neuer Gründergeist für unser Land 42
Der Mittelstand ist und bleibt das Kernstück unserer Wirtschaft 42
Baden-Württemberg ist das Land des Mittelstands 42
Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands stärken 42
Innovationsfähigkeit des Mittelstands verbessern 43
Neues Wachstum braucht frisches Geld 43
Qualifizierte Fachkräfte für chancenreiches Wirtschaften 43
Gesteuerte Zuwanderung als Chance begreifen 44

VI. CHANCEN NACH DEM ARBEITSLEBEN 48
Den demographischen Wandel als Chance begreifen 48
Eine Chance für unsere Gesellschaft – das Potential älterer Menschen nutzen 48
Weiterbildung auch im Alter 48
Würde im Alter bewahren 48

Soviel Selbständigkeit wie möglich, soviel Hilfe wie nötig 49
Häusliche Betreuung ermöglichen und lokale Initiativen stärken 49
Ausbau der Pflegestützpunkte vorantreiben 49
Individuelle Betreuung fortentwickeln – Verantwortung füreinander übernehmen 49
Im wohnortnahen Pflegeheim zuhause – im Zentrum der Gemeinschaft 49
Eine qualitativ hochwertige Betreuung – für uns ein Herzensanliegen 50
Bewusstsein für das Miteinander 50

VII. GRUNDLAGEN UNSERES CHANCENREICHTUMS 54

A. BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE 54
Verantwortungsvoller Energiemix 54
Unser Energiekonzept – mutig und vernünftig zugleich 55
Energie einsparen 55
20 Prozent erneuerbare Energien bis 2020 55
Verantwortungsvoller Ausbau regenerativer Energien 55
Energieforschung verstärken 56
Baden-Württemberg – Vorreiter bei erneuerbarer Wärme 56

B. UMWELTSCHUTZ 56
Umweltschutz – eine Verpflichtung für die Union 56
Vorfahrt für den Klimaschutz 57
Wirksamer Klimaschutz braucht das Engagement vieler Akteure 57
Umweltbewusstsein durch Umweltbildung 57
Land und Leute vor Lärm schützen 58
Luft und Wasser sauber halten 58
Hochwasserschutz: Schutz vor den Gefahren des Wassers 58
Bewahrung unseres Naturerbes 59
Tiere schützen 59
Flächenverbrauch reduzieren 60
Umwelttechnik und Ressourcenschonung 60
Nachhaltigkeit im Dialog 60

C. INNERE SICHERHEIT 61
Wir sind das Land, in dem Recht und Ordnung etwas gelten 61
Die Ausstattung unserer Polizei ist und bleibt spitze 61
Gute Polizeiarbeit braucht motivierte Polizisten 61
Terroristen und Chaoten keine Chance geben 62
Für sichere Städte und Gemeinden 63
Kein Platz für Kriminelle 63
Jugendkriminalität bekämpfen – Prävention ausbauen 64
Sexualstraftäter und Sicherungsverwahrung 64
Das Internet – kein rechtsfreier Raum 64
Lebensrettern durch Unterstützung helfen 65
Zivilcourage fördern 65
Bundeswehr: Sicherheit garantieren, starke Standortstruktur erhalten 65

D. HEIMAT UND IDENTITÄT 66
Baden-Württemberg – eine starke Heimat 66
Chancen eröffnen. Erfolgreich integrieren 66
Deutsche Sprache als Schlüssel zum Erfolg 66
Integration fördern und fordern 67
Integration braucht Selbstbewusstsein 67
Dialog der Religionen – Bekenntnis zur christlichen Kulturprägung 67

E. KUNST UND KULTUR 68
Kunst für alle 68
Kulturangebote in Spitze und Breite 68

F. ENGAGIERTES BADEN-WÜRTTEMBERG 69
Gemeinsam Brücken schlagen 69
Ehrenamt und Beruf verbinden 69
Miteinander füreinander 69
Freiwilligendienste ausbauen 69
Ehrenamt und Schule – Großartiges miteinander verbinden 70
Der Sport: Leistung, Teamgeist, Engagement 70
Solidarität erhalten 70
Die Bürgergesellschaft weiter entwickeln 71
Die CDU ist der Partner des Ehrenamts 71

G. GESUND IN BADEN-WÜRTTEMBERG – NICHT NUR ANSPRUCH, SONDERN WIRKLICHKEIT 71
Landespolitische Spielräume gegenüber dem Bund nutzen 72
Gesundheitsförderung und Prävention stärken 72
Wohnortnahe Krankenhausversorgung sichern 72
Barrieren überwinden, Teilhabe möglich machen 72
Ein Zeichen der Menschlichkeit 73

H. VERLÄSSLICHER VERBRAUCHERSCHUTZ 73
Schwerpunkte: Sichere Lebensmittel und solide Finanzprodukte 74
Neue Medien sicher und generationengerecht nutzen 74

I. MODERNE UND GUTE VERWALTUNG SICHERT ZUKUNFT 75
Gemeinsam gut regieren 75

Verwaltungsstruktur weiterentwickeln ... 75
Bürgernahe Verwaltung ... 76
Bürokratie abbauen – Chancen Raum geben ... 76

VIII. CHANCEN IM LÄNDLICHEN RAUM ... 80
Politik für das ganze Land ... 80
Starke Ländliche Räume ... 80
Schnelles Internet im ganzen Land ... 80
Flächendeckende Hochschulstruktur garantieren ... 80
Mit uns bleibt die Schule im Dorf ... 81
Daseinsvorsorge in den Dörfern sichern ... 81
Unser Erfolgsmodell: Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum ... 81
Damit der Landarzt auf dem Land bleibt ... 81
Faire Chancen für die Land- und Forstwirtschaft ... 82
Verlässliche Unterstützung unserer Landwirte ... 82
Landwirtschaft in Verantwortung vor der Schöpfung ... 83

IX. CHANCEN DURCH MOBILITÄT ... 86
Wir haben Nachholbedarf im Verkehrsbereich ... 86
Nachhaltige Mobilität – Schlüssel zur Zukunft ... 86
Moderne Mobilität: Neue Antriebstechnologien ... 86
Verkehr sinnvoll lenken ... 87
Höchste Eisenbahn für eine moderne Bahninfrastruktur ... 87
Wir stehen zum Bahnprojekt Stuttgart 21 ... 87
Rheintalbahn bürger- und umweltfreundlich ausbauen ... 88
Wichtige Schienenprojekte vorantreiben ... 88
Erfolgsgeschichte des ÖPNV weiterschreiben ... 89
Ohne Straßen läuft nichts ... 89
Fernstraßen zügig ausbauen ... 89
Sichere Infrastrukturfinanzierung gewährleisten ... 90
Flugverkehr – Zurückhaltung beim Infrastrukturausbau ... 91
Stärkung des Schiffsverkehrs auf dem Neckar ... 91

X. CHANCEN DURCH SOLIDE HAUSHALTE ... 94
Solide Finanzpolitik ist das Markenzeichen der CDU ... 94
Sparen für unsere Kinder ... 94
Nullverschuldung ist unser Ziel ... 95
Belastungen künftiger Haushalte nicht aus dem Blick verlieren ... 95
Änderungen am Länderfinanzausgleich sind nötig ... 95
Land und Kommunen – starke Partner ... 96

XI. BADEN-WÜRTTEMBERGS CHANCEN IN DER WELT UND IN EUROPA ... 100
Europa ist Chance und Erfolg ... 100
EU-Erweiterung mit Augenmaß ... 100
Den europäischen Gedanken mit Leben füllen ... 100
Der Euro muss stabil bleiben ... 101
Finanzen fair und transparent ausgestalten ... 101
Verantwortung in der Welt ... 101

XII. BADEN-WÜRTTEMBERGS CHANCEN IN GUTEN HÄNDEN ... 104
Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit ... 104
Politik im Dialog – Bürgerbeteiligung ... 104
Stefan Mappus – unser Ministerpräsident ... 105

REGISTER ... 106

NOTIZEN ... 110

Liebe Wählerinnen und Wähler,

Am 27. März 2011 ist Landtagswahl. Sie, die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg, entscheiden an diesem Tag, wem sie ihr Mandat für die Regierungsarbeit in den kommenden fünf Jahren geben wollen.

Baden-Württemberg ist mit der CDU immer gut gefahren. Wir haben bewiesen, dass wir unsere Verantwortung für Land und Leute mit Verlässlichkeit und Kompetenz wahrnehmen. Und wir haben die Kraft und die Ideen, wie wir die klassischen Stärken dieses Landes für eine chancenreiche Zukunft nutzen können. Damit bewerben wir uns bei allen Baden-Württembergerinnen und Baden-Württembergern um ihr Vertrauen und um einen neuen Regierungsauftrag.

Baden-Württemberg ist Heimat mit Zukunft. Als Exportland im Herzen Europas sind wir weltoffen und weltgewandt. Wir wagen Neues, haben aber auch Respekt vor Gewachsenem. Das ist ebenso typisch Baden-Württemberg wie typisch CDU. Wir krempeln die Ärmel hoch und machen. Wir können mit Selbstbewusstsein ins neue Jahrzehnt gehen und dabei auf unsere angestammten kreativen Kräfte vertrauen. Unser Land hat die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise schnell und erfolgreicher als andere bewältigt. Bei Wachstum und Arbeitsmarkt, Bildung und Forschung, Lebensqualität und Sicherheit erreicht Baden-Württemberg Bestwerte. Das sind die Leistungen, auf die wir unsere künftige Politik aufbauen werden.

Wir wissen dabei, dass der Erfolg Baden-Württembergs nicht selbstverständlich ist. Um unseren Wohlstand zu sichern, müssen wir die Chancen entschlossen nutzen, die sich uns bieten. Stillstand und Verhinderungsdenken kann sich unser Land nicht leisten. Baden-Württemberg war immer dann erfolgreich, wenn es Herausforderungen tatkräftig angenommen hat. Für die CDU ist deshalb klar: Wir wollen, dass unser Land ein Modell deutscher Möglichkeiten bleibt. Wir wollen, dass Baden-Württemberg seinen Bürgerinnen und Bürgern auch in den kommenden Jahren die besten Lebensbedingungen und die meisten Perspektiven bietet. Wir sind bereit, dafür die notwendigen Entscheidungen zu treffen und weiter Verantwortung für Baden-Württemberg zu übernehmen.

Deshalb arbeiten wir in der CDU weiter für unsere Ziele:

- **für eine starke Wirtschaft und sichere, attraktive Arbeitsplätze in Baden-Württemberg:** Wir setzen gezielt auf die Wachstumsbranchen der Zukunft und sorgen so dafür, dass Wertschöpfung und Chancen im Land bleiben;
- **für beste Bildungschancen für alle:** Wir machen Baden-Württemberg noch stärker zum Land der Bildungsaufsteiger und sorgen dafür, dass jedes Kind seinen Bildungsweg erfolgreich gehen kann;
- **für Forschungsstärke und Innovationskraft:** Wir stehen für Exzellenz in Forschung, Wissenschaft und Hochschule, damit sich kluge Köpfe in Baden-Württemberg wohl fühlen;
- **für eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur:** Wir wollen, dass die Menschen im Land von guten Verkehrswegen, einer verlässlichen Energieversorgung und schnellen Datenverbindungen profitieren;
- **für einen fairen Ausgleich zwischen Stadt und Land:** Wir sind die Partei des Ländlichen Raumes;
- **für solide Staatskassen:** Wir kehren schnellstmöglich zurück zu einem Landeshaushalt ohne neue Schulden, damit auch künftige Generationen ihre Chancen nutzen können;
- **für Recht und Sicherheit**, auf die sich alle Bürger verlassen können;
- **für ein lebendiges Miteinander:** für den Zusammenhalt von Alt und Jung, für gelingende Integration nach klaren Regeln, für ein menschliches und engagiertes Baden-Württemberg.

Die CDU Baden-Württemberg orientiert sich an der konkreten Wirklichkeit der Menschen im Land. Für uns zählt jeder Einzelne mit seinen persönlichen Begabungen, Erwartungen und Zielen. Deshalb wollen wir, dass jede Baden-Württembergerin und jeder Baden-Württemberger auch in den kommenden Jahren die reichen Chancen nutzen und verwirklichen kann, die dieses Land eröffnet – an allen Stationen des Lebens und mit allen Möglichkeiten. Dafür stehen wir. Das entspricht unserem christlichen Menschenbild, das Grundlage unserer Politik ist und bleibt. Und es folgt aus den Werten, die uns in der CDU leiten.

Die CDU Baden-Württemberg steht für Freiheit in Verantwortung, für Zusammenhalt in der Sozialen Marktwirtschaft, für neue Chancen aus bleibendem Erfolg.

Baden-Württemberg ist das Land des Chancenreichtums. Dieser Chancenreichtum ist die Quelle unserer gemeinsamen Stärke. Wir wollen diese Stärke erhalten und ausbauen. Unser Angebot und unsere Verpflichtung für Baden-Württemberg heißt: **Chancen ergreifen, Wohlstand sichern.**

Ich bitte Sie herzlich um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen für die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU bei der Landtagswahl am 27. März 2011.

Mit besten Grüßen

Stefan Mappus

CHANCEN ERGREIFEN.
WOHLSTAND
SICHERN.

CDU

Gemeinsam für Baden-Württemberg.

I. CHANCENREICH AUFWACHSEN

IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Kinderland Baden-Württemberg ist ein Erfolgsmodell.
Kinder stehen für alle Zukunftschancen einer Gesellschaft. Für die CDU Baden-Württemberg gibt es nichts Wertvolleres als Kinder. Deshalb haben wir vor fünf Jahren mit dem Projekt Kinderland Baden-Württemberg einen ganzheitlichen Ansatz gewählt. Es geht um eine Politik, in deren Mittelpunkt Kinder und Jugendliche stehen – mit all ihren besonderen Bedürfnissen und Möglichkeiten. Auf diesem Weg des Kinderlandes Baden-Württemberg haben wir viel erreicht: Wir haben seit dem Jahr 2003 die Mittel für die Kleinkindbetreuung mehr als verzehnfacht. Baden-Württemberg ist beim Ausbau der Kleinkindbetreuung bundesweit mit an vorderster Stelle.

Lebensentwürfe respektieren – Bedarfsgerechte Betreuung garantieren.
In den ersten sechs Lebensjahren des Kindes werden wesentliche Grundlagen für den späteren Lebensweg gelegt. Sowohl die Erziehung in der Familie als auch in öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, durch Tagesmütter oder durch Tagesväter prägen die kindliche Entwicklung. So vielfältig wie die Lebensentwürfe der Familien in Baden-Württemberg sind, so individuell fallen die Entscheidungen für die beste Betreuungsform aus. Für die CDU Baden-Württemberg hat die Wahlfreiheit der Eltern bei der Frage der Betreuung ihrer Kinder oberste Priorität. Wir unterstützen die, die ihre Kinder selbst betreuen und erziehen möchten, genauso wie diejenigen, die private und öffentliche Betreuungsangebote nutzen.

Wir setzen auf die Eltern – wir ersetzen sie nicht: Elternbildung im Kinderland.
Wir stehen zur Verantwortung der Eltern, denn die Erziehung eines Kindes lässt sich nicht abgeben. Wo Eltern Unterstützung wünschen oder Bedarf deutlich wird, sollen unsere Angebote helfen. Gerade unser Programm „Stärke“ zur Förderung von Alltags-, Erziehungs- und Elternkompetenz hat sich als Angebot an die Eltern bewährt. Wir werden es weiterentwickeln und den Eltern in Baden-Württemberg dauerhaft anbieten. Dazu wird das Programm „Stärke“ auf werdende Eltern, Eltern größerer Kinder sowie minderjährige und in Ausbildung befindliche Eltern ausgedehnt. So können wir den Eltern gezielten Rat und Hilfe in schwierigen Situationen anbieten. Darüber hinaus unterstützen wir die geplante Einführung des Betreuungsgeldes auf Bundesebene.

Angebote für Betreuung und Bildung stark ausgebaut.
Die CDU Baden-Württemberg steht zum festgelegten Ausbauziel bei der Kleinkinderbetreuung mit einer Versorgungsquote von 34 Prozent. An der Umsetzung dieser ehrgeizigen Vorgabe arbeiten wir hart, um bis zum Jahr 2013 das Ziel zu erreichen. Dabei hat sich gerade der stufenweise Ausbau der Kleinkinderbetreuung in Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden bewährt. Die CDU Baden-Württemberg wird auch in der kommenden Legislaturperiode den weiteren Ausbau der Kleinkinderbetreuung unterstützen.

Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für ein- bis unter dreijährige Kinder ist eine weitere zentrale Herausforderung für unser Kinderland Baden-Württemberg. Wir brauchen diesen Ausbau, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Auch hier gilt: Wir wollen einen bedarfsorientierten Ausbau des Angebots. Starre Betreuungsquoten über das ganze Land hinweg helfen nicht weiter.

Qualität und Quantität beim Ausbau der Kinderbetreuung.
Genauso wichtig wie der Ausbau der Menge an Betreuungsplätzen ist die Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuungsangebote. Gerade die zeitliche Flexibilität des Betreuungsangebots ist für die Eltern wichtig. Die Öffnungszeiten von Kindergärten und Kindertagesstätten müssen die Lebenswirklichkeit der Eltern widerspiegeln. Nur so garantieren wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Qualifizierung der Betreuerinnen und Betreuer ist eine entscheidende Voraussetzung für eine gute Erziehung unserer Kinder. Neben der bewährten Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher stehen wir zur Ausbildung von Fachkräften in Hochschulstudiengängen für frühkindliche Bildung. Auch die berufsbegleitende Weiterbildung der Fachkräfte im Erziehungsbereich wird die CDU Baden-Württemberg unterstützen.

Tagesmütter und -väter leisten einen wichtigen Beitrag zur Betreuung von Kindern in Baden-Württemberg. Die CDU setzt auch hier auf hohe Qualifikationsanforderungen: Alle Tagesväter und Tagesmütter müssen einen Grundqualifizierungskurs zur Betreuung und einen Erste-Hilfe-Kurs für Säuglinge absolvieren. Bei der Tagesbetreuung in Betrieben sehen wir noch große Potentiale.

Kindern materielle Sicherheit bieten.
Familien brauchen Sicherheit. Die hohe Lebensqualität und die guten wirtschaftlichen Bedingungen in Baden-Württemberg sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Kinder gut aufwachsen können. Die CDU unterstützt aber auch gezielt die Familien mit geringem Einkommen. Dafür ist unser Landeserziehungsgeld ein wichtiges Markenzeichen. Mit dem Landeserziehungsgeld fördern wir junge Eltern auch in Zukunft in der Zeit nach dem Bezug des Bundeselterngeldes wirksam. Kindererziehung ist in höchstem Maße ein Dienst an der Gesellschaft und muss sich auch bei den Rentenansprüchen der Eltern niederschlagen.

Weil Kinder die Geborgenheit eines Zuhauses brauchen, helfen wir Eltern auf dem Weg in die eigenen vier Wände. Mit dem Landeswohnbauförderungsprogramm werden Familien unterstützt, selbst genutztes Wohneigentum zu schaffen. Um Familien den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern, wollen wir ein Baukindergeld einführen. Die CDU setzt sich außerdem für kommunale Initiativen ein, die es Eltern mit Kindern durch geeignete Förderinstrumente erleichtern, Wohneigentum zu erwerben.

Integration braucht Sprache – Jedes Kind spricht deutsch.
Von entscheidender Bedeutung für alle Kinder ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Erst sie gewährleistet Chancengleichheit und macht Integration möglich. Die CDU setzt deshalb auf eine möglichst umfassende Sprachförderung bereits im Kindergarten.

Jedes Kind, das in Baden-Württemberg eingeschult wird, spricht deutsch.

Mittelfristig kostenfreies und verpflichtendes Kindergartenjahr.
In Weiterentwicklung des Orientierungsplans sowie des Projekts „Schulreifes Kind“ strebt die CDU Baden-Württemberg in der nächsten Legislaturperiode an, für Kinder ab fünf Jahren vor dem Eintritt in die vierjährige Grundschule ein kostenfreies, verpflichtendes Kindergartenjahr einzuführen. Angesiedelt in den Kindergärten können Erzieherinnen und Erzieher zusammen mit Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern einen behutsamen Übergang vom spielerischen Lernen des Kindergartens hin zur Wissensvermittlung in der Grundschule ermöglichen und begleiten. Dieses Kindergartenjahr trägt, auch vor dem Hintergrund der Sprachförderung, entscheidend zur Chancengleichheit von Kindern mit unterschiedlichen Voraussetzungen bei und fördert deren Schulfähigkeit. Das Land steht dabei zur Konnexität: Kosten, die den Kindergartenträgern dadurch entstehen, werden vom Land ersetzt.

Singen – bewegen – sprechen: Möglichst für alle Kinder.
Die CDU Baden-Württemberg unterstützt die musikalische, motorische und sprachliche Entwicklung von Kindern. Wir wollen dazu beitragen, dass Kinder die Schulfähigkeit erlangen. Musische Grundbildung ist ein wirkungsvoller Beitrag, um soziale Unterschiede in unseren Schulklassen zu überwinden. Zusammen mit den Jugendmusikschulen und den Musikvereinen im Land werden wir deshalb das erfolgreiche Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ innerhalb der nächsten Legislaturperiode flächendeckend ausbauen. Möglichst jedes Kind in Baden-Württemberg soll ein Musikinstrument erlernen können.

Engagiert erzogene Kinder – Engagierte Frauen im Beruf.
Um unsere Innovationskraft zu erhalten, können wir auf die Talente von erwerbstätigen Frauen nicht verzichten. Wenn Frauen ihrem Beruf auch in der neuen Familiensituation weiter nachgehen wollen, brauchen sie unsere Unterstützung.

Wichtig ist, dass sich auch Arbeitgeber auf diese Bedürfnisse einstellen – von der gezielten Beratung bis zu passgenauen Kinderbetreuungsangeboten. Familienfreundliche Arbeitsformen wie zum Beispiel die Telearbeit müssen gerade Eltern in der Familiengründungsphase offen stehen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht Wirtschaft und Politik.
Die CDU Baden-Württemberg sorgt dafür, dass sich Kindergartenträger, Kommunen und Wirtschaft künftig bei den Kinderbetreuungskonzeptionen in den Städten und Gemeinden eng abstimmen. Kinder- und familienorientierte Personalpolitik rechnet sich für alle Arbeitgeber. Mitarbeiter, die ihre Kinder gut versorgt wissen, sind motiviert und konzentriert. Kinder- und Familienfreundlichkeit bleibt eine fordernde Aufgabe für unsere ganze Gesellschaft. Sie ist auch ein harter Standortfaktor – genau wie leistungsfähige Verkehrswege.

Mehrkindfamilien und Alleinerziehende wollen wir unterstützen.
Besonders wichtig für die Zukunft unserer Gesellschaft sind Ehepartner, die sich dafür entscheiden, mehrere Kinder haben zu wollen. Diese Ehepartner verfügen über Qualifikationen und Kompetenzen, auf welche unser Land nicht verzichten kann. Diese Familien wollen wir unterstützen. Den Alleinerziehenden helfen wir mit unseren Weichenstellungen, Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können.

Hinschauen statt wegschauen: Kinderschutz.
Der Schutz unserer Kinder vor Gewalt und Missbrauch steht für uns in der CDU über allem. Kinder sollen in unserem Land gesund und behütet aufwachsen. Wirksamer Kinderschutz braucht Wachsamkeit: Es darf nicht passieren, dass ein Kind deshalb zu Schaden kommt, weil die Wege zwischen Verantwortlichen zu lang sind oder weil Bürokratie die Zusammenarbeit der Einrichtungen behindert. Es gilt: Hinhören statt weghören! Hinschauen statt wegschauen! Insbesondere im privaten und im öffentlich-rechtlichen Fernsehen muss dem Kinderschutz Vorrang gegenüber kommerziellen Interessen eingeräumt werden. Dies gilt insbesondere für das Programm an hohen kirchlichen Feiertagen, wie Weihnachten, Karfreitag und Ostern.

Eltern brauchen alltagstaugliche Unterstützung.
Millionen Mütter und Väter nehmen ihre Elternverantwortung vorbildlich wahr. Doch manche Eltern sind überfordert, ihren Kindern die liebevolle Zuwendung und Unterstützung zu geben, die sie brauchen. Dadurch kann es zu Abschottung, Vernachlässigung und Gewalt kommen. In solchen Situationen brauchen Familien wirksame und praktische Unterstützung. Eltern müssen deshalb frühzeitig unterstützt und in ihren Kompetenzen gestärkt werden. Deshalb will die CDU Baden-Württemberg das bewährte Kinderschutzkonzept Baden-Württemberg fortführen und weiter entwickeln. Das Konzept beruht auf den vier Säulen Früherkennung und Prävention, Ausbau der frühen Hilfen, gezielte Qualifizierung der Fachkräfte und Vernetzung der Akteure im Kinderschutz.

Die für alle Kinder verpflichtenden Früherkennungsuntersuchungen im Rahmen des Kinderschutzgesetzes Baden-Württemberg sind wirkungsvoll. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, Früherkennungsuntersuchungen so zu gestalten, dass Kindesvernachlässigungen und Kindesmisshandlungen zuverlässig erkannt werden.

Vernachlässigung von Kindern muss Folgen haben.
Die Folgen der Vernachlässigung von Kindern sind gravierend. Kommen Eltern ihrem Erziehungsauftrag nicht nach, weil sie selbst für einfachste Dinge keine Sorge tragen, muss dies abgestufte Konsequenzen haben. Denkbar ist, staatliche Unterstützungsleistungen für die Kinder, die regelmäßig den Eltern gewährt wird, den Kindern direkt über den Schulträger zukommen zu lassen. Die CDU spricht sich dafür aus, dass das Familiengericht die Möglichkeit erhält, verpflichtende Elternkurse anzuordnen.

Subsidiarität auch in der Kinderbetreuung.
Die Betreuung und Erziehung von Kindern ist zuerst Aufgabe der Eltern, dann der Gesellschaft und des Staates. Das Subsidiaritätsprinzip begründet den Vorrang freier Träger in der Kinderbetreuung. Gerade kirchliche Einrichtungen leisten hier einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg unseres Projekts Kinderland Baden-Württemberg. Sie erfüllen in besonderer Weise den Auftrag der Landesverfassung, in der es heißt: „Die Jugend ist in Ehrfurcht vor Gott zu erziehen."

Eltern bei unerfülltem Kinderwunsch unterstützen.
In Baden-Württemberg ist ca. jede siebte Ehe von Fruchtbarkeitsproblemen betroffen. Auch die finanzielle Unterstützung dieser Paare liegt der CDU Baden-Württemberg am Herzen. Die CDU Baden-Württemberg unterstützt in diesem Zusammenhang gleichermaßen auch Eltern, die sich ihren Kinderwunsch durch Adoption oder die Aufnahme von Pflegekindern erfüllen wollen. Die Kriterien für Adoptionen müssen überprüft werden, da heute die Frauen später gebären. Dies muss sich auch auf die Adoptionsmöglichkeiten auswirken.

Schutz des ungeborenen Lebens.
Wir treten nachdrücklich für den Schutz des ungeborenen Lebens ein. Wir wollen die Grundlagen dafür verbessern, dass jedes ungeborene Kind, auch unter erschwerten Bedingungen, angenommen wird. Schwangere in Not- und Konfliktlagen brauchen neben finanziellen Hilfen und einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot unsere volle Unterstützung. Der Schutz des Lebens ungeborener Kinder muss in der Rechtsordnung unseres Staates verankert bleiben.

Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das es den Eltern leichter macht, sich für die Geburt eines kranken oder behinderten Kindes zu entscheiden. Die immer weiter zunehmende Zahl der Spätabtreibungen muss eingeschränkt werden.

Keine Zeugung auf Probe – Verbot der PID.
Neue Verfahren der Gendiagnostik bringen schwierige ethische Fragen mit sich. Die CDU hat die Diskussion über die Möglichkeiten und Risiken der Präimplantationsdiagnostik (PID) intensiv und mit großer Ernsthaftigkeit geführt. Wir sehen in der Zulassung der PID die Gefahr, dass menschliches Leben in „lebenswert" und „nicht lebenswert" eingeteilt werden könnte. Wenn Embryonen mit Behinderung bei der PID aussortiert werden, widerspricht das unserer Auffassung von der unantastbaren Würde kranker oder behinderter Menschen. Es darf nicht dazu kommen, dass Eltern sich dafür rechtfertigen müssen, wenn sie ein behindertes Kind zur Welt bringen. Deshalb sind wir für ein Verbot der PID.

II. CHANCENREICH LERNEN
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Chancenreich lernen in Baden-Württemberg.

Bildung ist das Herzstück unserer Politik. Die CDU in Baden-Württemberg will die besten Schulen für unsere Kinder. Wir wollen Schulen, die jedes Kind bestmöglich fördern und dabei auf alle Begabungen und Bedürfnisse eingehen. Wir wollen, dass chancenreiches Lernen für alle möglich ist. Und wir wollen, dass die Abschlüsse unserer Schulen auch in Zukunft etwas wert sind. Deshalb setzen wir auf unser erfolgreiches Bildungssystem der vielen Wege. Nicht ein Weg für alle, sondern der passgenaue, richtige Weg für jeden – das ist unser Anspruch. Die Bildungspolitik der CDU Baden-Württemberg bedeutet Vielfalt statt Einfalt, Chancenreichtum statt Gleichmacherei.

Unsere baden-württembergischen Schulen belegen bei allen Bildungsvergleichen Spitzenplätze. Unsere Schulabschlüsse sind eine erstklassige Eintrittskarte in ein erfolgreiches Berufsleben. Nicht zuletzt deshalb ist die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg eine der niedrigsten in ganz Europa. Das spricht klar für die große Qualität und für den Erfolg unserer Schulen und unserer Bildungspolitik.

Wir haben in den vergangenen Jahren viele innovative pädagogische Konzepte ins baden-württembergische Schulleben eingeführt und den Unterricht weiter verbessert. Baden-Württemberg gehört im Urteil von Experten zu den modernsten Bildungsländern in Deutschland. Deshalb ist klar: Mit der CDU wird es keine Ressourcen raubenden Strukturexperimente auf dem Rücken unserer Schüler geben. Wir wollen unser erfolgreiches Bildungswesen organisch weiterentwickeln – im Dialog mit Eltern, Schülern, Lehrern und Kommunen. Dabei verstehen wir die Schule nicht nur als Lern-, sondern auch als Lebensraum, in dem jedes Kind seine Persönlichkeit entfalten kann. Auch deshalb unterstützen wir Gewalt- und Suchtprävention, Anti-Mobbing-Programme oder Medienerziehung an der Schule.

Beste Bildung für jedes Kind.

Wir wollen, dass jedes Kind die hervorragenden Chancen nutzen kann, die Bildung in Baden-Württemberg eröffnet. Deshalb wollen wir noch mehr dafür tun, dass der Bildungserfolg nicht vom Elternhaus abhängt. Der Aufstieg durch Bildung muss in Baden-Württemberg für alle möglich sein. Darin sehen wir einen wichtigen Auftrag für unsere Bildungspolitik. Wir werden verhindern, dass in Baden-Württemberg „bildungsferne“ Milieus entstehen können. Schon heute kann sich die Arbeit unserer Schulen auch in dieser Hinsicht sehen lassen: In keinem deutschen Flächenland machen mehr Menschen das Abitur. In Baden-Württemberg verlassen bundesweit mit weitem Abstand die wenigsten jungen Menschen die Schule ohne Abschluss. Das zeigt: Unsere Schulen geben jedem seine Chance. Gerade deshalb setzen wir uns das Ziel, die Schulabbrecherquote in den nächsten Jahren zu halbieren. Die Empfehlungen des in Deutschland einzigartigen Expertenrats zur Entkoppelung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft werden wir konsequent umsetzen. Chancenreiches Lernen für jedes Kind ist möglich. Baden-Württemberg hat dafür die besten Voraussetzungen.

Kein Abschluss ohne Anschluss.

Jeder Jugendliche soll seinen Weg in unserem Bildungswesen selbst gestalten können. Im Ergebnis ist nicht entscheidend, welche Schule er besucht hat, sondern was er kann und gelernt hat. Es ist das Markenzeichen von Schule in Baden-Württemberg, dass die Wege zu allen Schulabschlüssen möglichst lange offen gehalten werden. Unser Credo ist: Kein Abschluss ohne Anschluss. Wir werden deshalb die Durchlässigkeit zwischen den Schularten weiter stärken. Um ihren individuell besten Weg zum Bildungserfolg zu finden, sollen die Schüler künftig einen „Routenplaner“ an die Hand bekommen. An baden-württembergischen Schulen gilt: Vielfalt fördert alle. Wir spielen die Schularten nicht gegeneinander aus, sondern setzen auf ihre jeweiligen Stärken.

Die individuellen Lernwege über die allgemeine und die berufliche Bildung sind für uns gleichwertig. Sie ergänzen sich und bauen aufeinander auf. Gerade unser berufliches Schulwesen steht für die Durchlässigkeit der vielfältigen Bildungswege in Baden-Württemberg. Die Beruflichen Gymnasien stärken die Bildungsgerechtigkeit besonders. Sie führen Schüler unterschiedlichster sozialer Herkunft zum Abitur. Fast jedes dritte Abiturzeugnis im Land stammt von einem Beruflichen Gymnasium. Mit 100 zusätzlichen Klassen und bis zu 17 neuen Standorten bauen wir das Angebot der Beruflichen Gymnasien deshalb deutlich aus. Damit unterstreichen wir einmal mehr unser bildungspolitisches Kernziel, jungen Menschen überall im Land attraktive Bildungsangebote zu machen. Die beruflichen Schulen erhalten für ihre Weiterentwicklung wesentliche Impulse aus der Arbeit der Enquêtekommission „Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ des Landtags, die wir zügig in den Schulalltag umsetzen werden.

Erfolgreich lernen zwischen drei und zehn.

Bevor Kinder in die Schule kommen, werden die Grundsteine für gute Bildung gelegt. Die CDU will deshalb Bildung und Erziehung in den frühen Lebensjahren gemeinsam mit den Eltern stärken. Das Lebensalter zwischen drei und zehn Jahren ist für den Bildungserfolg eines Kindes das entscheidende Lernfenster. Wenn wir hier die Weichen richtig stellen, stehen unseren Kindern später alle Wege offen. Wir verstärken deshalb die Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule. Wir sehen die Zukunft in einer geschlossenen Lernphase für Kinder vom dritten bis zum zehnten Lebensjahr. Dazu werden wir die erfolgreich gestarteten Bildungshäuser in der nächsten Wahlperiode flächendeckend ausbauen. Das ist der richtige Ansatz für „längeres gemeinsames Lernen“. Darüber hinaus werden wir ein Gesamtkonzept „Frühkindliche Bildung“ vorlegen, das die erfolgreichen Ansätze und Erfahrungen mit dem Orientierungsplan im Kindergarten und aus dem Projekt „Schulreifes Kind“ bündelt.

Gute Bildung für alle gelingt nur, wenn jedes Kind die deutsche Sprache beherrscht. Mit dem Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ und den Sprachförderangeboten haben wir hier vieles auf den Weg gebracht. Die Sprachförderung ist fester und unverzichtbarer Kernbestandteil frühkindlicher Bildung. Jedes Kind mit Förderbedarf soll ein Angebot erhalten. Von den betroffenen Eltern werden wir im Interesse ihrer Kinder verbindlich einfordern, dass diese Förderangebote auch wahrgenommen werden.

An den Bildungschancen unserer Kinder wird nicht gespart.
Eltern und Schüler können sich mit der CDU darauf verlassen, dass die Investitionen in Bildung und Ausbildung in Baden-Württemberg höchste Priorität behalten. Wir sagen zu: Auch wenn die Zahl der Schüler in den kommenden Jahren zurückgeht, werden alle Lehrerstellen in unserem Bildungswesen bleiben. Die stetige Verbesserung des Unterrichts ist und bleibt ein Markenzeichen verlässlicher, CDU-geführter Bildungspolitik in Baden-Württemberg.

Guter Unterricht an allen Schulen.
Guter Unterricht ist der Maßstab unserer Bildungspolitik. Deshalb haben wir mit der Qualitätsoffensive Bildung eine halbe Milliarde Euro zusätzlich in unsere Schulen investiert – für mehr Lehrer, kleinere Klassen und noch bessere Unterrichtsqualität. Allein im laufenden Schuljahr sind in Baden-Württemberg 5.500 Lehrer neu eingestellt worden. An den Grundschulen unterstützen 400 neue Pädagogische Assistenten die Lehrer im Unterricht.

Wir wissen, dass die Unterrichtsbedingungen entscheidend vom Umfeld jeder Schule beeinflusst werden. Das wollen wir noch mehr berücksichtigen. Deshalb werden wir sicherstellen, dass jede Schule so viele Lehrer bekommt, wie sie für ihre pädagogische Aufgabenstellung braucht. Dazu sollen die Schulen ein flexibles Stellen- und Finanzbudget bekommen, das sich an ihrem konkreten Bedarf orientiert. Schulen mit besonderen Herausforderungen und Schulen mit besonderen qualitativen Lösungsansätzen sollen künftig passgenauer mit Lehrern und Mitteln ausgestattet werden.

Das achtjährige Gymnasium ist inzwischen in ganz Deutschland eingeführt. Wir verstehen, dass bei der Umstellung auf G8 in Einzelfragen noch Verbesserungsbedarf besteht. Deshalb steuern wir im Dialog mit Schülern und Eltern nach und entlasten die Schülerinnen und Schüler durch tatsächliche Reduzierung des Lernstoffs mit weniger Pflichtstunden und mehr individueller Förderung.

Verlässliche Unterrichtsversorgung.
Gute Bildung braucht Verlässlichkeit. Schüler und Eltern erwarten zu Recht, dass möglichst keine Unterrichtsstunde ausfällt. Wir werden deshalb weiter alles für die vollständige Sicherung der Unterrichtsversorgung an allen Schularten tun. Auch in Zukunft sollen unseren Schülern möglichst viele Arbeitsgemeinschaften, Chöre und andere Zusatzangebote zur Verfügung stehen – auch wenn die Krankheitsvertretung der Pflichtstunden Vorrang hat. Landesweit stehen aktuell 1.266 Lehrer als fest installierte Vertretungsreserve bereit, um erkrankte Kollegen schnell und flexibel zu vertreten. Unterrichtsversorgung und Krankheitsvertretung können im konkreten Fall am besten an der Schule vor Ort organisiert werden. Deshalb werden wir den Schulen dazu ein Budget zur eigenen Bewirtschaftung bereitstellen.

Wir lassen die Schule im Dorf.
Für die CDU Baden-Württemberg gilt das Motto: „Kurze Beine, kurze Wege.“ Wir wollen, dass unsere Grundschulen auch auf dem Dorf Bestand haben. Denn wir sind uns bewusst, dass die Schulen eine wichtige Rolle für Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Lebensqualität im Ländlichen Raum spielen. Mit einem Programm „Bildung im Ländlichen Raum“ wollen wir die Schulangebote auf dem Land gezielt zukunftssicher machen. In enger Partnerschaft mit den Schulträgern wollen wir Schulstandorte durch die Einrichtung von Bildungshäusern stärken. Auch die neuen Werkrealschulen leisten ihren Beitrag für ein vielfältiges, leistungsstarkes und flächendeckendes Bildungsangebot.

Ganztagsangebote weiter ausbauen: Jeder kann, keiner muss.
Die CDU setzt ihren erfolgreichen Kurs beim Ausbau der Ganztags- und Betreuungsangebote im Land konsequent fort. Den Schwerpunkt wollen wir dabei insbesondere auf den Ausbau an den Grundschulen legen. Darüber hinaus werden wir die Ganztagsschulen im Schulgesetz verankern. Jede Schule, die Ganztagsschule werden will, darf dies werden. Das gilt für die beruflichen Schulen ebenso wie für die allgemein bildenden Schulen.

Erfolgreiche Ganztagsschulen bieten wie die erfolgreichen herkömmlichen Schulen Raum für die individuelle Förderung von leistungsschwächeren und leistungsstärkeren Schülerinnen und Schülern. Und sie tragen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Auch Ehrenamtliche bringen sich mit qualifizierten Bildungsangeboten ein. Sie leisten einen wichtigen ergänzenden Beitrag für das pädagogische Konzept der Ganztagsschulen. Die CDU schätzt die hochwertigen und vielfältigen Angebote für Kinder und Jugendliche außerhalb der Schule ganz besonders. Wir werden deshalb sicherstellen, dass unsere Ganztagsschulen und die Arbeit der Vereine und Kirchen auch in Zukunft Hand in Hand gehen können.

Die CDU setzt auf Freiwilligkeit und nicht auf Zwang. Es ist unsere Überzeugung, dass allein die Eltern entscheiden sollen, ob ihr Kind ein Ganztagsangebot wahrnimmt.

Fokus Realschule.
Wir stehen dafür, dass jede Schulart für sich genommen in einem vielfältigen Angebot schlüssig aufgestellt ist. Mit Blick auf die weiterführenden, allgemein bildenden Schulen haben wir zuletzt wichtige Weichenstellungen für die Haupt- und Werkrealschulen sowie für die Gymnasien vorgenommen. So haben wir diese Schularten profiliert und gestärkt. In der neuen Legislaturperiode werden wir das besondere Augenmerk auf die Realschulen richten. Sie sind das Rückgrat unseres durchlässigen Bildungswesens in der Sekundarstufe I. Wir werden ein Programm zur Stärkung der Realschule auflegen, in dem das besondere Gewicht dieser Schulart für die Anschlussfähigkeit und damit für die Qualität unseres Bildungssystems insgesamt zum Ausdruck kommt.

Für eine Kultur der Unterstützung.
Wir wollen eine Kultur des Hinschauens und der individuellen Förderung an unseren Schulen. Wir stehen dafür, dass jedes Kind die erforderliche Unterstützung erfährt. Die CDU Baden-Württemberg baut deshalb das Angebot an Pädagogischen Assistenten an den Schulen des Landes weiter aus. Die Pädagogischen Assistenten haben sich ausgezeichnet bewährt. Sie sind ein Markenzeichen unserer innovativen Bildungspolitik und leisten Hervorragendes bei der individuellen Förderung. Darüber hinaus schaffen wir ein leistungsfähiges Kompetenzzentrum für Schulpsychologie. Im Gegenzug setzen wir darauf, dass die kommunalen Partner die Angebote der Jugendsozialarbeit an Schulen den regionalen Bedürfnissen entsprechend ausweiten.

Motivierte Lehrer für gute Bildung.
Gute Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel für gute Bildung. Uns ist wichtig, dass sie für ihre schwierige Arbeit die nötige Wertschätzung und Anerkennung erfahren. Lehrerinnen und Lehrer haben einen der schönsten, der wichtigsten und der anspruchsvollsten Berufe in unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir Anreize dafür schaffen, dass sich die besten Bewerberinnen und Bewerber für den Lehrerberuf entscheiden. Alle internationalen Schulleistungsstudien zeigen, dass diejenigen Staaten die Spitzenplätze belegen, die die besten Lehrkräfte haben. Wir werden Leitungsfunktionen in der Schule attraktiver machen und Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer weiter verbessern.

Die Beschäftigungsverhältnisse der Lehrerinnen und Lehrer werden wir so anlegen, dass sich niemand während der Sommerferien arbeitslos melden muss. Diese Lehrkräfte sollen verstärkt zur Unterstützung von Sommerschulen eingesetzt werden, die wir künftig noch mehr Schülerinnen und Schülern anbieten wollen. Wo Lehrerinnen und Lehrer in den vergangenen Jahren freiwillig mehr gearbeitet haben, geben wir die Stunden so schnell wie möglich zurück.

Inklusive Bildungsangebote ausbauen.
Kinder mit Behinderungen brauchen besondere Förderung. So unterschiedlich wie die Kinder sind, so unterschiedlich müssen die Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote sein. Wir werden inklusive Bildungsangebote zum Wohl des einzelnen Kindes und entsprechend den Erziehungsplänen der Eltern passgenau ausbauen. Die CDU bekennt sich zu den Sonderschulen des Landes und unterstützt die Weiterentwicklung dieser Schulen zu Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. Wir sagen ausdrücklich, dass sich alle Schulen für das gegenseitige Miteinander öffnen müssen.

Schulen in freier Trägerschaft fördern.
Die Privaten Schulen sind eine Bereicherung unseres Bildungswesens. Mit ihren besonderen Bildungsangeboten ergänzen und bereichern sie die vielfältige baden-württembergische Bildungslandschaft. Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zu einer soliden finanziellen Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft. Dabei ist uns wichtig, dass der Geldbeutel der Eltern kein Zugangskriterium für die Privatschulen sein darf. Wir wollen auch künftig eine finanzielle Förderung garantieren, mit der das notwendige Schulgeld für alle bezahlbar bleibt. Wir wollen eine Förderquote von 80 Prozent der Kosten für Schüler auf staatlichen Schulen erreichen. Bis zum Ende des Jahres 2011 streben wir eine Verständigung mit den Verbänden und Trägern der Schulen in freier Trägerschaft über die Grundlagen der Finanzierung dieser Schulen an.

Bildungsangebote außerhalb der Schule anbieten.
Die Träger der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit leisten einen großen Beitrag zur Bildung und Erziehung junger Menschen in Baden-Württemberg. In vielen Vereinen, Kirchengemeinden, Verbänden, Initiativen und Institutionen werden Werte wie Teamfähigkeit, Fairness und Sozialkompetenz vermittelt, die auch im Berufsleben von enormem Nutzen sind. Mit ihrer Erziehungs- und Bildungsarbeit leisten die Träger außerdem einen wesentlichen Beitrag zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz. Jede Investition in diesen Bereich heute bedeutet Kosteneinsparungen im sozialen Bereich morgen. Die Zusammenarbeit zwischen schulischer und außerschulischer Jugendbildung wird gerade auch im Rahmen der Ganztagesbetreuung an Schulen weiterentwickelt. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass das Bündnis für die Jugend zwischen dem Land und den Trägern der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit fortgesetzt wird.

Die Einrichtung von Bildungsregionen hat sich als hervorragendes Mittel bewährt, die Vernetzung von Schulen untereinander, von Schulträgern und von Schulen mit der Wirtschaft zu beschleunigen. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich daher für die flächendeckende Umsetzung der Bildungsregionen ein.

III. CHANCENREICH

FORSCHEN UND STUDIEREN

Chancenreich forschen und studieren.
Baden-Württemberg ist das Land der erfolgreichen Innovationsgeschichten. Wir wollen, dass die Menschen in Baden-Württemberg auch in Zukunft Gewinner und Gestalter von Innovationsprozessen und von technischem Wandel in Wirtschaft und Wissenschaft sind. Dafür haben wir hervorragende Voraussetzungen.

Unser Land hat eine weltweit einzigartige Forschungs- und Technologielandschaft. Kaum irgendwo werden mehr Patente angemeldet und arbeiten mehr Menschen an High-Tech-Arbeitsplätzen. Baden-Württemberg investiert 4,4 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung – ein weltweiter Spitzenwert.

Wissensvorsprung des Landes weiterentwickeln.
Der internationale Wettbewerb im Bereich der industriellen Fertigung wird härter. Umso mehr muss Baden-Württemberg seinen Vorsprung als Land des Wissens und als Land der Ideen nutzen. Für Baden-Württemberg geht es darum, den globalen Wandel in Forschung, Technologie und Industrie auch in den nächsten zehn Jahren von der Spitze her zu führen. Dazu haben wir im Land die Kraft, die Kreativität und das Vertrauen in unsere Stärken. Aber wir brauchen dazu die richtige Politik für Forschung und Entwicklung, für Wissenschaft und Technik.

Wir verstärken die strategische Forschungsförderung des Landes gezielt in den zentralen Wachstumsfeldern Nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz, Gesundheit und Pflege sowie IT-Systeme und -Dienstleistungen. Der Innovationsrat der Landesregierung hat mit seiner Arbeit wertvolle innovationspolitische Vorschläge gemacht. Wir werden diese Empfehlungen weiter konsequent umsetzen.

Exzellente Hochschulen.
Seinen Chancenreichtum, seine wirtschaftliche Stärke und seine innovative Kraft schöpft Baden-Württemberg insbesondere auch aus der hohen Qualität und aus dem reichen Potential seiner Hochschulen. Die CDU steht für eine dynamische Hochschulentwicklung sowie für exzellente Forschung und Lehre – in der Spitze und in der Breite.

Kein Land in Deutschland hat eine so differenzierte und so leistungsfähige Hochschullandschaft. In Tuttlingen, Schwäbisch-Hall und Heilbronn konnten wir in der abgelaufenen Wahlperiode weitere, neue Hochschulstandorte etablieren. Mit dem neuen Karlsruher Institut für Technologie (KIT) hat Baden-Württemberg die größte Lehr- und Forschungseinrichtung in Deutschland und eine Spitzeninstitution von internationalem Rang aufgebaut. Das KIT ist ein Modell für Deutschland und eine forschungspolitische Pioniertat, deren Möglichkeiten wir systematisch nutzen werden. Nicht nur damit machen wir deutlich: Gute Forschungspolitik kommt aus Baden-Württemberg.

In allen Rankings und Vergleichstabellen sind baden-württembergische Universitäten regelmäßig unter den Bestplatzierten. Das ist das Ergebnis einer klugen und erfolgreichen Hochschulpolitik in der Verantwortung der CDU. Es ist aber auch das Verdienst der lehrenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Wir wollen auch künftig die Besten für Baden-Württemberg. Deshalb werden wir mit Investitionsprogrammen sicherstellen, dass unsere Hochschulen weiterhin die qualifiziertesten und renommiertesten Professoren aus dem In- und Ausland gewinnen.

Baden-Württemberg ist der große Gewinner im Exzellenzwettbewerb der universitären Spitzenforschung. Mit Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz gehören vier baden-württembergische Universitäten zum Kreis der bundesweit nur neun Elite-Hochschulen. Über ein Viertel der gesamten Fördermittel der Exzellenzinitiative von 1,9 Milliarden Euro haben unsere Universitäten nach Baden-Württemberg geholt. 60 zusätzliche Professorenstellen und mehr als 1.000 Arbeitsplätze sind dadurch an unseren Universitäten neu entstanden. Die baden-württembergischen Universitäten werden auch in der nächsten Runde der Exzellenzinitiative erfolgreiche Konzepte vorstellen und bei der Entscheidung 2012 die herausragende Stellung des Hochschulstandorts Baden-Württemberg unterstreichen. Außerdem entwickeln wir frühzeitig Perspektiven für die Zeit nach der Exzellenzinitiative. So sorgen wir dafür, dass der Erfolg unserer Hochschulen nachhaltig ausgebaut und abgesichert wird.

Exzellenz braucht Verlässlichkeit. Mit der CDU Baden-Württemberg gibt es deshalb bei den Hochschulen auch in Zukunft keine Einsparungen. Wir stehen zum Solidarpakt II, mit dem das Land den Hochschulen finanzielle Planungssicherheit und Verlässlichkeit bis 2014 garantiert. Alle Tarifsteigerungen bei den Personalkosten wird das Land voll übernehmen. Diese Zusage gilt.

Baden-Württemberg hat das Hochschulrecht als erstes Bundesland umfassend modernisiert. Unsere Hochschulen können damit dynamischer agieren, mehr Chancen nutzen und für Wissenschaftler, Lehrende und Studierende bessere Angebote machen.

Erfolgreich studieren.
Heute studieren 294.000 junge Menschen in Baden-Württemberg – ein Drittel mehr als vor zehn Jahren. Das zeigt auch: Unser Modell sozialverträglicher Studiengebühren ist ein Erfolg. Inzwischen ist gut belegt: Studiengebühren schrecken nicht vom Studium ab – weder sozial noch regional. Die Studentinnen und Studenten erleben konkrete Verbesserungen durch Studiengebühren im Lehrbetrieb. Wir garantieren: Die Einnahmen aus den Studiengebühren bleiben auch zukünftig an den Hochschulen. Sie werden vollständig für Studium und Lehre, für Bücher und Bibliotheken, für Tutorien, für die Studienberatung und für zusätzliches Lehrpersonal eingesetzt.

Mit dem Programm „Hochschule 2012“ schaffen wir bis zum Wintersemester 2012/13 insgesamt 20.000 zusätzliche Studienanfängerplätze. Damit sind wir für den doppelten Abiturjahrgang und die Aussetzung der Wehrpflicht gut gerüstet. Außerdem werden wir noch mehr zusätzliche Masterstudiengänge anbieten. Vor allem in den wichtigen „MINT-Fächern“ Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik werden wir das Studienangebot erweitern. Denn hier liegt der Schlüssel für unsere technologische Spitzenstellung.

Die Umstellung der Studienabschlüsse auf Bachelor und Master im so genannten Bologna-Prozess war richtig. Allerdings hat die konkrete Umsetzung Nachbesserungsbedarf ergeben. Wir werden darüber weiter den Dialog mit den Hochschulen, den Lehrenden und den Studierenden führen und wollen gemeinsam Lösungen für die offenen Fragen finden. Insbesondere treten wir dafür ein, dass die international anerkannte deutsche Bezeichnung „Diplom-Ingenieur“ eine neue Zukunft bekommt. Eine Abkehr von der gestuften Studienstruktur halten wir aber nicht für den richtigen Weg.

Die CDU unterstützt und fördert das hochschulpolitische Engagement der Studentinnen und Studenten. Wir wollen ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten in allen Belangen der Hochschule stärken. Dazu werden wir die Regelungen der studentischen Mitbestimmung modernisieren. Erfolgreiche Hochschulen brauchen die Mitverantwortung ihrer Studentinnen und Studenten.

Jeder, der kann und möchte, soll in Baden-Württemberg seine Chance auf ein Studium und einen akademischen Beruf nutzen können. Wer im Beruf erfolgreich ist, kann deshalb in Baden-Württemberg auch ohne Abitur studieren. Die CDU hat dafür gesorgt, dass zum Beispiel Meister uneingeschränkten Zugang zum Studium haben. Wir unterstützen die Fachhochschulen, die neue, spezifische Studienangebote für beruflich Qualifizierte machen. Und wir sind bereit, mehr Ressourcen für berufsbegleitende Studiengänge einzusetzen. Das entspricht unserem Verständnis von einem durchlässigen Bildungswesen.

Wir wollen auch, dass mehr Schulabsolventen mit Migrationshintergrund ein Studium aufnehmen. Noch zu oft entscheiden sie sich gegen ein Studium, obwohl sie die Voraussetzung dazu haben. Und noch zu oft brechen Studierende aus Migrantenfamilien ein begonnenes Studium ab. Wir wollen auch hier Talente optimal fördern und Chancen eröffnen. Deshalb werden wir mehr gezielte Beratung und spezielle Coaching-Programme anbieten. Vor allem in den Anfangssemestern wollen wir so die Gründe für einen Studienabbruch reduzieren.

Damit Ideen zu Produkten werden.

Baden-Württemberg hat das dichteste Netz von Forschungseinrichtungen in ganz Deutschland. Damit aus Forschung Wertschöpfung wird, muss sie den Weg vom Labor an die Werkbank finden. Deshalb werden wir den Technologietransfer weiter ausbauen. Eine einheitliche Kommunikationsplattform für den Technologietransfer soll deshalb Informationen bündeln, Akteure verbinden und zu einer leistungsfähigen Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ausgebaut werden.

Gezielt wollen wir dort ansetzen, wo die Transferkette heute noch unterbrochen ist. Mit einem Förderprogramm für unsere Hochschulen werden wir deshalb die Lücke zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und kommerziell verwertbarem Produkt weiter verkleinern. Konkret werden wir die Weiterentwicklung von Forschungsergebnissen zu technischen Prototypen unterstützen, die sich für eine wirtschaftliche Verwertung eignen.

Wissen und Ideen sind untrennbar mit Menschen verbunden. Deshalb müssen Forscher leichter zwischen Wissenschaft und Industrie wechseln können. Wir schaffen die Voraussetzungen, dass Wissenschaftler an den Hochschulen ihre Versorgungsansprüche in die private Wirtschaft mitnehmen können. Hochschulprofessoren soll ein Nebenjob in Industrie und freien Berufen leichter ermöglicht werden. Umgekehrt wollen wir, dass die Wirtschaft an die Hochschule kommt. Dazu werden wir das erfolgreiche Modell „Industrie auf dem Campus“ stärken und vor allem kleine und mittlere Unternehmen besser einbeziehen.

Starke Partner in der Forschung.

Die baden-württembergischen Hochschulen sind bei der Einwerbung von Drittmitteln besonders erfolgreich. Die Drittmitteleinnahmen unserer Hochschulen haben sich in den vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt. Über 800 Millionen Euro fließen so zusätzlich an die Hochschulen. Das ist ein starker Beleg für die Attraktivität, die Kreativität und die Leistungsfähigkeit der Hochschulen. Die Zahl der Stiftungsprofessuren steht auf einem Höchststand. Besonders stark ist Baden-Württemberg auch im Wettbewerb um europäische Forschungsgelder. Jeder fünfte Euro, der für Forschungszwecke von der EU nach Deutschland geht, fließt nach Baden-Württemberg.

Ziel unserer Forschungs- und Innovationspolitik ist die weiter wachsende Vernetzung zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Als Partner des Mittelstands setzen wir auch in Zukunft auf unsere Fachhochschulen und auf die Berufsakademien (Duale Hochschule Baden-Württemberg). Sie sind wichtige regionale Innovationsmotoren und bringen vor allem die anwendungsorientierte Forschung für kleine und mittlere Unternehmen oft entscheidend voran. Gerade mit ihrer starken Praxisorientierung sind sie unübertroffen und finden deshalb rund um die Welt begeisterte Nachahmer. Diesen erfolgreichen Weg gehen wir weiter, damit Baden-Württemberg seinen Chancenreichtum als Land des Wissens, der Tüftler und Talente nutzt.

IV. CHANCENREICH ARBEITEN
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Unser Ziel: Arbeit für alle.

Mit dem globalen und gesellschaftlichen Wandel verändert sich auch unsere Arbeitswelt. Wir nehmen diese Veränderung an und formulieren die richtigen Antworten auf neue arbeitsmarktpolitische Fragen. Die CDU steht dafür, dass die Arbeitsplätze der Zukunft bei uns in Baden-Württemberg entstehen. Wir sorgen dafür, dass mehr Arbeitsplätze die besonderen Anforderungen älterer Arbeitnehmer erfüllen. Und wir machen deutlich: Zeitarbeit und Praktika dürfen nicht für Lohndumping missbraucht werden. Der Aufschwung darf nicht an den Schaffern vorbei gehen. Dabei gilt: Ein starker Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg ist kein Selbstläufer. Die CDU ist der Garant für Arbeit, Wohlstand und sozialen Frieden.

Für uns steht fest: Sozial ist, was Arbeit schafft. Wir wollen Arbeit für alle. Arbeit für die jungen Erwachsenen, für die der Berufseinstieg nicht immer einfach ist. Arbeit für ältere Arbeitnehmer, die mit dem Wandel ihres Berufsbildes Schritt halten müssen. Arbeit für Arbeitssuchende, die sich in den vergangenen Jahren mehr erhofft hatten. Arbeit für Mütter und Väter, so dass ihnen der Wiedereinstieg in das Berufsleben erfolgreich gelingt. Arbeit für Benachteiligte und für Geringqualifizierte, damit sie in hohem Maße ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können.

Unser Arbeitsmarkt bietet vielfältige Chancen.

Der baden-württembergische Arbeitsmarkt bietet den Menschen im Land vielfältige Chancen. Knapp vier Millionen Menschen tragen durch ihre tägliche Arbeit zu unserem Wohlstand bei. Wir im Südwesten haben die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland. Das ist ein Verdienst aller im Land: der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, aber auch der Politik in der kontinuierlichen Verantwortung der CDU. Mit Fleiß, Weitsicht, Kreativität und Können ist unser Land erfolgreich geworden. Diesen Wohlstand wollen wir auch für die Zukunft neu begründen.

Wir haben die Wirtschaftskrise erfolgreich bewältigt.

Die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise ist das Ergebnis einer starken Sozialpartnerschaft und ein Beweis für die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft. Wir als CDU bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft. Als Erfolgsmodell sichert sie unseren Wohlstand – heute und auch in Zukunft. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet die Chancen des Marktes mit einer verlässlichen sozialen Sicherung.

Wir wissen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise schmerzhafte Entbehrungen für viele Familien bedeutet hat. Kurzarbeit und Einkommensverlust haben die Mitte der Gesellschaft hart getroffen. Durch das gemeinsame Krisenmanagement von Wirtschaft, Gewerkschaften, Arbeitnehmern und Politik konnten Arbeitsplätze erhalten werden und die Menschen in Lohn und Brot bleiben. Allein die öffentliche Hand hat mit den Konjunkurpaketen über zwei Milliarden Euro für Investitionen mobilisiert. Nur gemeinsam war die Krisenbewältigung möglich. Dieser Zusammenhalt zeichnet unser Land aus. Dafür steht die CDU.

Arbeitslose wirkungsvoll unterstützen.

Wir möchten den Langzeitarbeitslosen im Land die bestmögliche Betreuung und Förderung bieten. Daher treten wir für eine dezentrale, ortsnahe Betreuung direkt in den Städten und Landkreisen ein. Die lokale Ebene verfügt über die besten Kenntnisse der regionalen Gegebenheiten. Sie kann mit passgenauen Konzepten Langzeitarbeitslose am besten in Arbeit bringen.

Die CDU unterstützt Projekte der Bürgerarbeit und Kombilohnmodelle. Wir werden uns daher verstärkt und aktiv in die Arbeitsmarktpolitik auf Bundesebene einbringen. Die CDU Baden-Württemberg steht auch künftig für eine wirksame aktive Arbeitsmarktpolitik mit Augenmaß.

Gleiche Chancen für Frauen und Männer.

Wir fordern eine Gleichbehandlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Es muss der Grundsatz gelten, dass bei gleicher Tätigkeit Frauen und Männer gleich entlohnt werden. Daher fordern wir die Wirtschaft auf, hierfür Sorge zu tragen und Frauen die gleichen Chancen auf Führungspositionen einzuräumen.

Ältere Arbeitnehmer fördern.

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verfügen über wertvolle Erfahrung aus ihrem Arbeitsleben. Darauf wollen und können wir nicht verzichten.

Unser Land kann es sich nicht leisten, diese leistungsfähigen Fachkräfte bereits frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt zu verabschieden. Mit dem stufenweisen Ausstieg aus dem Erwerbsleben schaffen wir eine Möglichkeit, länger zu arbeiten. Zudem setzen wir auf Weiterbildung und auf flexible Arbeitszeitmodelle für ältere Beschäftigte zum Ende des Erwerbslebens. Im Bündnis für lebenslanges Lernen wollen wir gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren die betriebliche Weiterbildung voranbringen.

Wir sprechen uns deutlich für altersgerechte Arbeitsplätze und Stellenprofile in den Unternehmen aus. Dazu zählt auch ein offensives Gesundheitsmanagement, um die körperliche und seelische Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Mitarbeiterbeteiligung als gelebte Sozialpartnerschaft.

Es gehört zu den großen Stärken Baden-Württembergs, dass Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitnehmer gemeinsam ihre Verantwortung wahrnehmen. Diese gemeinsame Verantwortung bedeutet auch, dass Arbeiternehmer am Unternehmenserfolg teilhaben müssen. Die CDU Baden-Württemberg tritt daher für Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer ein. Wer in schlechten Zeiten weniger verdient, muss in guten Zeiten mehr in der Lohntüte haben. Dies ist für uns gelebte Sozialpartnerschaft.

Musterland für faire Arbeit.

Wir wollen ein neues Gleichgewicht zwischen dem Interesse der Arbeitgeber, flexibel auf die Auftragslage reagieren zu können, und dem berechtigten Bedürfnis der Arbeitnehmer nach Sicherheit. Flexible Arbeitszeitformen haben in der Krise entscheidend dazu beigetragen, dass Betriebe die Unterauslastung auffangen und Arbeitsplätze erhalten konnten. Diese Flexibilität in Form von Arbeitszeitkonten wollen wir erhalten.

Die Leiharbeit ist neben Arbeitszeitkonten ein wichtiges Instrument für die Unternehmen, um auf Auftragsschwankungen reagieren zu können. Die Arbeitgeber müssen mit diesem Instrument jedoch sensibel umgehen. Wir sprechen uns daher mit Nachdruck gegen eine Ersetzung des Stammpersonals durch Leiharbeiter aus. Die Leiharbeit darf für die betroffen Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer nicht zum Dauerzustand werden. Sie soll und kann nur eine Brücke in den Arbeitsmarkt sein.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg zu einem Musterland für faire Arbeit wird. Das Land soll dabei eine Vorreiterrolle übernehmen und auf sachgrundlose Befristungen verzichten. Um die Arbeitsbedingungen im Bereich der Leiharbeit zu verbessern, wird sich eine CDU-geführte Landesregierung für einen Mindestlohn für Leiharbeitnehmer einsetzen.

Unser Erfolgsmodell: Die duale Ausbildung.

Unser Ziel ist und bleibt, dass jeder Bewerber in Baden-Württemberg einen Ausbildungsplatz findet. Die duale Ausbildung im Land genießt international einen exzellenten Ruf. Sie verbindet die schulische mit der beruflichen Ausbildung und ermöglicht so eine hohe Praxisorientierung. Damit bietet sie Jugendlichen unterschiedlichster sozialer Herkunft nachhaltige Chancen auf einen erfolgreichen Berufsweg. Die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg gehört nicht zuletzt deshalb zu den niedrigsten in ganz Europa.

Um benachteiligten Schülern den Einstieg in die duale Ausbildung zu eröffnen, sprechen wir uns nachdrücklich für die Möglichkeit des Berufspraktischen Jahrs aus. Das Berufspraktische Jahr bahnt vielen jungen Menschen den Weg ins Berufsleben. Die Zahlen sprechen für sich: Im Jahr 2009 gelang es 85 Prozent der Teilnehmer in Ausbildung, Arbeit, Schule oder in ein weiterführendes Bildungsangebot zu vermitteln.

Bündnis für Ausbildung fortsetzen.

Das von der CDU-geführten Landesregierung, der Wirtschaft, der Arbeitsagentur und den Kommunen ins Leben gerufene Ausbildungsbündnis ist ein voller Erfolg. Auch im wirtschaftlich schwierigen Jahr 2009 wurden rund 76.000 neue Ausbildungsverträge geschlossen. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir weitergehen. Wichtig ist die Weiterentwicklung und Intensivierung des externen Ausbildungsmanagements. So gelingt eine noch bessere Vermittlung von Ausbildungsstellen und Lehrlingen. Gleichzeitig steigt die Anzahl der erfolgreichen Ausbildungen im Land. Dies sichert eine sehr gute Ausbildung und hilft dem Mittelstand bei der Gewinnung von Fachkräften.

Weiterbildung stärken.

Das Kapital unserer Wirtschaft sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ihr Wissen und ihre Fähigkeiten tragen maßgeblich zur hohen Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen bei. Der Wettbewerb in der globalen Wissensgesellschaft erfordert daher die Bereitschaft aller zum lebenslangen Lernen. Mit der bereits 2007 gestarteten „Qualifizierungsoffensive“ unterstützt das Land die Anstrengungen kleiner und mittlerer Unternehmen bei ihren Investitionen in Aus- und Weiterbildung. Diese Förderung werden wir fortsetzen.

Wir haben deshalb alle Ansätze und Akteure in einem „Bündnis für lebenslanges Lernen“ zusammengebracht. Eingang in das Bündnis haben auch die Vorschläge der Enquêtekommission „Fit für die Wissensgesellschaft“ gefunden.

Ein Instrument zur Stärkung der Weiterbildung ist die Bildungsfreistellung. Sie ermöglicht den Arbeiternehmern, sich stetig weiterzubilden, um an den neuesten technologischen Entwicklungen teilhaben zu können. Das stärkt die Wirtschaft, sichert Arbeitsplätze und damit unseren Wohlstand. Wir setzen uns bei den Tarifpartnern dafür ein, das Modell der Bildungsfreistellung in Baden-Württemberg einzuführen.

Wir wollen die Fort- und Weiterbildung im Verbund mit Schulen, Hochschulen und dualer Berufsausbildung als vierte Säule zu einem gleichwertigen Bestandteil des Bildungssystems ausbauen.

Faire Steuern – damit sich Leistung lohnt.

Soziale Marktwirtschaft heißt auch Leistungsgerechtigkeit. Leistung muss sich in unserer Gesellschaft lohnen. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich deshalb mittelfristig für den weiteren Abbau der so genannten kalten Progression ein. Diese schleichende Steuererhöhung durch die Hintertür trifft vor allem die Mittelschicht in Baden-Württemberg. Sie ist leistungsfeindlich und ungerecht. Für uns bleibt es dabei: Wer morgens aufsteht und arbeiten geht, muss am Monatsende mehr haben als einer, der nicht arbeitet.

V. CHANCENREICH WIRTSCHAFTEN
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-Württemberg nutzt die Chancen des Wandels.
Baden-Württemberg ist eine der modernsten Industrie-, Technologie- und Dienstleistungsregionen der Welt. Kaum eine Region in Europa verfügt über mehr Wirtschafts- und Innovationskraft als Baden-Württemberg. Der sprichwörtliche Fleiß der Menschen im Land hat uns an die Spitze Europas gebracht. Unsere Wirtschaft ist bekannt für ihre Tüftler, Techniker und Schaffer. Alle gemeinsam vollbringen täglich aufs Neue Höchstleistungen.

Baden-Württemberg ist der Motor des Aufschwungs in Deutschland. Wir sind das Beispiel für einen kraftvollen und dynamischen Wandel in Wirtschaft und Technologie. Für die CDU steht fest: Baden-Württemberg braucht diesen Wandel nicht zu fürchten. Wir haben alle Chancen, ihn zu gestalten und für uns zu nutzen. Schon oft war Baden-Württemberg der Entstehungsort für neue Industrien, neue Technologien und neue Wertschöpfung. Auf dieser Erfahrung können wir aufbauen. Grundlage für unsere Wirtschaft, bestehende Chancen offensiv angehen zu können, ist nicht zuletzt die Schnelligkeit und Verlässlichkeit bei der Erteilung von Bau- und Planungsgenehmigungen. Die CDU steht dafür ein, dass unser Land weiter ein verlässlicher Partner der Wirtschaft bleibt.

Neue Wachstumsfelder erschließen.
Vor allem vier Wirtschaftsbereiche versprechen nachhaltige Wachstumschancen im neuen Jahrzehnt. Diese Wachstumsfelder sind: Nachhaltige Mobilität und automobile Zukunft, Umwelttechnik und Ressourceneffizienz, IT-Systeme und -Dienstleistungen sowie Gesundheit und Pflege. Experten beziffern die möglichen Wachstumsgewinne bis zum Jahr 2020 auf jährlich 50 bis 80 Milliarden Euro. Wir wollen dieses Potential nutzen, damit bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts 500.000 neue Arbeitsplätze in Baden-Württemberg entstehen können. Dazu werden wir unsere erfolgreiche Technologiepolitik noch deutlicher auf diese vier Wachstumsfelder zuschneiden. Wichtige Weichenstellungen hat die CDU-geführte Landesregierung bereits vorgenommen. Dies zeigt das erfolgreiche Abschneiden des Landes in den Spitzencluster-Wettbewerben des Bundes.

Nachhaltige Mobilität: Wachstum mit neuem Antrieb.
Für das Autoland Baden-Württemberg ist die Mobilität der Zukunft eine Schlüsselfrage. Klimawandel und neue Technologien sorgen im Automobilbau für einen Umbruch. Unser Ziel heißt: Wir wollen, dass auch in den nächsten Jahrzehnten die besten Autos der Welt aus Baden-Württemberg kommen. Deshalb fördern wir die Antriebsformen der Zukunft.

Umwelttechnik: Sauberes Wachstum schaffen.
Mit der Landesstrategie Umwelttechnik und Ressourceneffizienz wollen wir Baden-Württemberg zum führenden Umwelttechnikstandort Europas machen. Ein wichtiger Baustein ist das neue Technologie- und Innovationszentrum Umwelttechnik. Es unterstützt vor allem kleine und mittlere Unternehmen mit ihren Geschäftsideen in diesem Bereich. Wir werden unsere Anstrengungen weiter intensivieren und um die Ansiedlung neuer anwendungsorientierter Forschungseinrichtungen werben. Mit Servicestellen für den Technologietransfer und Forschungswettbewerben wollen wir Innovationen schneller zum Durchbruch verhelfen und die Ressourceneffizienz in den Unternehmen verbessern.

BIP durch Bits: Wachstum durch Software und Medien.
Weltweit zählt die IT-Wirtschaft zu den großen Wachstumsbranchen. Der Förderpolitik der vergangenen Jahrzehnte ist es zu verdanken, dass der IT-Standort Baden-Württemberg europaweit einen exzellenten Ruf hat. Wir wollen unsere gute Ausgangsposition weiter ausbauen. Die CDU wird den Forschungsverbund „Unternehmenssoftware Baden-Württemberg“ weiterentwickeln. Mit neuen Initiativen wollen wir insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen den Zugang zu technologischen Entwicklungen ermöglichen.

Baden-Württemberg gehört zu den führenden Kreativstandorten in Deutschland. Die Gründung der Akademie für Darstellende Kunst und die neue Filmkonzeption hat den Medienstandort Baden-Württemberg weiter gestärkt. Bereits etablierte Einrichtungen wie das Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe, die Filmakademie in Ludwigsburg, die Popakademie in Mannheim oder die Medien- und Filmgesellschaft sind Kristallisationsorte für die erfolgreiche Kreativwirtschaft im Land. Wir wollen unser Profil als Medienstandort auch in den nächsten Jahren stärken.

Wachstumsbereich Gesundheitswirtschaft.
Ein wichtiger Wirtschaftszweig ist bereits heute die Gesundheitswirtschaft. Etwa jeder zehnte Baden-Württemberger ist in diesem Bereich beschäftigt. Der technologische Fortschritt ist rasant. Wir verbessern unsere Lebensqualität, erreichen ein höheres Lebensalter und eröffnen unserer Wirtschaft zugleich große Wachstumschancen. Neue innovative Behandlungsverfahren, neue Materialien und neue Verfahren versprechen Wachstum und Arbeitsplätze. Wir wollen daher die bestehenden Wachstumskerne stärken und neue ins Leben rufen. Das „Gesundheitsforum Baden-Württemberg“ trägt zur Vernetzung der Akteure bei. Mit einer Förderung der Telemedizin wollen wir insbesondere auch die medizinische Versorgung der Ländlichen Räume stärken und Wachstumspotentiale heben.

Tourismus: Wachstum durch Gastfreundschaft.
Baden-Württemberg ist Urlaubsland. Die reizvolle Natur, die gute schwäbisch-badische Küche, der historische und kulturelle Reichtum des Landes und die vielfältigen Kur- und Wellness-Angebote im Bäderland Baden-Württemberg bieten unseren Gästen viele attraktive Ziele. Die Tourismusbranche trägt damit viel zu Wohlstand, Beschäftigung und regionaler Entwicklung in allen Landesteilen bei. Wir wissen um die Chancen der Tourismuswirtschaft und werden sie weiterhin verlässlich fördern.

Ein neuer Gründergeist für unser Land.

Erfolg ist ohne Kreativität nicht machbar. Es braucht neue Ideen für neue Produkte und Dienstleistungen. Häufig sind es junge Unternehmen, die mit innovativen Produktideen die Wirtschaft voranbringen. Allerdings ist mangelnde Versorgung mit Eigenkapital für junge, ideenreiche Unternehmen oft ein großes Hindernis für ihre weitere Entwicklung. Deshalb werden wir den Start von Neugründungen mit einem neuen Wagniskapitalfonds Baden-Württemberg unterstützen. Begleitet wird dies mit einem noch konsequenteren Abbau von bürokratischen Hindernissen für Neugründungen und Neuansiedlungen.

Mit dem Programm „Junge Innovatoren“ fördert Baden-Württemberg bereits erfolgreich Existenzgründerinnen und Existenzgründer aus den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen unseres Landes. Wir wollen diese zielgerichtete Förderung ausbauen, damit noch mehr junge Gründer den Schritt in die Selbständigkeit wagen.

Unternehmergeist und Innovationskultur sind für eine moderne Wirtschaft unabdingbar. Wir wollen diese Grundhaltung weiter stärken. Daher werden wir gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft und Medien eine Kampagne zur Stärkung der Innovationskultur in Baden-Württemberg starten. Bereits heute fördern wir Schülerfirmen. Dieses Engagement wollen wir intensivieren. Denn Gründergeist beginnt bereits in der Schule.

Der Mittelstand ist und bleibt das Kernstück unserer Wirtschaft.

Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zur Freiheit des Unternehmertums und zum selbständigen Mittelstand. Nur wenn Menschen bereit sind, sich dem Risiko des wirtschaftlichen Wettbewerbs zu stellen, sind Wohlstand und soziale Sicherheit möglich. Aus dieser Freiheit folgt für uns aber auch ein besonderes Verantwortungsbewusstsein der Unternehmen gegenüber den Mitarbeitern, dem Standort und der Gesellschaft insgesamt.

Baden-Württemberg ist das Land des Mittelstands.

In unseren mittelständischen Unternehmen haben zwei von drei Beschäftigten ihren Arbeitsplatz. Vier von fünf Lehrlingen werden dort ausgebildet. Der Mittelstand erwirtschaftet die Hälfte der baden-württembergischen Wertschöpfung. Er trägt 80 Prozent zum gewerblichen Steueraufkommen bei. Es sind nach wie vor die kleinen und mittleren Unternehmen, die den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg prägen. Viele dieser mittelständischen Betriebe sind Familienunternehmen, die oft schon seit Generationen im Land verankert sind. Hier ist unternehmerisches Verantwortungsdenken Tag für Tag konkrete Geschäftspraxis. Wir wissen um den Beitrag der mittelständischen Unternehmen im Land zu Wohlstand und Chancen, Integration und Zusammenhalt. Deshalb ist und bleibt die CDU in Baden-Württemberg die Partei des Mittelstands.

Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands stärken.

Speziell in der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde die Beratung für kleine und mittlere Unternehmen gefördert und die Vergabe öffentlicher Aufträge mittelstandsfreundlich gestaltet.

Ziel unserer Mittelstandspolitik ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks, der mittelständischen Industrie und des Handels, der Gastronomie, der Freien Berufe und der sonstigen Dienstleistungen zu erhalten und zu stärken. Dazu werden wir das bewährte Zukunftsprogramm Mittelstand fortschreiben.

Innovationsfähigkeit des Mittelstands verbessern.

Wir wollen den Mittelstand durch Technologietransfer zwischen Forschung und Unternehmen, durch Förderung von Netzwerken und regionalen Clustern sowie durch professionelle Beratung in seiner Innovationsfähigkeit unterstützen.

Ein erfolgreiches Instrument zur Innovationsförderung im Mittelstand sind die „Innovationsgutscheine“. Sie ermöglichen die Intensivierung ihrer Forschungsanstrengungen. Die Unternehmen können die Gutscheine bei öffentlichen oder privaten Einrichtungen einlösen und so Forschungs- und Entwicklungsaufträge bezahlen. Dieses unbürokratische Instrument der Innovationsförderung wollen wir ausbauen. Außerdem wollen wir uns auf Bundesebene für die Einführung einer steuerlichen Innovationsförderung für den Mittelstand einsetzen.

Neues Wachstum braucht frisches Geld.

Eine gesicherte Finanzierung des Mittelstands gehört zu den zentralen Anliegen unserer Politik. In der Krise hat die CDU-geführte Landesregierung durch Bürgschaften für den Mittelstand Unternehmen und Arbeitsplätze erhalten. So hat das Land den Bürgschaftsrahmen für Unternehmenskredite von 150 Millionen Euro auf 1,2 Milliarden Euro erhöht. Der Investitions- und Innovationsdruck bleibt auch nach der Krise hoch. Die Finanzierungsfähigkeit der Unternehmen – gerade im Mittelstand – wird auch in Zukunft ein maßgeblicher Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg Baden-Württembergs sein. Daher setzen wir auch in Zukunft auf eine gesicherte Finanzierung des Mittelstands. Gleichzeitig wollen wir noch intensiver um ausländische Investitionen in Baden-Württemberg werben.

Qualifizierte Fachkräfte für chancenreiches Wirtschaften.

Unsere Wirtschaft lebt von den Fachkräften im Land. Daher hat die CDU-geführte Landesregierung in der Finanz- und Wirtschaftskrise kurzfristig ein Sofortprogramm für Hochschulabsolventen der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) aufgelegt. Gemeinsam mit den Arbeitsagenturen im Land haben wir einen „Schutzschirm für Auszubildende“ aufgespannt. Er ermöglicht jungen Menschen die Fortführung ihrer Ausbildung, auch wenn ihr Unternehmen Insolvenz anmelden musste.

Mit der Fachkräfteinitiative hat die CDU-geführte Landesregierung die nachhaltige Sicherung des Fachkräfteangebots schon frühzeitig zu einem Hauptthema der Landespolitik gemacht. Zusammen mit den Unternehmen wollen wir zuerst alle Potentiale im Land erschließen, bevor wir ausländische Fachkräfte anwerben.

Gesteuerte Zuwanderung als Chance begreifen.
In Baden-Württemberg studieren rund 35.000 ausländische Studierende. Nach dem Studium bleiben sie oft nicht im Land. Wir sprechen uns dafür aus, den ausländischen Absolventen unserer Hochschulen den Zugang zum hiesigen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Deshalb verlängern wir die Höchstdauer der Arbeitsplatzsuche für erfolgreiche ausländische Studenten von einem auf zwei Jahre.

Die CDU Baden-Württemberg setzt außerdem weiter auf eine Senkung der Einkommensgrenzen für hochqualifizierte Einwanderer. Ausländischen Spitzenfachkräften, die in ihrem Heimatland einen Abschluss im technischen oder naturwissenschaftlichen Bereich erworben haben, wollen wir die berufliche Eingliederung mit einem „Akademikerprogramm“ erleichtern. Eines steht für die CDU jedoch fest: Der maßvolle Zuzug ausländischer Hochqualifizierter kann nur ein subsidiäres Instrument sein. Die Qualifizierung und Vermittlung einheimischer Arbeitsloser in Beschäftigung muss weiterhin Vorrang haben.

Wir werden eine „Landesagentur für Migrationsfragen“ aufbauen. Sie soll es ermöglichen, die Zuwanderungspolitik effektiver zu steuern und Integrationsprojekte zu koordinieren.

Gleichzeitig wollen wir die Migranten stärker qualifizieren und am Arbeitsmarkt beteiligen, die schon heute bei uns leben. In den letzten zehn Jahren haben wir hier deutliche Fortschritte gemacht: Der Anteil ausländischer Arbeitnehmer, die eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, stieg um fünf Prozentpunkte auf 42 Prozent. Unser Ziel bleibt es weiterhin, den Anteil qualifizierter Migranten deutlich zu erhöhen.

Wir unterstützen die einfachere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, sofern diese mit unserem Qualifikationsniveau vergleichbar sind. Bürokratische Hindernisse wollen wir abbauen und eine einheitliche Anlaufstelle schaffen.

VI. CHANCEN

NACH DEM ARBEITSLEBEN

Den demographischen Wandel als Chance begreifen.
Die Lebenserwartung im Südwesten ist die höchste in ganz Deutschland, das Durchschnittsalter der Bevölkerung wächst stetig an. Für die CDU ist das ein Grund zur Freude: Noch nie haben so viele Generationen zur gleichen Zeit gelebt. Noch nie gab es so viele rüstige, geistig und körperlich gesunde ältere Menschen. Der demographische Wandel ist eine Chance – für unsere Gesellschaft, unser Zusammenleben und für unsere Wirtschaft.

Das Wissen, die Erfahrung, die Kompetenzen und Fähigkeiten älterer Menschen sind für unsere Gesellschaft von unschätzbarem Wert.

Eine Chance für unsere Gesellschaft – das Potential älterer Menschen nutzen.
Wir möchten die ältere Generation ermutigen, ihr Wissen, ihre Wertvorstellungen und ihre Fähigkeiten einzubringen – im ehrenamtlichen Engagement, in den Kirchen, im Kindergarten, in der Schule, in Vereinen und Verbänden, in Projekten und Initiativen.

Gerade das erfolgreiche Jugendbegleiterprogramm an unseren Schulen ist ein gelungenes Beispiel für das praktische Miteinander der Generationen. Der wertvolle Erfahrungsschatz Älterer wird dabei an die Enkelgeneration weitergeben. Ergänzend zum Unterricht können Senioren z. B. Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen betreuen, berufspraktische Einblicke vermitteln oder Vorträge halten. Senioren mit ihrer langjährigen Lebens- und Berufserfahrung sind exzellente Berater für Schulabgänger. Auch von diesem Wissen sollen junge Menschen noch stärker profitieren können.

Die CDU Baden-Württemberg unterstützt weiterhin die wichtige Arbeit der Seniorennetzwerke. Besonders der Landesseniorenrat leistet als bedeutendes Netzwerk einen großen Dienst in unserem Land.

Weiterbildung auch im Alter.
Viele Seniorinnen und Senioren wollen auch im Alter Bildungsangebote aktiv nutzen. Wir unterstützen dieses Engagement – in Volkshochschulen und Universitäten. Wir werden ausreichend Studienplätze für Senioren bereithalten. Lebenslanges Lernen endet für uns nicht mit dem Rentenbescheid. Die Weiterbildung von Senioren ist eine Chance für unsere Gesellschaft.

Würde im Alter bewahren.
Wir respektieren und schätzen die Lebensleistung von Älteren – von Menschen, die ein langes Arbeitsleben hinter sich gebracht, die eine Familie gegründet und ihren Beitrag zur Entwicklung unseres Gemeinwesens geleistet haben. Dafür sind wir dankbar. Auch deshalb ist es für uns eine wichtige gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, pflegebedürftigen alten Menschen einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen. Die CDU-geführte Landesregierung hat viel dafür getan, wohnortnahe Pflegedienststrukturen in Baden-Württemberg aufzubauen – sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Wir werden diese Strukturen im Sinne der Menschen weiterentwickeln.

Soviel Selbständigkeit wie möglich, soviel Hilfe wie nötig.
Der Lebenswille von Menschen hängt auch damit zusammen, wie lange ein selbstbestimmtes Leben in vertrauter Umgebung möglich ist. Deshalb gilt für uns der Grundsatz: soviel Selbständigkeit wie möglich, soviel Hilfe wie nötig. Wir setzen dabei auch auf Selbsthilfenetzwerke anstatt nur auf staatliche Einrichtungen. Wir möchten älteren Menschen die Chance geben, sich zwischen verschiedenen Formen des Zusammenlebens oder der Betreuung frei und individuell entscheiden zu können.

Häusliche Betreuung ermöglichen und lokale Initiativen stärken.
Mit Hilfe ambulanter Einrichtungen und der Unterstützung der Familie wird die Betreuung älterer Menschen in vielen Fällen zu Hause oder in gewohnter Umgebung ermöglicht. Allen Menschen, die sich um die Pflege und Betreuung von Angehörigen, Freunden und Bekannten bemühen, gebührt unsere Wertschätzung und Anerkennung. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, Hemmnisse und Barrieren der familiären und ehrenamtlichen Betreuung zu reduzieren.

Dazu gehört, die Vereinbarkeit von Pflege mit dem Beruf und der Familie zu verbessern. Auch der Ausbau ambulanter Einrichtungen kann dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Gleichzeitig setzen wir auf lokale Initiativen: Projekte im Bereich der Nachbarschaftshilfe von pflegebedürftigen Menschen können am besten vor Ort organisiert werden. Dieses Engagement wollen wir unterstützen.

Ausbau der Pflegestützpunkte vorantreiben.
Die Pflegebedürftigkeit eines Menschen tritt oft unerwartet ein. Die Familie muss dann schnelle Entscheidungen treffen. Hier helfen die kommunalen Pflegestützpunkte. Sie beraten und können lokale Initiativen vernetzen. Gerade auch bei der Hilfe demenzkranker Menschen leisten die Pflegestützpunkte wichtige Arbeit. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich daher für den flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten ein.

Individuelle Betreuung fortentwickeln – Verantwortung füreinander übernehmen.
Wo die Betreuung in der eigenen Wohnung oder bei der Familie nicht möglich ist, wird die CDU Baden-Württemberg für ältere Menschen zeitgemäße, individuell gestaltbare Wohn- und Betreuungsformen im ganzen Land fortentwickeln – als Ergänzung zum klassischen Alten- und Pflegeheim. Dazu gehören das Betreute Wohnen oder ambulant betreute Wohngemeinschaften. Insbesondere wollen wir Wohnprojekte fördern, in denen verschiedene Generationen nicht nur unter einem Dach leben, sondern Verantwortung füreinander übernehmen.

Im wohnortnahen Pflegeheim zuhause – im Zentrum der Gemeinschaft.
Wo der Wunsch besteht, muss die Betreuung im wohnortnahen Pflegeheim möglich sein. In den letzten Jahren wurde eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung in allen Teilen des Landes sichergestellt: Von 1997 bis 2009 hat die CDU-geführte Landesregierung über 520 Pflegeheimprojekte gefördert. Allein 2010 standen noch einmal 10 Millionen Euro für den

Ausbau von Pflegeheimen zur Verfügung. Die CDU-geführte Landesregierung hat damit ein deutliches Zeichen gesetzt. Wir werden weiter darauf hinwirken, dass neue Wohn-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen wohnortnah gebaut werden können. Pflegebedürftige Menschen sollen weiterhin die Möglichkeit haben, am Gemeindeleben teilzunehmen.

Eine qualitativ hochwertige Betreuung – für uns ein Herzensanliegen.
In der Betreuung sind uns qualitativ hochwertige Pflegeeinrichtungen ein Herzensanliegen. Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg 2008 das Landesheimgesetz verabschiedet. Die CDU-geführte Landesregierung hat damit für mehr Transparenz und Verbraucherschutz in der Pflege gesorgt. Die CDU Baden-Württemberg hat die Zeichen der Zeit früh erkannt: Unser Land hat die Heime mit den bundesweit besten Bewertungen.

Unsere Anerkennung gilt insbesondere den Beschäftigten im Pflegebereich. Die Novellierung des Landespflegegesetzes trägt dazu bei, dass mehr Menschen attraktive Wege in die Pflegeberufe eröffnet werden. Wir prüfen einen Studiengang für Pflegekräfte und setzen uns für die Weiterentwicklung der Pflegehelferberufe ein. Konkret werden wir die Einstiegsmöglichkeiten für Schüler verbessern. Für Menschen ohne Schulabschluss wollen wir die Ausbildungsmöglichkeiten zum Servicehelfer oder Alltagsbetreuer verbessern.

Bewusstsein für das Miteinander.
In vielen Kommunen werden Schüler bei Projektwochen dazu ermutigt, sich für unser Gemeinwesen einzubringen. Sie gehen ins örtliche Alters- oder Pflegeheim und verbringen dort Zeit mit älteren Menschen. Dieses Modell werden wir für alle Schulen im Land ausweiten. Um das Bewusstsein für das Miteinander in unserer Gesellschaft zu fördern, werden wir in allen Schulen Sozial-Praktika einrichten. Damit fördern wir das Bewusstsein für das Miteinander in unserer Gesellschaft.

Die CDU Baden-Württemberg steht für das Miteinander der Generationen. Wir wenden uns gegen jede Diskriminierung des Alters. Die CDU Baden-Württemberg ist die Partei aller Generationen.

VII. GRUNDLAGEN

UNSERES CHANCENREICHTUMS

A. BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE

Eine moderne Energieversorgung braucht Zuverlässigkeit, Bezahlbarkeit und Umweltfreundlichkeit – aber keine Ideologie. So wollen es die Menschen und Unternehmen in unserem Land. So will es auch die CDU. Eine sichere Energieversorgung ist für uns Kernelement der Daseinsvorsorge. Sie berührt die Grundbedürfnisse der Menschen im Land. Im Interesse einer stabilen Energieversorgung ist die Politik in ihrer Verantwortung besonders gefragt. Deshalb ist der Einstieg des Landes bei der EnBW AG eine gute Entscheidung für Wirtschaft und Verbraucher in Baden-Württemberg. Wir wollen langfristig den Umstieg in eine komplett CO_2-neutrale Energieerzeugung schaffen. Dabei werden die erneuerbaren Energien eine wesentliche Rolle spielen. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien und wir wollen keine kurz- und mittelfristigen Kapazitätsengpässe und Preissprünge.

Baden-Württemberg hat bei der Verringerung des CO_2-Ausstoßes in der Vergangenheit viel erreicht. Wir wollen aber noch mehr erreichen: Bis 2020 sollen die energiebedingten CO_2-Emissionen gegenüber 1990 um über 30 Prozent sinken. Bis zum Jahr 2050 wollen wir eine Senkung um 80 Prozent erreichen. Damit teilen wir die ambitionierten Ziele des Energiekonzepts der Bundesregierung.

Verantwortungsvoller Energiemix.
Im Jahr 2008 betrug der Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung im Land knapp 15 Prozent. Fossile Energieträger tragen weit über 30 Prozent und die Kernkraft rund 50 Prozent zur Stromerzeugung bei. Diese Zahlen zeigen, dass auf die Erzeugung von Strom aus Kernenergie im Land kurzfristig nicht einfach verzichtet werden kann. Vielmehr brauchen wir die Kernenergie als verlässliche, kostengünstige und klimafreundliche Brückentechnologie. Eine Kompensation der Kernenergie durch fossile Energieträger lehnen wir ab. Dies hätte in Baden-Württemberg jährlich zusätzliche CO_2-Emissionen von 15 bis 30 Millionen Tonnen CO_2 zur Folge. Damit würde der Ausstoß des Klimagases um 20 bis 40 Prozent erhöht.

Die CDU Baden-Württemberg begrüßt das Energiekonzept der Bundesregierung. Es setzt Maßstäbe für die Energieerzeugung der Zukunft. Die Ziele suchen international ihresgleichen: Bis 2050 ist eine Reduzierung der Kohlendioxidemission um 80 Prozent geplant, ferner eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf 80 Prozent. Dafür nimmt das Energiekonzept vor allem die großen Energiekonzerne finanziell stark in die Pflicht: Ab 2011 fließen zusätzlich weit über 15 Milliarden Euro aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz. Das ist ein Mega-Programm für die erneuerbaren Energien. Hinzu kommen weitere rund 2 Milliarden Euro jährlich aus dem Handel mit Emissionszertifikaten ab 2013. Weitere Maßnahmen zur Stärkung der energetischen Gebäudesanierung, zur Energieeinsparung und für verbrauchsarmen Verkehr sind im Energiekonzept der Bundesregierung enthalten.

Unser Energiekonzept – mutig und vernünftig zugleich.
Die baden-württembergische Energiepolitik wird von drei Leitlinien getragen. Erstens wollen wir eine eigenständige Energieversorgungsstruktur mit eigener Energieerzeugung im Land mit hoher Produktionskapazität und möglichst vielen Arbeitsplätzen erhalten. Zweitens wollen wir eine sichere Energieversorgung für Unternehmen und Haushalte zu bezahlbaren Preisen sicherstellen. Drittens wollen wir unsere ambitionierten Klimaschutzziele erreichen.

Mit dem Mitte 2009 verabschiedeten Energiekonzept 2020 hat die CDU-geführte Landesregierung ihre energiepolitische Vorreiterrolle unterstrichen. Die formulierten Ziele sind realistisch und berücksichtigen die spezifische Situation unseres Landes. Wir wollen den Energieverbrauch senken und die Energieproduktivität steigern. Die erneuerbaren Energien sollen ausgebaut und der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020 auf mindestens 20 Prozent steigen.

Energie einsparen.
Die umweltfreundlichste Energie ist die, die erst gar nicht erzeugt werden muss. Deshalb stehen Energieeffizienz und Energieeinsparung für uns an erster Stelle. Gerade bei älteren Wohngebäuden bieten sich große Chancen. Wir streben die grundlegende Harmonisierung der Genehmigungs- und Förderrichtlinien an. Für die Modernisierung solcher Gebäude wollen wir einen Energieeffizienzfonds im Land auflegen, der auf die Programme des Bundes aufbaut. Hierzu werden wir uns auch für eine weitere deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Wärmenetze einsetzen.

20 Prozent erneuerbare Energien bis 2020.
Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Deshalb wollen wir ihren Anteil an der Energieerzeugung stetig ausbauen. Die Zielmarke von 20 Prozent regenerativer Energien am Gesamtenergieaufkommen im Jahr 2020 ist für uns nur eine Untergrenze, die wir weit übertreffen wollen. Dazu werden wir in der kommenden Legislaturperiode das Energiekonzept 2020 der Landesregierung zu einem umfassenden Konzept für das Zieljahr 2050 weiterentwickeln. Bis zu diesem Zieljahr sollen die erneuerbaren Energien mindestens 80 Prozent zur Energieerzeugung im Land beisteuern.

Besondere Chancen für Baden-Württemberg sehen wir in der Wasserkraft, Sonnen- und Bioenergie sowie der Geothermie. Wo es landschaftlich verträglich und technisch sinnvoll ist, befürworten wir auch einen Ausbau der Windenergie.

Verantwortungsvoller Ausbau regenerativer Energien.
Der weitere Ausbau erneuerbarer Energien (Windräder, Solarparks, Speicherkraftwerke, Überlandleitungen etc.) wird nicht konfliktfrei verlaufen. Wer für erneuerbare Energien ist, darf sich nicht gegen neue Speicherkraftwerke und Überlandleitungen stellen. Wir wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien gemeinsam mit den Menschen vor Ort vorantreiben. Durch frühzeitige Einbindung und den Dialog mit den Betroffenen werden wir vor Ort Akzeptanz gewinnen.

Wir werden uns im Land, aber auch auf Bundes- und EU-Ebene für einen zügigen Ausbau der Energieinfrastruktur einsetzen. Insbesondere werden wir Investitionen in intelligente Stromnetze unterstützen, die dezentrale, regenerative Energieerzeugungsanlagen und -speicher miteinander verbinden und die Energie effizient verteilen. Eine Partnerschaft zwischen der EnBW AG und den Stadtwerken im Land eröffnet dafür viele neue Chancen.

Gas ist ein wichtiger Energieträger. Gemeinsam mit den Gasnetzbetreibern und Forschungseinrichtungen wollen wir eine moderne Gasversorgung schaffen, in der die dezentrale Einspeisung von Gas aus regenerativen Quellen flächendeckend umsetzbar ist. Wir bekennen uns zu unseren leistungsfähigen Stadtwerken. Sie sind flexibel, innovativ und nah am Kunden.

Energieforschung verstärken.
Wir werden die Energieforschung zu Fragen der Kraftwerkstechnik, zu alternativen Antriebsformen, Energieerzeugung, -speicherung und -netzen sowie zum energiesparenden Bauen zu einem Mittelpunkt der baden-württembergischen Forschungsanstrengungen machen. Einen Schwerpunkt werden wir auf die Speichertechnologien legen. Die Vernetzung und der Austausch zwischen öffentlicher Forschung und Entwicklung mit den Initiativen der Wirtschaft wollen wir verstärken.

Ein wichtiger Baustein ist auch die Beratung. So sind inzwischen bereits in 30 von 35 Landkreisen im Land Energieagenturen eingerichtet worden. Wir werden uns für einen flächendeckenden Ausbau der Energieagenturen einsetzen.

Baden-Württemberg – Vorreiter bei erneuerbarer Wärme.
Baden-Württemberg ist bundesweit Spitzenreiter beim Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärmeerzeugung. Mit dem „Erneuerbare-Wärme-Gesetz“ hat die CDU-geführte Landesregierung 2008 erstmals eine Pflicht zum Einsatz erneuerbarer Energien bei der Wärmeversorgung neuer und bestehender Gebäude eingeführt. Baden-Württemberg war damit Vorbild für den Bund, der die Regelungen für Neubauten übernommen hat.

Das neue Gesetz ist ein Erfolg. Damit gelingt es uns in Baden-Württemberg, den Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung deutlich zu erhöhen. Zugleich senken wir so den CO_2-Ausstoß. Bei bestehenden Gebäuden sehen wir nach wie vor gute Entwicklungsmöglichkeiten. Wir wollen das „Erneuerbare-Wärme-Gesetz“ daher in der kommenden Legislaturperiode weiterentwickeln. Die bisherigen Erfahrungen der Praxis sollen darin einfließen. Die Ziele müssen für Wohnungs- und Hauseigentümer noch einfacher zu erreichen sein.

B. UMWELTSCHUTZ

Umweltschutz – eine Verpflichtung für die Union.
Die Bewahrung der Schöpfung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlage liegen uns besonders am Herzen. Die CDU Baden-Württemberg wird den Klimaschutz vorantreiben, Hochwasserschutz verstärken, Flächenverbrauch reduzieren und gegen die Belastungen durch Lärm und Schadstoffe vorgehen. Umwelttechnik und Ressourcenschonung bauen wir zu strategischen Handlungsfeldern für Baden-Württemberg aus. Mit dem Umweltplan 2007 hat das Land konkrete Ziele und Maßnahmen für alle Umweltbereiche festgeschrieben.

Vorfahrt für den Klimaschutz.
Der Klimawandel macht auch vor Baden-Württemberg nicht Halt. Extreme Wetterereignisse wie Stürme, Hagel oder Überschwemmungen treten heute schon häufiger und intensiver auf. Das verursacht nicht nur Schäden an Gebäuden, Fahrzeugen oder in der Land- und Forstwirtschaft, sondern birgt auch Gesundheitsrisiken. Darüber hinaus verlangt der Klimawandel Anpassungen nicht nur im Boden-, Natur- und Artenschutz. Die Erderwärmung zieht hohe Folgekosten nach sich. Deshalb unterstützt die CDU Baden-Württemberg Investitionen in den Klimaschutz.

Baden-Württemberg hat schon heute vorbildliche Kennzahlen: Mit dem CO_2-Ausstoß von zuletzt 6,8 Kilogramm pro Einwohner und Jahr liegt das Land um über 30 Prozent besser als der Bundesdurchschnitt. Diesen Weg geht die CDU-geführte Landesregierung weiter: Wir fördern erneuerbare Energien und erhöhen die Anreize für Energieeffizienz und Energiesparen.

Das „Klimaschutzkonzept 2020plus“ weist Wege auf, wie wir den wachsenden Anforderungen an die Reduktion der Klimagasemissionen bis zum Jahr 2020 und darüber hinaus begegnen können.

Wirksamer Klimaschutz braucht das Engagement vieler Akteure.
Um viele Akteure in den Klimaschutz einzubeziehen, werden wir gemeinsam mit den Kommunen, der Wirtschaft, den Stadtwerken und den Umweltverbänden eine breit angelegte Klimaschutzinitiative starten. Durch kommunale Klimaschutzkonzepte und unternehmensbezogene Instrumente des Energiemanagements, durch Beratung und Initiativen zur Vernetzung wollen wir diese Akteure als Unterstützer für die aktive Klimaschutzpolitik des Landes gewinnen. Um der Vorbildfunktion des Landes gerecht zu werden, werden wir die umfassende energetische Sanierung aller landeseigenen Gebäude vorantreiben.

Der Kenntnisstand über die Auswirkungen des Klimawandels ist bei Weitem noch nicht ausreichend. Nicht alle Fragen zum Klimawandel können bisher beantwortet werden. Deshalb setzt sich die CDU Baden-Württemberg weiter dafür ein, die Erforschung der regionalen Klimaauswirkungen voranzutreiben und auch finanziell zu unterstützen.

Umweltbewusstsein durch Umweltbildung.
Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind im Bildungswesen in Baden-Württemberg fest verankert. An Schulen werden wir auch künftig „Ökoexperten“ ausbilden, die Energiesparmaßnahmen oder Umwelt-AGs begleiten. Wir bauen außerdem das Freiwillige Ökologische Jahr aus.

Diese Initiativen wollen wir nun vermehrt auf den Ausbildungssektor übertragen. In Kooperation mit den Kammern wollen wir ein praxisorientiertes Modell zur Nachhaltigkeitsbildung in der beruflichen Ausbildung entwickeln und umsetzen.

Land und Leute vor Lärm schützen.
Lärm ist ein zentrales Umweltproblem unserer Gesellschaft. Etwa 60 Prozent der Bevölkerung von Baden-Württemberg fühlen sich hauptsächlich durch Verkehrs- und Straßenlärm belästigt. Die Landesregierung hat im ganzen Land die Lärmbelastung ermittelt. Mit diesen Daten können Kommunen Aktionspläne erarbeiten. Das Land unterstützt sie dabei. Die Lärmerfassung und die Verminderung von Lärm werden wir deshalb weiter mit Nachdruck verfolgen.

Wir werden die Entwicklung leiserer Fahrbahnbeläge vorantreiben und deren Einsatz bei Fahrbahnerneuerungen Vorrang einräumen. Für den zügigen Ausbau anspruchsvoller Schallschutzmaßnahmen werden wir weitere Mittel bereitstellen. Auch beim Schienenverkehr werden wir uns für eine ambitionierte Lärmminderung einsetzen. Neben einer generellen, deutlichen Lärmminderung, insbesondere im Schienengüterverkehr, werden wir uns vor allem beim Ausbau der Rheintaltrasse, sowie den noch nicht planfestgestellten Streckenabschnitten entlang der ICE-Schnellbahn- und Gäubahntrasse auf der Strecke Stuttgart über den neuen Filderbahnhof nach Ulm, für einen bestmöglichen Lärmschutz stark machen. Um die Anwohner der Rheintalbahn wirksam vor Schienenlärm zu schützen, werden wir wenn nötig auch Landesgelder beisteuern. Außerdem setzen wir uns für die Abschaffung des so genannten Schienenbonus der Bahn und für verbindliche Lärmgrenzwerte für Züge ein. Zur weiteren Verringerung des Fluglärms werden wir Möglichkeiten prüfen, wie die Lärmverursacher ihrer Verantwortung gerecht werden können – etwa durch lärm- und schadstoffbezogene Landeentgelte.

Luft und Wasser sauber halten.
Auch zur Verbesserung der Luftqualität in Städten und Gemeinden wurden Aktionspläne erarbeitet. Dazu gehören auch die Umweltzonen, verbunden mit Fahrverboten für Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß. Für die CDU bleibt der Schutz von Mensch und Natur vor Schadstoffen in der Luft eine wichtige Daueraufgabe.

Wasser ist die Grundlage unseres Lebens. Die Versorgung mit gutem Trinkwasser ist Kernbestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Trinkwasser wird zu 75 Prozent aus Grundwasser gewonnen. Durch nachhaltiges Engagement konnten wir die Nitratbelastung im Grundwasser deutlich senken. Wir werden die Landwirte bei der Gewässer schonenden Bewirtschaftung der Flächen weiter unterstützen. Die Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO) ist dafür ein bewährtes und erfolgreiches Instrument.

Hochwasserschutz: Schutz vor den Gefahren des Wassers.
Wir betrachten den Hochwasserschutz gerade mit Blick auf den Klimawandel als eine zentrale Zukunftsaufgabe. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren den Etat für den Hochwasserschutz erhöht. Damit konnten viele Verbesserungen umgesetzt werden. Die CDU Baden-Württemberg wird diesen erfolgreichen Weg weitergehen. Bestehende Dämme sollen erhalten und hochwassergefährdete Gebiete oder Hochwasserrückhalteflächen nicht überbaut werden. Wir befürworten die Ausarbeitung der detaillierten Hochwasserrisikomanagementpläne bis 2015 entlang von Rhein, Donau und Neckar. Bis 2013 wollen wir landesweit für 12.300 Gewässerkilometer Hochwassergefahrenkarten erstellen.

Die CDU-geführte Landesregierung hat seit 2006 landesweit 350 Millionen Euro für Bau und Sanierung von Deichen, Rückhaltebecken oder Ufermauern eingesetzt. Im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms haben wir bereits 40 Prozent der Hochwasservorsorge realisiert. Verschiedene Akteure widmen sich dem Schutz von Flüssen und der dazu gehörigen Landschaften. Dieses wertvolle ökologische Engagement werden wir weiter fördern.

Bewahrung unseres Naturerbes.
Für die CDU Baden-Württemberg ist die Bewahrung und die Pflege unseres Naturerbes ein wesentlicher Wert. Die wichtigsten Tourismus- und Erholungslandschaften des Landes wie der Schwarzwald, die Schwäbische Alb oder der Bodensee leben und profitieren vom wirkungsvollen Schutz unserer reichen und reizvollen Natur. Unsere 2.500 Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete bilden die wertvolle ökologische Infrastruktur des Landes, die wir weiter vernetzen wollen. Dazu werden wir eine „Naturschutzstrategie Baden-Württemberg 2020“ formulieren und darin Ziele und konkrete Projekte des Naturschutzes in diesem Jahrzehnt benennen. Wir verpflichten uns zur Erhaltung von Lebensräumen und zum Schutz von Tier- und Pflanzenarten. Naturschutz gelingt am besten partnerschaftlich. Dazu ist der Vertragsnaturschutz ein effektives und erfolgreiches Instrument. Darüber hinaus wollen wir in enger Abstimmung mit den betroffenen Gebietskörperschaften die Ausweisung eines weiteren Großschutzgebietes (z. B. Biosphärengebiet, Nationalpark) prüfen. Wir sehen im weiteren Ausbau von Landschaftserhaltungsverbänden in der Fläche ein wichtiges strukturelles Element des Naturschutzes. Wir werden deshalb den flächendeckenden Ausbau von Landschaftserhaltungsverbänden im Land konsequent vorantreiben und hierfür entsprechende Mittel bereitstellen.

Über die Ausweisung von Schutzgebieten hinaus muss der Naturschutz zu einem integrativen Element aller Planungs- und Entscheidungsprozesse auf Landes-, regionaler und kommunaler Ebene, aber auch in der Wirtschaft werden. Hierzu wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft Baden-Württembergs eine Initiative auf den Weg bringen, mit der modellhaft Beiträge der Unternehmen zum Erhalt der Landschaft und der Artenvielfalt aufgezeigt werden. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die Wertschöpfung durch den Naturschutz in verschiedenen Bereichen weiterzuentwickeln und auszubauen.

Tiere schützen.
Wir fühlen uns dem Tierschutz besonders verpflichtet. Die CDU setzt sich für artgerechte Tierhaltung und -ernährung ein. In der Nutztierhaltung wollen wir den Tierschutz im Einklang

mit der Wirtschaftlichkeit voranbringen. Zur Verringerung von Tierversuchen werden wir die Entwicklung von Ersatzmethoden weiter fördern. Erfolgreicher Tierschutz kann insbesondere auch auf europäischer und internationaler Ebene verwirklicht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Tiertransportzeiten in der EU weiter begrenzt werden.

Flächenverbrauch reduzieren.
Zum Schutz der Umwelt und aus Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen stehen wir für eine Zurückführung des Flächenverbrauchs. Die innerörtliche Entwicklung hat Vorrang, damit neue Flächen nur noch in dem unbedingt notwendigen Maß in Anspruch genommen werden. Die Erfolge bei der Senkung des Flächenverbrauchs in der Vergangenheit sind für uns Ansporn, hier konsequent weiterzuarbeiten. Die Wiederverwendung bereits genutzter Flächen und die Entwicklung im Ort haben Vorrang vor Neubauten auf der grünen Wiese. Dazu werden wir auch steuerliche Anreize zur Stärkung der Innenentwicklung verfolgen.

Umwelttechnik und Ressourcenschonung.
Die Knappheit von Ressourcen und Energie macht den Ressourcenschutz zum Kernelement einer zukunftsorientierten Politik. Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz gewinnen deshalb weltweit an Bedeutung. Sie sind nicht nur aus ökologischen Gründen geboten, sondern bieten auch enorme wirtschaftliche Chancen für Baden-Württemberg. Nach Expertenschätzungen liegen in der Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz bis zum Jahr 2020 mit 30 bis 45 Milliarden Euro die größten Wachstumspotentiale.

Die von der CDU-geführten Landesregierung gestartete Initiative zum Ausbau Baden-Württembergs als „Umweltinnovationslabor Europas“ wollen wir mit aller Konsequenz fortführen und auf eine breite Basis im Land stellen.

Das Technologie- und Innovationszentrum Umwelttechnik Baden-Württemberg soll erster Ansprechpartner für die Unternehmen des Landes in allen Fragen der Umwelttechnik und Ressourceneffizienz werden. Als Schnittstelle zwischen Labor und Praxis sollen modernste Forschung und Markteinführung eng miteinander verzahnt werden. Um die Markteinführung von leistungsfähigen Ressourceneffizienztechniken zu beschleunigen, wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft neue Konzepte – wie etwa so genannte Contracting-Modelle – erproben.

Nachhaltigkeit im Dialog.
Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe. Nachhaltige Entwicklung braucht die Beteiligung und aktive Mitwirkung aller gesellschaftlichen Akteure. Die Landesregierung hat deshalb eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie begonnen, an der sich mittlerweile über 450 gesellschaftliche Institutionen beteiligen. Mit der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg hat das Land bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen, und gezeigt, wie durch Dialog und Partizipation zentrale Themen einer nachhaltigen Entwicklung erfolgreich bearbeitet werden können.

Wir wollen diese Initiative fortsetzen und die darin entwickelten neuen Formen des Dialogs und der Bürgerbeteiligung nutzen, um beispielsweise auf regionaler Ebene Beteiligungsprozesse zu wichtigen Themen nachhaltiger Entwicklung zu initiieren.

C. INNERE SICHERHEIT

Wir sind das Land, in dem Recht und Ordnung etwas gelten.
Baden-Württemberg und Bayern sind die sichersten Länder in Deutschland. Innere Sicherheit ist eine klassische Stärke unionsgeführter Politik. Die Sicherheit der Bürger und der Schutz vor Straftaten gehört für uns zu den Kernaufgaben landespolitischer Verantwortung. In Baden-Württemberg gibt es deshalb keine Toleranz für Extremismus, Gewalt, Kriminalität und rechtsfreie Räume. Wir setzen auf eine echte Sicherheitspartnerschaft zwischen Bürgern und Polizei. Die Bürgerinnen und Bürger im Land erwarten zu Recht von Politik und Behörden, dass sie sich auf Recht und Ordnung verlassen können. Das erfüllen wir bereits heute: So ist die Kriminalitätshäufigkeit im Land zusammen mit Bayern schon bisher die niedrigste im Bundesvergleich.

Damit unser Land bei der Sicherheit weiter an der Spitze bleibt, wird bei der Polizei nicht gespart. Wir müssen unserer Polizei weiterhin die notwendigen Ressourcen an die Hand geben, um den Sicherheitsanspruch unserer Bürger zu verwirklichen. Das gilt für die Personalausstattung der Polizei genauso wie für die Technik. Wir werden deshalb ein Folgeprogramm des bewährten Technik-Zukunftsprogramms auflegen.

Die Ausstattung unserer Polizei ist und bleibt spitze.
Wir haben in den letzten Jahren konsequent die Informations- und Kommunikationstechnik der Polizei modernisiert. Die Sicherheitsausstattung mit modernen Pistolen und Schutzwesten sowie die Verbesserung der „Amok-Schutzausstattung“ für 3,6 Millionen Euro waren uns wichtig. Auch der Polizeifuhrpark lässt sich sehen: Die Umstellung auf ein Leasingkonzept sichert modernste Fahrzeuge. Nicht zuletzt die neue blaue Polizeiuniform trägt zur Verbesserung der Arbeits- und Einsatzbedingungen bei. Die Ausstattung der Polizei muss mit den ständig steigenden Anforderungen und der technischen Entwicklung Schritt halten. Informations- und Kommunikationsinfrastruktur, Telekommunikationstechnik, Einsatz-, Kriminal- und Spezialtechnik müssen jeden Tag rund um die Uhr reibungslos funktionieren, damit die Polizei ihre Aufgaben für die Sicherheit der Menschen in unserem Land optimal wahrnehmen kann. So werden für die landesweite Einführung des Digitalfunks 400 Millionen Euro investiert. Auch in der kommenden Legislaturperiode wird die CDU Baden-Württemberg weiter dafür sorgen, dass die Ausstattung unserer Polizei ständig ergänzt und modernisiert wird. Dies gilt gerade für die landesweite Einführung des Digitalfunks für insgesamt 400 Millionen Euro.

Gute Polizeiarbeit braucht motivierte Polizisten.
Die CDU Baden-Württemberg wird sich auch in der kommenden Legislaturperiode dafür

einsetzen, dass der Polizeiberuf attraktiv bleibt. Dazu gehören die Verbesserung der Besoldungsstrukturen sowie zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten für unsere Polizeibeamten. Die Dienstrechtsreform ermöglicht, dass gut 2.200 Polizeibeamte, insbesondere in den unteren Einkommensgruppen, befördert werden können. Die gute Polizeiarbeit in Baden-Württemberg ist auch den engagierten Männern und Frauen in der Polizei zu verdanken, die in Wissenschaft, Technik und Verwaltung den Vollzugsbeamten den Rücken für die unmittelbare Polizeiarbeit frei halten. Die CDU Baden-Württemberg wird dafür sorgen, dass auch dieser Polizeibereich beruflich attraktiv ist. In einem ersten Schritt werden wir deshalb die stellenrechtlichen Voraussetzungen schaffen, damit Verwaltungsbeamte auch auf Vollzugsstellen befördert werden können.

Wichtig ist auch die Nachwuchssicherung: Durch vorgezogene Neueinstellungen von Polizeibeamten wollen wir die Altersstruktur der Polizei verbessern. Durch diesen so genannten Stellenkorridor entstehen rund 1.000 zusätzliche Stellen im Polizeidienst. Wir bieten außerdem mehr Ausbildungsplätze bei der Polizei an, um das Potential des doppelten Abiturjahrgangs 2012 zu nutzen.

Wir begrüßen den steigenden Anteil von Frauen bei der Polizei. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass unsere Polizistinnen Familienzeit nehmen können, ohne dass dadurch die Personalstärke leidet. Unsere Polizei lebt vom Engagement unserer Polizistinnen und Polizisten und allen Polizeibeschäftigten. Ihr Einsatz ist die Basis dafür, dass die Polizei die Herausforderungen ihres täglichen Diensts meistert. Auch Bewerber mit ausländischer Herkunft sind uns bei der Polizei willkommen. Eine vielfältige Gesellschaft muss sich auch in der Struktur der Polizei widerspiegeln.

Terroristen und Chaoten keine Chance geben.

Wir stehen zur Arbeit unseres Verfassungsschutzes. Wir wollen die Feinde unserer Rechtsordnung konsequent bekämpfen. Das gilt auch für religiöse Eiferer und für islamistischen Terrorismus. Wir akzeptieren keine Gewalttäter und Hassprediger im Land.

Auch für linken und rechten Extremismus ist in Baden-Württemberg kein Platz. Wir sind weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind. Wenn sich Rechtsradikale auf Schulhöfen tummeln und zum Hass gegen Minderheiten aufrufen, werden wir dies nicht hinnehmen. Wenn linke Chaoten zu Gewalt und Randale aufrufen, gibt es dafür keine Toleranz. Wir haben deshalb härtere Strafen bei Angriffen auf Polizeibeamte mit durchgesetzt und die Strafen bei nur scheinbar harmlosen Widerstandsdelikten erhöht. Das sind wir unserer Polizei schuldig. Im Kampf gegen Extremisten, Terroristen und gegen die organisierte Kriminalität müssen die Ermittler neue technische Möglichkeiten einsetzen können. Deshalb steht die CDU Baden-Württemberg hinter der Vorratsdatenspeicherung. Auch das gehört für uns zum Selbstverständnis einer wehrhaften Demokratie.

Für sichere Städte und Gemeinden.

Wir wollen sichere Städte, in denen man auch nachts beruhigt auf die Straße gehen kann, ohne von alkoholisierten und gewaltbereiten Randalierern belästigt zu werden. Wir stehen für eine Kultur des Hinschauens und nicht des Wegschauens.

Das gilt vor allem für Gewalt im öffentlichen Raum, die wir konsequent bekämpfen. Dazu gehört, dass wir zur Videoüberwachung öffentlicher Gebäude und wichtiger öffentlicher Plätze stehen. In Nahverkehrszügen sollen – vor allem abends – Zugbegleiter für Sicherheit sorgen. Das werden wir bei künftigen Neuausschreibungen zur Bedingung machen.

Zur Eindämmung von Gewalt im öffentlichen Raum gehört auch die Bekämpfung von übertriebenem Alkoholkonsum. Mit dem Alkoholverkaufsverbot in der Nacht haben wir einen ersten Schritt gemacht, der von Wissenschaftlern und Praktikern empfohlen wurde. Darüber hinaus wollen wir unseren Kommunen eine rechtssichere Grundlage geben, damit sie den Alkoholkonsum auf öffentlichen Brennpunktplätzen verbieten können.

Im Interesse der Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger wollen wir die Landkreise, Städte und Gemeinden noch enger mit der Polizei vernetzen. Dafür wollen wir die Idee der Sicherheitspartnerschaften zwischen dem Land und den Kommunen in allen Landesteilen weiter stärken. Auch örtliche Vereine und Bürgerinitiativen wollen wir dabei einbeziehen.

Kein Platz für Kriminelle.

Wer unsere Rechtsordnung verletzt, muss sich dafür verantworten. Gerade die konsequente Verfolgung und die schnelle Verurteilung Krimineller sind uns wichtig. Für die CDU Baden-Württemberg genießen dabei die Rechte der Opfer Vorrang vor allen Erleichterungen für aktenkundige Straftäter.

Wir verschließen dabei unsere Augen nicht davor, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders häufig Gewaltdelikte begehen. Gerade für sie brauchen wir gezielte Programme, die beim Einfinden in unsere Gesellschaft helfen.

Einbürgerung setzt gelungene Integration voraus. Zur Integration gehören auch die Einhaltung von Recht und Ordnung in unserem Land. Wer vorsätzlich Straftaten begeht, ist nicht integriert. Deshalb soll künftig jede strafrechtliche Verurteilung – auch in so genannten Bagatellfällen – automatisch die Wartezeit bis zur Einbürgerung verlängern oder in schweren Fällen ausschließen. Dabei ist klar: Ausländer, die schwere Straftaten begehen, müssen im Rahmen der geltenden Gesetze unverzüglich in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden und dort ihre Haft verbüßen. Auch die erschlichene Einbürgerung muss deutliche Folgen haben. Wer extremistische Aktivitäten verschweigt oder bewusst falsche Angaben macht, dem wird die Einbürgerung aberkannt.

Jugendkriminalität bekämpfen – Prävention ausbauen.

Bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität ist neben der konsequenten Bestrafung auch Vorbeugung nötig, die Jugendkriminalität zuverlässig verhindert. Jugendliche Straftäter müssen die Folgen eines Rechtsverstoßes frühzeitig und unmissverständlich zu spüren bekommen. Dazu gehören auch Strafen, die im pädagogischen Sinn abschreckend wirken, wie der Warnschussarrest und der Entzug des Führerscheins bzw. Fahrverbote für junge Menschen. Eine „Entkriminalisierung" von Delikten wie Graffiti-Schmierereien, Schwarzfahren und Ladendiebstahl sowie den Besitz von Rauschgift lehnen wir ab.

Das Abrutschen Jugendlicher in Kriminalität und Armut beginnt oft mit der Verweigerung des Schulunterrichts. Wenn eine konsequente Ansprache durch Schule und Jugendamt nicht mehr hilft, werden wir die Eltern künftig mit Bußgeldern zwingen, darauf zu achten, dass ihre Kinder die Schule besuchen. Das gilt natürlich auch für Familien mit Migrationshintergrund.

Neben unseren erfolgreichen Präventionsprojekten in Baden-Württemberg setzen wir uns auf der anderen Seite dafür ein, die Höchststrafe im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre zu erhöhen und bei schweren Straftaten wie Totschlag oder Mord auch bei Heranwachsenden grundsätzlich das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Gewaltausbrüche müssen hart und konsequent bestraft werden.Gerade die erfolgreiche Gewaltprävention bleibt eine polizeiliche Kernaufgabe, die wir gemeinsam mit den Kommunen wahrnehmen. Die CDU wird auch in der kommenden Wahlperiode weitere Präventionsprojekte initiieren und aktiv daran mitwirken.

Sexualstraftäter und Sicherungsverwahrung.

Die Sicherheit der Bürger hat gerade bei Sexualstraftätern oberste Priorität. Es kann nicht sein, dass die Polizei entlassene Sexualstraftäter und Schwerverbrecher besser bewachen muss als unsere Bürger. Um weitere Straftaten zu verhindern, unterstützt die CDU Baden-Württemberg alle Lösungen, die dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger genauso Rechnung tragen wie den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Um die Bevölkerung vor schweren Verbrechen zu schützen, fordert die CDU Baden-Württemberg die gesetzliche Verpflichtung zur Abgabe einer DNA-Speichelprobe von jedem, der erkennungsdienstlich behandelt wird. Die DNA-Analyse ist der Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts. Wir wollen neueste technische Möglichkeiten nutzen, um die Bürger zu schützen.

Das Internet – kein rechtsfreier Raum.

Das Internet ist aus unserem gesellschaftlichen Leben nicht mehr wegzudenken. Deshalb darf es kein rechtsfreier Raum sein, in dem sich Kriminelle tummeln können. Wir setzen auf Selbstregulierung, wo es vertretbar ist. Die Aktivitäten im Kampf gegen Internetkriminalität müssen insgesamt noch stärker gebündelt werden. Deshalb ist es auch richtig, das Kompetenzzentrum Internet beim Landeskriminalamt und ein flächendeckendes Netz von Internet-Ermittlern zur Bekämpfung der Internetkriminalität weiter zu stärken.

An erster Stelle stehen die Aufklärung der Nutzer und die Verbesserung der Medienkompetenz. Wo Bürger geschützt werden müssen, setzt sich die CDU Baden-Württemberg für konsequente Strafverfolgung ein: Dies gilt für den „Schwarzhandel" mit Adressen, den Diebstahl von persönlichen Daten bis hin zu illegalen Kontoabbuchungen. Der Bürger muss darauf vertrauen können, dass seine Daten vor Missbrauch geschützt sind.

Lebensrettern durch Unterstützung helfen.

Mehr als 100.000 Menschen in Baden-Württemberg sind als haupt- und ehrenamtliche Helfer bei den Feuerwehren, dem Roten Kreuz, im Malteser Hilfsdienst, der Johanniter-Unfallhilfe und vielen anderen Hilfsorganisationen tätig. Sie setzen ihre Gesundheit und oft auch ihr Leben ein für das Wohl unserer Mitbürger. Die CDU steht dafür, dass die Mittel für diese Dienste auch in finanziell schwierigen Zeiten garantiert sind.

Gerade die Freiwilligen Feuerwehren sind ein starker Pfeiler der ehrenamtlichen Hilfs- und Einsatzbereitschaft in Baden-Württemberg. Zusammen mit den Berufsfeuerwehren, den Hilfsorganisationen und dem Katastrophenschutz sind sie für die Innere Sicherheit unerlässlich. Die CDU Baden-Württemberg weiß um den Wert lebensrettender Aufgaben in unserem Land und wird sich deshalb für die weitere Förderung einsetzen.

Zivilcourage fördern.

Viele Menschen setzen sich spontan für ihre Mitmenschen ein. Wenn andere in Not sind, zeigen sie Zivilcourage. Dabei meinen wir nicht nur das Einschreiten bei gewalttätigen Auseinandersetzungen. Zivilcourage ist auch dort zu finden, wo sich jemand ohne Rücksicht auf eigene Nachteile für andere einsetzt. Zivilcourage erfährt oft zu wenig Anerkennung. Deshalb werden wir einen Preis für Zivilcourage stiften und damit herausragende Leistungen öffentlich würdigen.

Bundeswehr: Sicherheit garantieren, starke Standortstruktur erhalten.

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich für den Erhalt unserer Bundeswehrstandorte im Südwesten ein. Unsere Streitkräfte haben in Baden-Württemberg einen Partner, der ihre Leistungen für die Gesellschaft und für das Land zu schätzen weiß. Wir wollen die Bundeswehr nicht auf wenige, weit auseinander liegende Großstandorte reduzieren. Sie muss geografisch in unserer Zivilgesellschaft verankert bleiben und ihre Verwurzelung in der Bevölkerung auch ohne die Wehrpflicht bewahren.

Baden-Württemberg kann auf seine Standortkommunen stolz sein, die nicht nur den Soldatinnen und Soldaten selbst, sondern auch ihren Angehörigen attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen bieten. Unser Land mit seiner hohen Wirtschaftskraft, seiner guten Infrastruktur, seiner vielfältigen Bildungslandschaft und seiner hohen Lebensqualität macht die Bundeswehr an den baden-württembergischen Standorten als Arbeitgeber attraktiv.

D. HEIMAT UND IDENTITÄT

Baden-Württemberg – eine starke Heimat.
Bei uns in Baden-Württemberg fühlen sich die Menschen wohl. Sie sind stolz auf ihr Land und ihre Heimat. Heimat ist der Raum, den wir gestalten, in dem wir leben. Es ist die Umgebung, in der Menschen sich begegnen, entfalten und einbringen. Heimat ist die Basis der persönlichen und gemeinsamen Identität. In einer globalisierten und schnelllebigen Welt gibt uns unsere Heimat Geborgenheit. Unser Ziel heißt: Identität ermöglichen und stärken.

Wir verdanken unsere Lebensqualität, den Aufstieg und Wohlstand Baden-Württembergs auch den vielen Menschen, die seit 1945 neu zu uns gekommen sind: Besonders die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge haben großen Anteil am Wiederaufbau unseres Landes. Wir werden die Arbeit der Vertriebenenverbände in diesem Wissen weiter unterstützen. Auch viele Zuziehende aus allen Teilen Deutschlands und den benachbarten Ländern, Spätaussiedler, Gastarbeiter, Kriegsflüchtlinge und all deren Familien und Nachkommen haben bis heute bei uns ihre Heimat gefunden. Sie haben mit Arbeit und Fleiß einen wichtigen Beitrag zum Erfolg dieses Landes geleistet.

Jeder vierte Einwohner unseres Landes hat einen Migrationshintergrund. Kein anderes deutsches Land hat so viele Menschen erfolgreich aufgenommen wie Baden-Württemberg. Von dieser Erfahrung profitieren wir auch in Zukunft.

Chancen eröffnen. Erfolgreich integrieren.
Alle in Baden-Württemberg lebenden Menschen sind uns herzlich willkommen. Wir freuen uns darüber, dass Menschen sich in unserem Land engagieren und in das Gemeinwesen einbringen wollen. Integration heißt für uns, den Menschen Chancen zu geben: in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Kirche oder im Verein. Viele Zuwanderer haben sich vorbildlich integriert. Sie bringen sich ein, sind leistungsbereit und wollen etwas erreichen. Das geht aber vor allem, weil sie unsere gesellschaftlichen Regeln und Werte akzeptieren und einhalten. Von allen, die auf Dauer bei uns leben, verlangen wir ein aktives Bekenntnis zu unseren Grundwerten.

Deutsche Sprache als Schlüssel zum Erfolg.
Das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg. Dann ist in Baden-Württemberg alles möglich. Wir verlangen daher die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache und bieten die Möglichkeiten dazu.

Die Pflege und Weitergabe der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für unsere Identität und Kultur. Sie ist auch unverzichtbar, wenn Integration in Kindergärten, Schulen, in Stadtteilen oder auf Dörfern gelingen soll. Diesen Prozess wird die CDU Baden-Württemberg in allen Teilen unseres Landes unterstützen.

Integration fördern und fordern.
Wir strecken unsere Hand aus zum Dialog. Dazu gehört es, die Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft klar zu benennen. Deshalb treten wir Integrationsverweigerern deutlich entgegen. Wer kein Interesse an unserem Zusammenleben zeigt, wer sich Integrationsangeboten entzieht oder sogar seiner Frau oder seinen Kindern den Deutschkurs verbietet, dem müssen wir auch konsequent Leistungen kürzen oder Bußgelder auferlegen. Wir wollen keine abgeschotteten Parallelgesellschaften. Wir wollen eine chancenreiche Gemeinschaft sein und laden jeden ein, dabei mitzumachen. Wir fördern Integration, aber wir fordern sie auch.

Integration braucht Selbstbewusstsein.
Integration kann nur gelingen, wenn wir einen eigenen Standpunkt haben, unsere Werte und Traditionen selbstgewiss leben. Die Pflege von Heimatkunde und -geschichte, von Brauchtum und Dialekt ist für unsere Gesellschaft und ihren inneren Zusammenhalt auch eine Zukunftsfrage. Die CDU steht dafür ein.

Weltoffenheit und Heimatverbundenheit sind für uns keine Gegensätze. Die Kenntnis der eigenen Umgebung, der eigenen Geschichte und Tradition ist unverzichtbar für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Die christlichen Kirchen leisten dazu einen entscheidenden Beitrag. Sie organisieren Engagement, treten für Familien und Bedürftige ein und bieten Menschen Sinn und Halt.

Dialog der Religionen – Bekenntnis zur christlichen Kulturprägung.
Das friedvolle Zusammenleben der Religionen ist eine Grundvoraussetzung für das Zusammenleben überhaupt. Hier haben die christlichen Kirchen in vielen Initiativen entscheidende Arbeit geleistet. Die CDU bekennt sich zu christlichen Werten und Überzeugungen, die unsere Kultur und unser Gemeinwesen auch künftig prägen sollen.Wir wollen, dass auch junge Muslime ihren Glauben im Religionsunterricht an unseren Schulen kennen lernen können. Im Sinne erfolgreicher Integration muss dieser Religionsunterricht aber in deutscher Sprache, unter staatlicher Schulaufsicht und auf dem Boden unseres Grundgesetzes stattfinden. Wir stellen sicher, dass nur Lehrkräfte für den islamischen Religionsunterricht eingesetzt werden, die in Deutschland nach wissenschaftlichen Standards ausgebildet wurden.

Auch im Hochschulbereich bauen wir interreligiöse Brücken. Dazu tragen die Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg und das Zentrum für islamische Studien in Tübingen bei. Das intensive und strittige Gespräch auf wissenschaftlichem Niveau hilft, Sprachbarrieren zu überwinden und kommende Generationen verantwortungsvoll auszubilden.

E. KUNST UND KULTUR

Baden-Württemberg ist ein reiches Kulturland. Viele, zum Teil weltweit renommierte Kunst- und Kultureinrichtungen prägen unser Land und machen es attraktiv. Faszinierende Kulturangebote wie die Stuttgarter Oper und das Ballett oder das Karlsruher Zentrum für Kunst- und Medientechnologie, große Kunstausstellungen, Konzerte oder Filmfestivals erhöhen unsere Lebensqualität. Die Menschen schätzen unsere Museen und Theater, Orchester, Gedenkstätten, Schlösser und Gärten, die wir auch in Zukunft fördern und unterstützen werden. Freie Theater, Klein- und Figurentheater, Tanzinitiativen, soziokulturelle Zentren, Kunstvereine und viele Einrichtungen mehr verbinden die Vergangenheit mit der Zukunft in unserer freien und offenen Gesellschaft.

Kunst zu fördern bedeutet, die richtigen Rahmenbedingungen für Künstler zu schaffen. Unsere Künstler sollen frei und kreativ arbeiten können. Dann entsteht exzellente Kunst, die uns weltweites Renommee einbringt. Auch die Kultur- und Brauchtumspflege ist unser Markenzeichen: Dafür setzen sich Vereine, Verbände, Kommunen, Kirchen und engagierte Bürgerinnen und Bürger ein. Die CDU hat in der Vergangenheit großen Wert darauf gelegt, dass das Kulturangebot dezentral ist und alle Menschen in Baden-Württemberg erreicht – in den Ballungsgebieten ebenso wie im Ländlichen Raum. Dafür treten wir auch in Zukunft ein.

Kunst für alle.
Kunst und Kultur geben allen Generationen die Chance, sich schöpferisch auszudrücken und die eigenen Fähigkeiten in der Gemeinschaft weiter zu entwickeln. Deshalb wollen wir möglichst allen Menschen den Zugang zu Kulturangeboten ermöglichen und die kulturelle Bildung etwa durch die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Kultureinrichtungen weiterentwickeln: in Kunst- und Musikschulen, Kirchengemeinden, vor allem aber in den vielen tausend Vereinen und Projekten im ganzen Land. Der Erfolg unserer konsequenten Jugendförderung spiegelt sich zum Beispiel im hervorragenden Abschneiden zahlreicher junger Musiker beim Wettbewerb „Jugend musiziert“ wider.

Kunst und Musik können Sprachbarrieren überwinden. Kulturelle Bildung schafft gemeinsame Werte. Sie ermöglicht den wichtigen Austausch zwischen den Kulturen. Deshalb fördern wir kulturelle Einrichtungen auch im Sinne der Integration.

Kulturangebote in Spitze und Breite.
Die CDU-geführte Landesregierung ist ein starker Partner aller Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden. Wir werden professionelle Angebote sowie Laien-Angebote weiter unterstützen. Wir werden das vielfältige, flächendeckende Kunstangebot in ganz Baden-Württemberg in der Spitze und der Breite erhalten und ausbauen. Gleichzeitig schaffen wir Freiräume für neue Akzente. Auch in finanziell schwierigen Zeiten ist Kunst und Kultur ein Schwerpunkt unserer Politik. Mit der neuen Kunstkonzeption „Kultur 2020. Kunstpolitik für Baden-Württemberg“ liegt eine Gesamtschau der Kunst- und Kulturförderung des Landes vor, die wichtige Perspektiven aufzeigt.

F. ENGAGIERTES BADEN-WÜRTTEMBERG

Gemeinsam Brücken schlagen.
Baden-Württemberg ist das Mitmachland. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zeichnen sich durch ein hohes Maß an bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement aus. Fast jeder Zweite ist in seiner Freizeit freiwillig und unentgeltlich für andere Menschen aktiv. In keinem anderen Land engagieren sich Bürgerinnen und Bürger mehr als in Baden-Württemberg. Ob sich Bürger langfristig in einem Verein, kurzfristig in einem Projekt oder für den Nachbarn engagieren – wir unterstützen alle Formen der Beteiligung. Allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern gilt unser Respekt und unsere Anerkennung. Wir wissen es auch zu schätzen, wenn sich jemand ehrenamtlich in seinem Ortschaftsrat, Gemeinderat oder Kreistag einsetzt.

Für die CDU ist nicht der Staat die Antwort auf alle Herausforderungen im gesellschaftlichen Zusammenleben. Wir vertrauen auch in Zukunft auf den freiwilligen Einsatz vieler Bürgerinnen und Bürger. Dieses Engagement werden wir erhalten, fördern und ausbauen.

Ehrenamt und Beruf verbinden.
Zahlreiche Unternehmen in Baden-Württemberg ermöglichen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das freiwillige Engagement: Mitglieder der Feuerwehr, des Roten Kreuzes oder des THW können oft unvorhergesehen ihren Arbeitsplatz verlassen. Trainer und Jugendleiter können für eine Jugendfreizeit freigestellt werden. Darüber hinaus investieren Unternehmen Arbeitskraft und Geld für Aktivitäten von Vereinen, Kirchen und Organisationen. Die CDU Baden-Württemberg anerkennt diesen Einsatz vieler Unternehmen.

Miteinander füreinander.
Besonders wichtig sind uns Vereine, Aktionen und Projekte, bei denen junge Menschen im Mittelpunkt stehen. Unser Ziel ist es, junge Menschen dabei zu unterstützen, ihre Gaben und Talente in die Gesellschaft einzubringen. Einen entscheidenden Beitrag für gutes gesellschaftliches Miteinander leistet insbesondere die freie Kinder- und Jugendarbeit. Hierzu hat das Land den Jugendverbänden mit einem „Bündnis für Jugend“ eine jährliche Landesförderung in Höhe von 12,3 Millionen Euro bis 2011 garantiert. Dies wird die CDU auch weiterhin gewährleisten.

Freiwilligendienste ausbauen.
Die CDU bekennt sich zum Freiwilligendienst und wird ihn gerade mit der Aussetzung der Wehrpflicht weiter ausbauen, bewerben und unterstützen. Die CDU Baden-Württemberg

setzt sich daher für ein stimmiges Konzept ein, das den Freiwilligen Wehr- und Zivildienst sinnvoll mit dem Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahr verzahnt. Wir wollen das Angebot der Freiwilligen Dienste um ein neues Freiwilliges Soziales Jahr mit besonderer interkultureller Schwerpunktsetzung ergänzen (FSJ Interkulturell).

Freiwilligendienste können auch für ältere Menschen eine interessante Möglichkeit sein, ihre Erfahrungen und Fähigkeiten für die Gemeinschaft einzusetzen. Deshalb unterstützen wir das Bundesprojekt „Freiwilligendienste aller Generationen“ mit Nachdruck.

Wir sprechen uns dafür aus, Zugangsbeschränkungen zu den Freiwilligendiensten auch für Jüngere zu lockern. Die Einsatzbereitschaft von Jugendlichen steigt, wenn sich junge Menschen nicht dauerhaft binden müssen, sondern sich für ein zeitlich befristetes Projekt engagieren können. Zur Umsetzung kann unter anderem eine Internetplattform mit entsprechenden landesweiten Projektangeboten dienen.

Ehrenamt und Schule – Großartiges miteinander verbinden.
Im Rahmen der Einrichtung von Ganztagsschulen ist uns die Integration von Vereinen, Verbänden, Kirchen, Eltern und Bürgern in die Schulen wichtig. Ein breites Netz aus ehrenamtlichem Engagement erweitert nicht nur das Betreuungsangebot an Schulen, sondern vermittelt zusätzliche Kompetenzen über den Unterricht hinaus.

Die CDU-geführte Landesregierung hat dafür mit der Einführung ehrenamtlicher Jugendbegleiter an Schulen eine gute Möglichkeit geschaffen. Die Jugendbegleiter haben sich zu einer tragenden Säule der außerunterrichtlichen Bildung an Schulen entwickelt: Bereits im dritten Modelljahr waren an über 1.000 Schulen 15.000 Jugendbegleiter im Einsatz. Diese Erfolgsgeschichte werden wir weiterschreiben. Nach der Evaluation werden wir das Jugendbegleiterprogramm weiterentwickeln, verstetigen und flächendeckend ausbauen.

Der Sport: Leistung, Teamgeist, Engagement.
Die Arbeit in den Sportvereinen ist ein geradezu klassisches Betätigungsfeld für das Ehrenamt. Wir wertschätzen insbesondere die hervorragende Integrationsarbeit dieser Vereine. Sport ist Begegnung von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft und verschiedener Generationen. Auch der Leistungssport ist ohne ehrenamtliches Fundament nicht vorstellbar. Die CDU wird deshalb den hohen Standard im Breiten- und Spitzensport Baden-Württembergs erhalten. Dazu werden wir den Solidarpakt Sport fortsetzen.

Solidarität erhalten.
Die große Solidarität in Baden-Württemberg zeigt sich auch in der Freien Wohlfahrtspflege, wo rund 300.000 Ehrenamtliche hilfsbedürftigen Menschen zur Seite stehen. Die Arbeit von karitativen Organisationen wie der Diakonie und der Caritas sind für unser Zusammenleben unverzichtbar. Sie machen unsere Gesellschaft menschlich. Besondere Anerkennung schenkt die CDU der darüber hinausgehenden seelsorgerischen und sozialen Arbeit der Kirchen. Besonders betonen wir das Engagement für demente Menschen und für psychisch Kranke sowie die Sterbe- und Trauerbegleitung von Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern in der Hospizarbeit. Die CDU ist vom Wert dieser Arbeit zutiefst überzeugt. Dieses Netz der Solidarität werden wir erhalten, ausbauen und stärken.

Die Bürgergesellschaft weiterentwickeln.
Um die Bürgergesellschaft weiter zu entwickeln, müssen die Akteure noch stärker miteinander vernetzt werden. Die Zusammenarbeit der Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden des Ehrenamts knüpft dieses Netz im „Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement“. Diese Kooperation ist ein Erfolgsrezept, an dem wir festhalten werden. Das gilt auch für die Internetseite „ehrenamt-bw.de“ und das „Landesbüro Ehrenamt“. Wir werden die Förderung ehrenamtlicher Arbeit vor Ort weiter ausbauen. Vor allem die vielen kommunalen Ehrenamtsbüros im ganzen Land bieten dafür große Chancen.

Die CDU ist der Partner des Ehrenamts.
Auch ehrenamtliches Engagement braucht Sicherheit. Deshalb hat sich die CDU erfolgreich dafür eingesetzt, eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für alle Ehrenamtlichen in Baden-Württemberg abzuschließen. Auch die Sanierung von Vereinsheimen oder Turnhallen ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Landesregierung hat für CO_2-mindernde Maßnahmen ein umfangreiches Förderprogramm aufgelegt.

Neben dem Engagement des Landes ist uns die Anerkennung ehrenamtlich Tätiger besonders wichtig. Dieser Zielsetzung folgt der jährlich stattfindende Wettbewerb „Echt gut! Ehrenamt in Baden-Württemberg“, mit dem herausragende Leistungen und beispielhafte Projekte seit 2003 jährlich vorgestellt und ausgezeichnet werden.

Zusätzlich anerkennen wir die Leistung von Jugendleitern mit der Jugendleiter-Card („Juleica“), die Vergünstigungen für Jugendliche ermöglicht. Die CDU Baden-Württemberg möchte dieses Konzept für alle Altersgruppen ausbauen. Wir streben außerdem eine Ehrenamts-Card für alle ehrenamtlich engagierten Mitbürger an.

G. GESUND IN BADEN-WÜRTTEMBERG – NICHT NUR ANSPRUCH, SONDERN WIRKLICHKEIT

Baden-Württemberg ist ein Gesundheitsland. Die Baden-Württemberger sind am gesündesten: Unsere Arbeitnehmer sind seltener und kürzer krank als überall sonst im Bundesgebiet. Darauf sind wir stolz, denn das Wohlbefinden und die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger liegen uns besonders am Herzen. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich heute wie in Zukunft für eine flächendeckende medizinische Versorgung auf höchstem Qualitätsniveau ein. Das ist uns besonders im Ländlichen Raum wichtig. Dafür steht das Aktionsprogramm Landärzte, das die CDU-geführte Landesregierung auf den Weg gebracht hat.

Der demographische Wandel, der medizinische Fortschritt sowie ein steigendes Gesundheitsbewusstsein werden höhere Ausgaben im Gesundheitsbereich zur Folge haben. Wir sehen darin auch erhebliche Wachstumschancen für das Kur- und Bäderland Baden-Württemberg, für medizinische und pharmazeutische Unternehmen sowie der sehr guten medizinischen Versorgungsstruktur. Seit dem Jahr 2000 sind in Baden-Württemberg 44.000 Arbeitsplätze im Gesundheitswesen entstanden. Mehr als jeder zehnte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land verdient sein Geld in diesem Bereich. Die Gesundheitswirtschaft ist die größte Branche des Landes.

Landespolitische Spielräume gegenüber dem Bund nutzen.
Der Gestaltungsbereich des Landes bei Reformen der Gesetzlichen Krankenversicherung ist begrenzt. Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft für größere regionale Gestaltungsspielräume ein. Gerade bei den Ärztehonoraren und dem Risikostrukturausgleich ist das wichtig. Wir lassen uns hier nicht über die verschiedenen Ausgleichssysteme weiter zum indirekten Zahlerland machen. Auch werden wir uns weiterhin für den Fortbestand erfolgreich praktizierter Haus- und Fachärzteverträge einsetzen.

Gesundheitsförderung und Prävention stärken.
Die CDU-geführte Landesregierung hat mit der neu konzipierten Gesundheitsstrategie für Baden-Württemberg die Weichen für die Zukunft gestellt. Wir setzen auf Prävention und Gesundheitsförderung. Chronische Erkrankungen sollen früher erkannt und effektiver behandelt werden. Wir wollen, dass Patienten durch bessere Aufklärung eine aktive Rolle in der Behandlung übernehmen und über ihren Gesundheitszustand besser informiert sind. Das stärkt die Patientenrechte und die Fähigkeit zum Selbstmanagement.

Wohnortnahe Krankenhausversorgung sichern.
Der wachsende Kostendruck und der medizinische Fortschritt sind eine große Herausforderung für die Kliniken, insbesondere für kleinere Häuser. Gleichzeitig erwarten wir eine hohe Qualität der medizinischen Arbeit, Zeit für die Patienten und eine ausreichende Versorgung im ganzen Land. Kontinuierliche Strukturveränderungen werden weiterhin nötig sein, um die hohe Qualität und Wirtschaftlichkeit, die wir im Land haben, auch künftig halten zu können. Unser oberstes Ziel ist es, die bestmögliche Qualität der Behandlung für alle Menschen sicherzustellen. Die CDU-geführte Landesregierung wird die leistungsfähige, effiziente und wohnortnahe stationäre Krankenhausversorgung im Land sicherstellen.

Barrieren überwinden, Teilhabe möglich machen.
Die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben ist ein wesentliches Ziel unserer Politik. Dass wir ihre Rechte, Interessen und Bedürfnisse fördern, ist für uns eine Frage unseres demokratischen Selbstverständnisses und ein Gebot unseres christlich geprägten Menschen- und Gesellschaftsbildes. Aus diesem Grund muss sich auch die Hilfe für Menschen mit Behinderungen am Maßstab von persönlicher Würde, Individualität und Selbstbestimmung vollziehen. Wir wollen, dass behinderte Menschen, wo immer es geht, gleichberechtigt und selbstverständlich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Die CDU setzt auf eine Politik für Menschen mit Behinderung, die das ermöglicht. Das „Persönliche Budget“, das baden-württembergische Behindertengleichstellungsgesetz oder der Landesbehindertenbeirat stehen beispielhaft dafür. Die CDU setzt sich für ein umfassend barrierefreies Gemeinwesen, selbstbestimmtes Wohnen und die Teilhabe am Arbeitsleben ein. Die CDU-geführte Landesregierung wird die gemeinsame Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung umsetzen. Damit schaffen wir es, Barrieren zu überwinden. Unser größter Respekt gilt den Eltern von behinderten Kindern. Wir werden sie in besonderem Maße unterstützen.

Ein Zeichen der Menschlichkeit.
In allen Bereichen unserer Gesellschaft sollte das Bewusstsein dafür gestärkt werden, das Sterben als Teil unseres menschlichen Lebens einzubeziehen. Die Bedeutung von Hospizdiensten und der Palliativmedizin kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Diesen besonders wertvollen Ausdruck der Menschlichkeit werden wir weiter unterstützen: Wir werben für ehrenamtliche Dienste und lassen ambulanten Hospizdiensten die notwendige Unterstützung zukommen. Die CDU Baden-Württemberg lehnt die aktive Sterbehilfe nach wie vor entschieden ab. Wir schützen das Leben von Beginn bis zum Ende!

H. VERLÄSSLICHER VERBRAUCHERSCHUTZ

Die CDU Baden-Württemberg sieht im Verbraucher den mündigen, eigenverantwortlichen Bürger. Der Verbraucherschutz soll informieren, beraten und schützen. Wir stärken das Wissen der Verbraucher, damit sie sich ein zutreffendes Urteil über Waren und Dienstleistungen bilden können. Gesetzliche Regelungen sind erst dann erforderlich, wenn Verbraucher sich nicht selbst vor Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit oder wirtschaftlichem Schaden schützen können.

Das Kompetenzzentrum für Konsumverhalten und Verbraucherpolitik in Calw und die vom Land eingerichtete Verbraucherkommission tragen dazu bei, aktuelle Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen. Die Landesregierung setzt auf wissenschaftliche Verbraucherforschung, um im Bedarfsfall kompetent handeln zu können.

Effektiver Verbraucherschutz ist Teil einer aktiven Wirtschaftspolitik. Der Staat setzt hier den Ordnungsrahmen, der die Interessen von Anbietern und Verbrauchern im Gleichgewicht hält. Die Verbraucherpolitik der CDU Baden-Württemberg unterbindet darüber hinaus unzulässige Geschäftspraktiken und gewährleistet die Entscheidungsfreiheit der Bürger beim Konsum und in Rechtsgeschäften.

Schwerpunkte: Sichere Lebensmittel und solide Finanzprodukte.
Sichere Lebensmittel gehören zu den Grundbedürfnissen jedes Menschen. Deshalb ist der Schutz vor gesundheitlichen Risiken gerade im Ernährungsbereich ein Kernziel unserer Verbraucherschutzpolitik. Das Ziel lautet: Lückenlose Transparenz vom Acker bis auf den Teller. Gleiches gilt für die Gewinnung von Lebensmitteln tierischen Ursprungs. Wir setzen uns dafür ein, dass auf europäischer Ebene einheitliche Rahmenbedingungen für artgerechte Nutztierhaltung und tierschutzgerechte Verarbeitung umgesetzt werden.

Auch bei importierten Lebensmitteln müssen sich Verbraucher auf die Sicherheit verlassen können. Globalisierte Märkte und moderne Vertriebsstrukturen erfordern eine leistungsfähige und effiziente Lebensmittel- und Konsumgüterüberwachung. Mit der Erhöhung der Zahl der Lebensmittelkontrolleure haben wir hier den richtigen Weg eingeschlagen, den wir konsequent weitergehen werden.

Die Grundlagen für eine ausgewogene und genussreiche Esskultur werden bereits in der Kindheit gelegt. Die CDU Baden-Württemberg setzt sich für Ernährungserziehung an Kindergärten und Schulen ein, um jungen Menschen eigenverantwortliches Verbraucherverhalten zu ermöglichen. Wir sehen dennoch unverändert die Eltern in der ersten Verantwortung für die gesunde Ernährung ihrer Kinder.

Ein weiteres wichtiges Feld der Verbraucherschutzpolitik sind die Finanzprodukte. Die zurückliegende Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Notwendigkeit größtmöglicher Transparenz und Sicherheit von Finanzdienstleistungen und Geldanlagen verdeutlicht. Es ist daher unerlässlich, für allgemein verständliche, verbindliche und umfassende Informationen über Finanzanlagen, Altersvorsorgeverträge, Versicherungen und Kreditgeschäfte zu sorgen.

Neue Medien sicher und generationengerecht nutzen.
Die CDU Baden-Württemberg steht für die Stärkung des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes. Das Internet ist Teil der Alltagskultur, daher müssen seine Nutzer gegen Missbrauch geschützt werden. Einwilligungsrechte müssen gewährleistet sein. Einem Datenmissbrauch, etwa im Rahmen einer unerwünschten Telefonwerbung oder durch eine nicht erlaubte kommerzielle Weitergabe persönlicher Daten, wollen wir einen Riegel vorschieben.

Auch hier ist Aufklärung und Bewusstseinsbildung der Schlüssel zum Erfolg. Die CDU setzt dabei auf zielgruppenspezifische Angebote: Ehrenamtliche Internetinitiativen im Land werden wir weiter unterstützen und so den verantwortungsvollen Umgang mit Neuen Medien stärken. Besonders wichtig ist die Stärkung der Medienkompetenz von Kindern. Ihre Vermittlung ist im Orientierungsplan für Kindergärten und in den Bildungsplänen der Schulen verankert. Im ganzen Land werden Medien-Mentoren ausgebildet.

Im Jugendmedienschutz setzt die CDU Baden-Württemberg auf Freiwilligkeit, nicht auf staatlichen Zwang. Wir verzichten auf netzseitige Sperren und befürworten nutzerautonome Filterprogramme. Sie greifen auf eine technisch hinterlegte, freiwillige Alterskennzeichnung zurück. So wollen wir Kinder vor schädlichen Internetinhalten schützen, ohne grundlegende Freiheitsrechte über Gebühr einzuschränken.

Das barrierefreie Internet ist Voraussetzung dafür, dass alle Bürger von seinen Vorteilen Gebrauch machen können. Baden-Württemberg muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Wir fordern deshalb alle öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und Anbieter von privaten Webseiten auf, ihre Netzinhalte barrierefrei zu gestalten.

Kostenpflichtige Abmahnungen infolge leichter Rechtsverstöße im Internet dürfen kein Geschäftsmodell sein. Die Gebühren müssen sich an den tatsächlich entstandenen Kosten orientieren. Die Begrenzung von Abmahngebühren auf 100 Euro bei einfachen, nichtkommerziellen Verstößen gegen Urheberrechte war ein richtiger Schritt. Wir werden untersuchen, ob die Gebührenhöhe in weiteren Bereichen begrenzt werden kann.

I. MODERNE UND GUTE VERWALTUNG SICHERT ZUKUNFT

Gemeinsam gut regieren.
Baden-Württemberg ist auf Erfolgskurs. Daran haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der baden-württembergischen Verwaltung einen maßgeblichen Anteil. Schnelle Genehmigungsverfahren, eine bürgerfreundliche Verwaltung und zahlreiche E-Government – Anwendungen sind zum Markenzeichen der Verwaltung im Land geworden. Baden-Württemberg braucht auch weiterhin eine gut funktionierende und effizient organisierte Verwaltung. Sinkende Finanzspielräume und der demografische Wandel stellen uns vor neue Herausforderungen, wenn es darum geht, den Bürgern öffentliche Dienstleistungen anzubieten. Zudem führen neue technische Entwicklungen zu immer neuen Möglichkeiten, die Verwaltung rund um die Uhr und unabhängig vom eigenen Standort zu erreichen. Die CDU bekennt sich zu einem motivierten und qualifizierten öffentlichen Dienst, weil wir das Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen, um große Herausforderungen zu meistern.

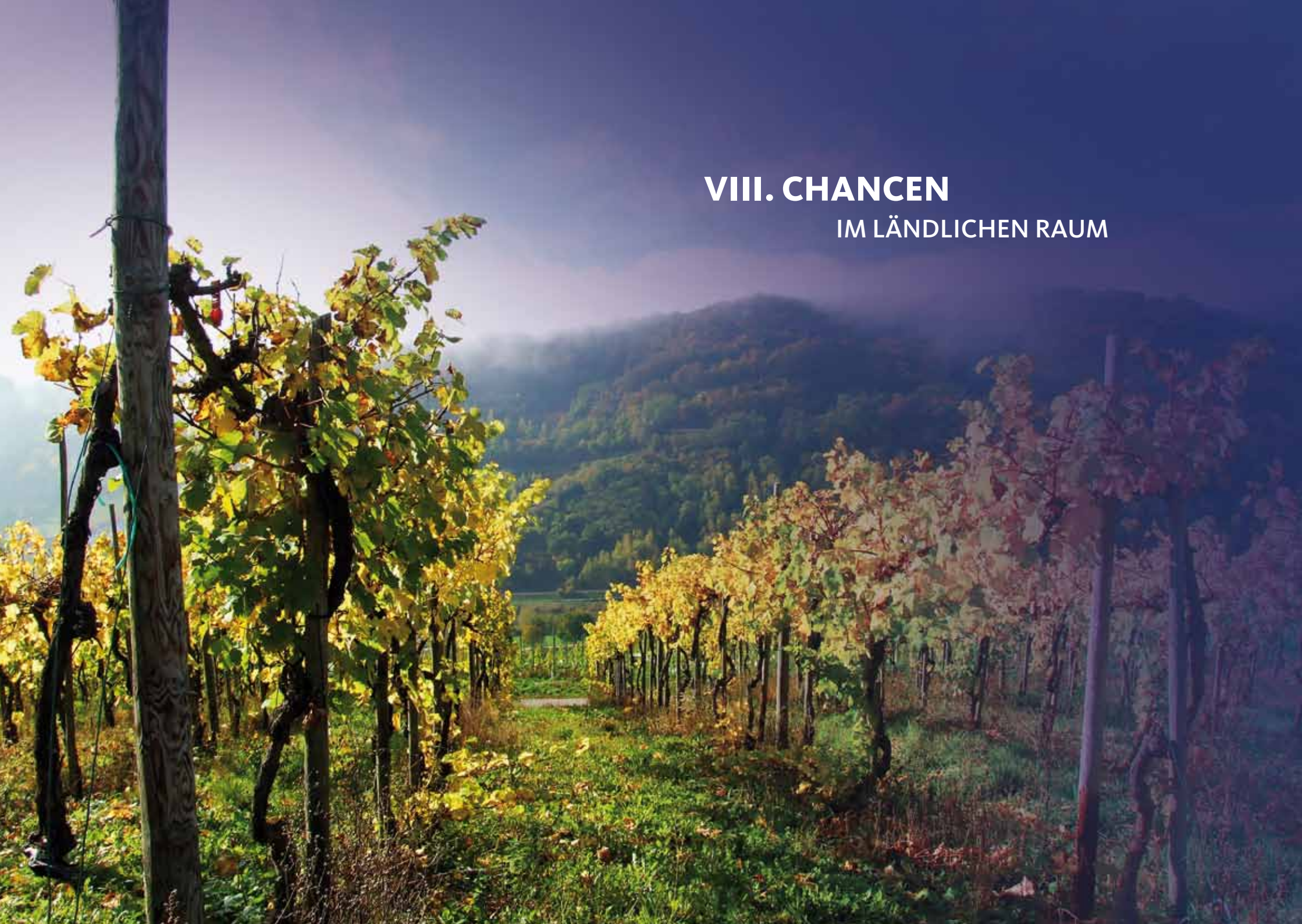
Verwaltungsstruktur weiterentwickeln.
Die CDU Baden-Württemberg arbeitet weiter für eine moderne, bürgernahe Verwaltung. Die Verwaltung muss Dienstleister für die Bürger und Wirtschaft sein und darf sie nicht im Paragrafendschungel allein lassen. Deshalb haben wir die Behörden neu geordnet und die Verwaltungsstruktur verschlankt. In dieser Wahlperiode haben wir die Verwaltungsreform überprüft und weiterentwickelt. Diesen Erfolgskurs werden wir weitergehen. Wir stehen zur gewachsenen Struktur unserer Städte, Gemeinden und Landkreise im Land. Wir wollen keine neue Gemeinde- und Gebietsreform mit bürgerfernen und identitätslosen Regionalkreisen wie die SPD.

Bürgernahe Verwaltung.
Wir wollen, dass die Abläufe und Vorgänge in der Verwaltung künftig noch kundenfreundlicher und komfortabler werden. Deshalb setzen wir auch auf Online-Dienstleistungen. Baden-Württemberg hat sich hier bereits in der Vergangenheit einen guten Ruf erarbeitet. Wir werden weitere innovative Lösungen auf den Weg bringen, damit der zeitaufwändige Gang zum Amt immer häufiger durch den bequemen Mausklick ersetzt werden kann.

Für unsere Landesbeamten hat die CDU-geführte Landesregierung ein modernes, flexibles und transparentes Dienstrecht geschaffen. Wir wissen, was die Mitarbeiter der Landesverwaltung leisten. Und wir wollen, dass sie ihre Arbeitskraft und ihr Wissen auch in Zukunft professionell und motiviert in den Dienst unseres Landes und seiner Bürger stellen. Dabei setzen wir auch auf flexible Modelle der Arbeitszeitgestaltung wie die alternierende Telearbeit. Damit wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

Bürokratie abbauen – Chancen Raum geben.
Der Landesbeauftragte für Bürokratieabbau (Ombudsmann) leistet einen wichtigen Beitrag zur dauerhaften Vorschriftenkontrolle. Unser Ziel bleibt, dass es in Baden-Württemberg nur so viele Gesetze und Regelungen gibt, wie die Bürger wirklich brauchen. Ein weiteres wichtiges Anliegen sind klare und verständliche Gesetze sowie einfache und wirtschaftliche Verwaltungsverfahren. Durch Optimierung der Rechtsetzungsprozesse und Sicherung der Qualität des Rechts sollen Bürger, Wirtschaft und Verwaltung nicht nur weiter entlastet, sondern das Entstehen neuer Bürokratie verhindert werden.

Der Ombudsmann ist daher unter Beibehaltung seiner bisherigen Aufgaben und Befugnisse zum „Landesbeauftragten für Bürokratieabbau und gute Rechtsetzung“ weiterzuentwickeln. Bei ihm soll unter Eingliederung des bestehenden Normenprüfungsausschusses eine unabhängige, zentrale und ressortübergreifende Normenprüfstelle geschaffen werden, um seine Koordinierungs- und Kontrollfunktion zu stärken. Er soll darüber wachen, dass bei der Erarbeitung neuer Gesetze und Vorschriften moderne Methoden und Instrumente der Rechtsetzung wie Rechtsfolgenabschätzungen oder Bürokratiekostenermittlungen Anwendung finden und so der Erlass nachhaltiger, wirtschaftlicher und unbürokratischer Rechtsvorschriften gewährleistet wird.



VIII. CHANCEN

IM LÄNDLICHEN RAUM

Politik für das ganze Land.
Die CDU steht dafür, dass in Baden-Württemberg Wohlstand und Chancen, Innovationskraft und Lebensqualität im ganzen Land zu Hause sind – sowohl in den städtischen Zentren als auch in der Fläche. Weil die CDU immer für einen fairen Ausgleich zwischen Stadt und Land gesorgt hat, ist Baden-Württemberg heute das einzige Land in Deutschland, in dem es keine strukturschwachen Gebiete gibt. Vom Ländlichen Raum kann das ganze Land lernen: Das Interesse am Mitmenschen, das Engagement für die Gemeinschaft, Hilfsbereitschaft und Zusammenhalt sind auf dem Land besonders lebendig. Die CDU will mit einem breiten und integrierten Ansatz allen Teilräumen des Landes eine verlässliche Perspektive bieten.

Nach unserer Überzeugung ist Baden-Württemberg deshalb stark, weil es starke Ländliche Räume hat. Ihnen gilt auch in Zukunft unsere besondere Verantwortung. Die CDU ist die Partei des Ländlichen Raums. Doch auch der Ländliche Raum steht vor großen Herausforderungen. Die Menschen auf dem Land erwarten Antworten auf die Fragen des demografischen Wandels. Und sie verlangen zu Recht, dass der Ländliche Raum nicht von der digitalen Zukunft abgekoppelt wird, dass er auch künftig ein chancenreiches Lebensumfeld ist.

Starke Ländliche Räume.
Baden-Württemberg ist das Land der Weltmarktführer auf den Dörfern. Wir wollen, dass der Ländliche Raum sich als attraktiver Wirtschaftsstandort weiterentwickelt, damit junge Menschen in ihrer Heimat Perspektiven für sich sehen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Gemeinden im Ländlichen Raum gleichberechtigt Anteil hatten an den Konjunkturprogrammen. Sie haben gerade auch der ländlichen Infrastruktur wichtige Impulse gegeben.

Schnelles Internet im ganzen Land.
Die CDU unterstützt die systematische Anbindung an die schnellen Datennetze. Wir sorgen dafür, dass der Ländliche Raum auf dem Weg in die globale Wissens- und Informationsgesellschaft der Zukunft Schritt hält. Schon heute ist Baden-Württemberg in der Förderung der Breitbandversorgung bundesweit führend. Das vom Bund vorgegebene Ausbauziel für das Jahr 2014 – eine Breitbandversorgung für 75 Prozent aller Haushalte mit einer Internetgeschwindigkeit von 50 Megabit – hat Baden-Württemberg als erstes Bundesland bereits im Juni 2010 erreicht. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den Kommunen, sowohl die Grundversorgung als auch den Ausbau der Hochleistungsnetze weiter voranzutreiben. Dort, wo der freie Markt die ausreichende Versorgung im Ländlichen Raum mit hochleistungsfähigen Datenverbindungen nicht alleine sicherstellt, müssen die Gemeinden in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich tätig zu werden. Die dafür notwendigen rechtlichen Voraussetzungen wollen wir schaffen.

Flächendeckende Hochschulstruktur garantieren.
Die Menschen im Ländlichen Raum brauchen sichere Arbeitsplätze. Umgekehrt benötigen die Unternehmen qualifizierte Arbeitskräfte, damit sie an ihren ländlichen Standorten erfolgreich bleiben können. Die CDU steht deshalb zur dezentralen baden-württembergischen Hochschullandschaft, die einzigartig ist in Deutschland. Kein Land hat so viele Hochschulen wie Baden-Württemberg. Die CDU garantiert auch in Zukunft beste Bildungschancen und Studienangebote überall im Land.

Mit uns bleibt die Schule im Dorf.
Für die CDU gilt: Kurze Beine – kurze Wege. Wir sind entschlossen, möglichst jede Grundschule auch an ländlichen Standorten zu erhalten. Unser Konzept der Bildungshäuser für Kinder von drei bis zehn Jahren bietet die Chance, auch bei zurückgehenden Schülerzahlen in kleinen Gemeinden, innovative Bildungsangebote zu machen. Mit der neuen Werkrealschule bringen wir die mittlere Reife flächendeckend an mehr Schulstandorte als bisher. Mit einem Programm „Bildung im Ländlichen Raum“ wollen wir die Schulangebote auf dem Land gezielt zukunftssicher machen.

Daseinsvorsorge in den Dörfern sichern.
In vielen ländlichen Gebieten werden in den nächsten Jahrzehnten weniger Menschen leben. Deshalb werden wir dafür Sorge tragen, dass Versorgungseinrichtungen wie Post, Banken, Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Angebote und Verwaltungsdienstleistungen vor Ort vorhanden bleiben. Dabei werden wir auch die Chancen der neuen Medien nutzen: Der virtuelle Dorfladen, Online-Dienstleistungen oder die Möglichkeiten der Telearbeit können einen Beitrag leisten, um die fehlende Zentralität Ländlicher Räume auszugleichen.

Unser Erfolgsmodell: Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum.
Der Ländliche Raum ist lebenswert. Der Ländliche Raum ist mehr als Natur- oder Erholungsraum. Deswegen brauchen Städte, Gemeinden und Unternehmen im Ländlichen Raum eigene Entwicklungschancen, eine gleichwertige Infrastrukturausstattung und ein gleichwertiges Bildungsangebot. Lebendige Dorfkerne, ein aktives Vereinsleben, Wohnen und Leben nah an der Natur sind Standortfaktoren, die wir weiter stärken wollen. Unser Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) hat maßgeblich mitbewirkt, dass unsere Dörfer und Gemeinden schöner, attraktiver und stärker geworden sind. Seit dem Start des ELR hat das Land mehr als eine Milliarde Euro direkt für die ländliche Entwicklung bereitgestellt und Investitionen von 8 Milliarden Euro angestoßen. Das Programm gilt inzwischen europaweit als Markenzeichen der gelungenen baden-württembergischen Strukturpolitik. Wir werden es nach klaren strategischen Förderschwerpunkten weiterführen und mit anderen Förderprogrammen stärker abstimmen, um eine ganzheitliche Entwicklung des Ländlichen Raumes zu garantieren.

Damit der Landarzt auf dem Land bleibt.
Baden-Württemberg verfügt im bundesweiten Vergleich über ein qualifiziertes und flächendeckendes Netz von Ärzten: Nirgendwo sonst ist die Ärztedichte höher. Die Menschen im Ländlichen Raum haben Anspruch auf eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung.

Es ist uns bewusst, dass viele Menschen in den dünn besiedelten Regionen des Landes die flächendeckende ärztliche Versorgung in Gefahr sehen. Deshalb hat die CDU-geführte Landesregierung ein Landarztprogramm gestartet, damit in ländlichen Gebieten Ärztinnen

und Ärzte für die Patienten da sind und auch dort bleiben. Im ersten Schritt stehen dafür 7 Millionen Euro bereit. Damit unterstützen wir innovative Modelle zur ärztlichen Versorgung in der Fläche, wie zum Beispiel die Einrichtung von Ärztestationen oder Zweigpraxen. Den Ärztenachwuchs wollen wir gezielter auf die Übernahme frei werdender Landarztpraxen vorbereiten und für Jungmediziner besondere finanzielle Anreize schaffen. Das Landarztprogramm werden wir mit weiteren Bausteinen ergänzen. Besonders bekennt sich die CDU Baden-Württemberg zur Einrichtung von Ärztehäusern als Antwort auf die Versorgungsfragen in ländlichen Gegenden. Grundsätzlich ist es die Aufgabe der ärztlichen Selbstverwaltung, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen, die flächendeckende Ärzteversorgung zu sichern. Wir werden sie aus dieser Pflicht nicht entlassen.

Faire Chancen für die Land- und Forstwirtschaft.

Die Landwirtschaft trägt besondere Verantwortung für den Erhalt der Schöpfung. Wettbewerb darf nicht zu verantwortungslosem Umgang mit Lebensmitteln und natürlichen Ressourcen führen. Auch die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereiche müssen ihren Beitrag zu Transparenz und Lebensmittelsicherheit leisten. Gerade im Interesse unserer Verbraucher müssen wir die Gemeinsame Agrarpolitik weiterentwickeln, um eine Mindestversorgung mit hochwertigen Lebensmitteln aus heimischer Erzeugung auch in Zukunft gewährleisten zu können. Dies ist aber auf nachhaltiger Basis nur möglich, wenn für unsere Landwirtschaft eine angemessene und verlässliche Einkommenssicherung durch die Markterlöse gewährleistet ist.

Die CDU steht an der Seite der baden-württembergischen Bauern, Waldbauern, Wengerter und Winzer. Wir wollen auch in Zukunft eine flächendeckende, an die Landschaft angepasste Landbewirtschaftung durch selbständige, wettbewerbsfähige Unternehmen. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe erfüllen hier wie überall im Land mit ihrer Arbeit und mit ihrem Wissen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie produzieren hochwertige Lebensmittel in direkter Marktnähe und erhalten unsere vielfältigen Kulturlandschaften. Sie stellen sich dem Wettbewerb, übernehmen gleichzeitig Verantwortung für eine nachhaltige Landbewirtschaftung, für den Umwelt- und Naturschutz sowie für den Tourismus.

Verlässliche Unterstützung unserer Landwirte.

Für ihre Arbeit haben unsere Landwirte Anspruch auf Anerkennung und auf einen fairen und verlässlichen Ausgleich. Die CDU tritt weiter dafür ein, dass unsere bäuerlichen Betriebe auch nach 2013 eine ausreichende, direkte finanzielle Förderung erhalten. Die Direktzahlungen an die Betriebe sind dabei unverzichtbar. Deshalb kämpfen wir im Interesse unserer Landwirte für eine starke erste Säule zur Grundsicherung landwirtschaftlichen Einkommens im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU in der kommenden Planungsperiode bis 2020. Wir brauchen auch eine gut ausgestattete zweite Säule als Ausgleich für die Leistungen der Landwirtschaft für die gesamte Gesellschaft.

Auch Milchbauern und Molkereien brauchen verlässliche Bedingungen für ihren betriebswirtschaftlichen Erfolg. Die baden-württembergische Milchwirtschaft darf nicht mit weiteren Belastungen konfrontiert werden. Die CDU wird die Betriebe nicht ungeschützt dem Spiel der Marktkräfte preisgeben. Wir kämpfen dafür, dass das Sicherheits- und Qualitätsnetz der EU zum Abfedern künftiger Milchmarktkrisen straff gespannt bleibt.

Für die klein strukturierte Landwirtschaft in Baden-Württemberg wollen wir gemeinsam mit den Betrieben neue Chancen erschließen: Deshalb unterstützen wir die landwirtschaftlichen Betriebe dabei, neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen. Viele dieser Möglichkeiten sind bereits erfolgreicher Alltag (Ferien auf dem Bauernhof, Straußenwirtschaften, Hofcafés, Direktvermarktung, biologische Anbauformen). Die CDU steht zur besonderen Tradition der Klein- und Obstbrenner in Baden-Württemberg. Sie sind ein wichtiger Bestandteil unserer Landwirtschaft und leisten ihren Beitrag zur Kulturlandschaftspflege. Die CDU hat sich deshalb auf europäischer Ebene erfolgreich für eine Verlängerung des Branntweinmonopols eingesetzt. Wir fordern die Europäische Union auf, am Anbaustopp für Reben festzuhalten. Eine Aufhebung des Anbaustopps würde zu enormen Produktionsverlagerungen führen, und eine große Gefahr für die Zukunft tausender Betriebe und unserer traditionellen Kulturlandschaft darstellen.

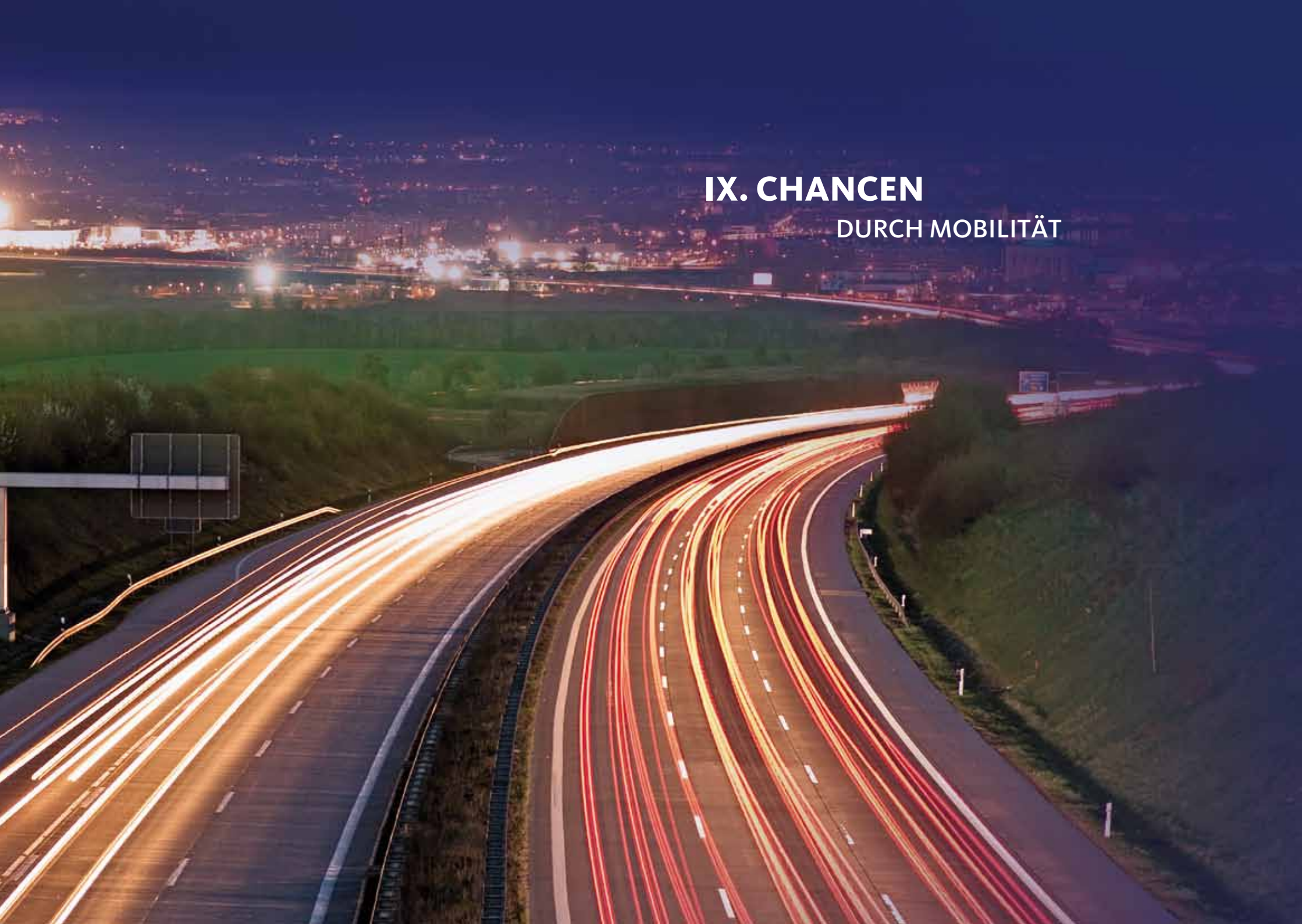
Trotz aller Hilfen für die Landwirtschaft wissen wir, dass die Zahl der Betriebe abnehmen wird. Daher werden auch zunehmend Höfe aufgelassen. Die CDU will Möglichkeiten prüfen, wie solche Hofstellen künftig besser und einfacher einer neuen Nutzung zugeführt werden können, als dies bislang der Fall ist.

Landwirtschaft in Verantwortung vor der Schöpfung.

Für die Land- und Forstwirtschaft hat der Anbau von Energiepflanzen und die Produktion von Bioenergie wachsende Bedeutung. Schon heute deckt die Bioenergie mehr als sieben Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Baden-Württemberg. Wir wollen diesen Anteil weiter erhöhen, werden jedoch bei der Novellierung des EEG darauf hinwirken, dass keine Konkurrenz zur Lebens- und Futtermittelproduktion vermieden bzw. einem bereits eingetretenen Verdrängungswettbewerb wirksam begegnet wird. Wir sehen auch die ethischen Fragestellungen, die sich etwa mit der Verwendung von Nahrungsmitteln zur Energiegewinnung verbinden.

Alternative Formen der Energieerzeugung wie Heupellets sind weiterzuentwickeln. Die CDU fordert insbesondere die ländlichen Kommunen auf, bei der Energieversorgung kommunaler Liegenschaften mit den Landwirten zusammenzuarbeiten. Unsere Vision ist das energieautarke Dorf mit Hilfe der Landwirtschaft.

Die CDU nimmt die Sorgen vieler Bürger bei der grünen Gentechnik ernst. Wir gehen keine unnötigen Risiken ein und werden deshalb die geltenden Regeln restriktiv anwenden. Patente auf Tiere und Pflanzen lehnen wir ab. Die Zucht von landwirtschaftlichen Nutztieren muss patentfrei bleiben. Die Bestrebungen der EU, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen national zu regeln, lehnen wir ab. In einem einheitlichen Wirtschaftsraum können bei der Sicherheit der Nahrungsmittel keine unterschiedlichen Standards gelten.



IX. CHANCEN

DURCH MOBILITÄT

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Das verschafft uns einen ungeheuren Standortvorteil. Um davon zu profitieren, muss unser Land gut ausgebaute Verkehrswege haben. Das ist der Schlüssel, um Unternehmen in Baden-Württemberg zu halten und weitere hinzu zu bekommen. Auch in Zukunft muss gelten: Baden-Württemberg exportiert Güter und Dienstleistungen, aber keine Arbeitsplätze.

Wir haben Nachholbedarf im Verkehrsbereich.
Unzweifelhaft hat Baden-Württemberg einen großen Nachhol- und Ausbaubedarf im Verkehrsbereich. Das gilt insbesondere für die Bundesfernstraßen und den Schienenbereich. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, mehr Mittel nach Baden-Württemberg zu holen. Für uns ist klar: Nach dem Aufbau Ost ist es nun Zeit für den Ausbau Südwest.

Wir wollen Mobilität gestalten statt verhindern. Wir sehen Mobilität als Ausdruck von Freiheit und wollen nicht immer neue Verbote. Unser Land braucht neue Verkehrswege statt immer mehr Staus. Zugleich verschließen wir nicht die Augen vor den negativen Begleiterscheinungen von Mobilität. Unser Ziel ist es daher, die steigenden Verkehrsbedürfnisse von Menschen und Unternehmen mit den Anforderungen an eine nachhaltige Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft in Einklang zu bringen.

Nachhaltige Mobilität – Schlüssel zur Zukunft.
Wir haben den Anspruch, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Dafür steht der neue Generalverkehrsplan des Landes mit seinem Leitmotiv „Nachhaltige Verkehrsentwicklung – Mobilität sichern“. Dieser Plan zeigt die wesentlichen Handlungsfelder für die Zukunft auf: eine leistungsfähige Infrastruktur, eine konsequente Nutzung und intelligente Verknüpfung der Verkehrsträger, eine Sicherstellung von Mobilität in allen Teilen des Landes und für alle Generationen und eine Reduzierung der Umweltbelastungen auf ein verträgliches Maß.

Moderne Mobilität: Neue Antriebstechnologien.
Gerade bei den automobilen Antriebstechnologien steht der Verkehrssektor vor einem Umbruch. Die CDU fördert Elektro- und Hybridantriebe als Antriebsformen der Zukunft. Wir wollen, dass der technologische Wandel im Automobilbereich in unserem Land stattfindet. Wir wollen, dass auch in den nächsten Jahrzehnten die besten Autos der Welt aus Baden-Württemberg kommen.

Dazu haben wir die Landesinitiative Elektromobilität ins Leben gerufen. Sie dient dem Aufbau und Ausbau von Forschungsvorhaben und unterstützt Mobilitätsprojekte. Die e-mobil BW GmbH haben wir als zentrale Anlauf-, Beratungs- und Servicestelle für alle Belange der Elektromobilität geschaffen. Wir unterstützen neue Initiativen und Projekte – etwa zur Batterietechnik, zum Leichtbau, zu intelligenter Verkehrstechnik oder zur Verbundforschung. Und wir wollen Zeichen setzen. Deshalb stellen wir die Dienstwagenflotte des Landes schnellstmöglich auf Hybrid- und Elektrofahrzeuge um.

Verkehr sinnvoll lenken.
Vorhandene Verkehrsinfrastruktur muss optimal genutzt werden. Daher haben intelligente IT-gestützte Systeme zur Verkehrslenkung für uns hohe Priorität. Sie erhöhen die Verkehrssicherheit und verbessern den Verkehrsfluss auf hoch belasteten, staugefährdeten Straßen. Wir haben deshalb in den letzten Jahren bei der Straßenverkehrszentrale ein integriertes Verkehrsmanagement aufgebaut, das wir weiter ausbauen wollen.

Intelligente Verkehrssteuerung und bessere Auslastungen braucht auch der Güterverkehr: Neue Logistikkonzepte, die etwa eine bessere Auslastung im Güterverkehr ermöglichen, vermeiden Leerfahrten. Gerade im städtischen Bereich und im Güterverkehr streben wir Lösungen an, die verschiedene Verkehrsträger miteinander verknüpfen.

Die Region Stuttgart wollen wir zur Musterregion für Nachhaltige Mobilität machen. Hier werden wir modernste Technologien und Ansätze aus den Bereichen Elektromobilität, Verkehrssteuerung und Vernetzung der Verkehrsträger einem Praxistest unterziehen. Die Region Stuttgart soll das Schaufenster sein, wie die Mobilität der Zukunft aussieht. Dazu gehört auch ein leistungsfähiger Nahverkehr, für den derzeit in der Region Stuttgart acht verschiedene Aufgabenträger zuständig sind. Wir wollen diese Aufgabenteilung überprüfen, um einen noch attraktiveren Nahverkehr gestalten zu können.

Höchste Eisenbahn für eine moderne Bahninfrastruktur.
Wir wollen mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene bringen. Durch die zentrale Lage Baden-Württembergs im Schnittpunkt der wichtigsten Nord-Süd- und West-Ost-Achsen Europas eignet sich unser Land dafür besonders. Zu diesem Zweck brauchen wir eine zeitgemäße Schieneninfrastruktur. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Eisenbahnen im Land weiter auszubauen.

Baden-Württemberg hat große Erfolge im Schienenpersonennahverkehr aufzuweisen. So wuchs das Leistungsangebot von rund 50 Millionen Zugkilometern im Jahr 1995 auf über 85 Millionen Zugkilometer im Jahr 2010. Wir wollen, dass diese Entwicklung weitergeht.

Zugleich braucht unser Land unbedingt einen Ausbau des Schienenpersonenfernverkehrs und des Güterverkehrs auf der Schiene. Wir wollen die Möglichkeit ergreifen, ökologisch intensiven Verkehr vom Flugzeug und von der Straße auf die Schiene zu bringen.

Wir stehen zum Bahnprojekt Stuttgart 21.
Europaweite Bedeutung für den Schienenverkehr haben das Bahnprojekt Stuttgart-Ulm mit Stuttgart 21, der Ausbau der Rheintalbahn sowie die Neubaustrecke Mannheim-Frankfurt. Diese Vorhaben liegen auf wichtigen europäischen Verkehrsachsen und sind dringend ausbaubedürftig.

Die CDU steht uneingeschränkt zum Bahnprojekt Stuttgart-Ulm mit den Teilen Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm. Dieses Vorhaben ist ein zentrales Zukunftsprojekt im Schienenverkehr unseres Landes. Wir stärken damit nicht nur den schnellen Personenverkehr auf Hochgeschwindigkeitsstrecken. Stuttgart 21 bringt auch erhebliche Verbesserungen im Regionalverkehr.

Wir räumen ein, dass in der Vergangenheit bei der Vermittlung des Projekts Fehler gemacht wurden. Daraus haben wir gelernt. Nach Abschluss des Schlichtungsverfahrens ist unser Blick nach vorne gerichtet. Für uns zählen die verkehrlichen Chancen des Projekts: Baden-Württemberg wird fest in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz eingebunden, der Flughafen und die Messe erhalten einen schnellen Schienenanschluss, mehr und schnellere Nahverkehrsverbindungen werden ermöglicht und Ländliche Räume besser angebunden. Außerdem ergeben sich einmalige städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten für die Landeshauptstadt. Wir wollen, dass diese Chancen unter Einbeziehung der Bürgerschaft genutzt und gestaltet werden.

Rheintalbahn bürger- und umweltfreundlich ausbauen.
Der Ausbau der Rheintalbahn hat höchste Priorität. Die bisherigen Pläne der Bahn tragen den Belangen von Mensch und Umwelt nicht ausreichend Rechnung. Wir setzen uns daher für eine Änderung der bisherigen Planungen ein. Die CDU-geführte Landesregierung hat mit ihrem Einsatz erreicht, dass die Bahn bereit ist, an der Strecke anwohnerfreundliche Alternativen zu prüfen. Sollten Änderungen zu Mehrkosten führen, sind wir bereit, uns daran gemeinsam mit Bahn und Bund zu beteiligen.

Wichtige Schienenprojekte vorantreiben.
Die ICE-Neubaustrecke Mannheim-Frankfurt sorgt für schnelle Verbindungen zwischen den Regionen Rhein-Neckar und Rhein-Main. Deshalb muss der Lückenschluss zügig vorangetrieben werden. Wir stehen zu unserer Auffassung, dass Mannheim vollwertig in die Schnellbahntrasse eingebunden werden muss. Wir setzen dabei auf eine einvernehmliche Lösung zwischen der Bahn, der Stadt Mannheim und der Region Rhein-Neckar.

Der Ausbau der Gäubahn muss weiter voran gehen. Mit der Unterzeichnung der Planungsvereinbarung für den zweigleisigen Ausbau des Abschnitts Horb-Neckarhausen ist dank der finanziellen Unterstützung des Landes ein wichtiger Meilenstein geschafft. Wir wollen, dass möglichst rasch weitere Ausbaustufen folgen. Außerdem drängen wir darauf, dass die Neigetechnik-Züge baldmöglichst wieder einsatzbereit sind.

Die Elektrifizierung und der Ausbau der Südbahn von Ulm nach Friedrichshafen sind von entscheidender Bedeutung für den Anschluss des Bodenseeraums nach Ulm und Stuttgart. Deshalb hat sich das Land mit einer Vorfinanzierung von Planungsleistungen außerordentlich engagiert. Wir wollen dieses Engagement mit einer hälftigen Finanzierung der Investitionskosten fortsetzen. Unser Ziel ist und bleibt eine Inbetriebnahme in der kommenden Legislaturperiode.

Eine besondere Bedeutung für den Verkehr mit der Schweiz hat die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke. Wir wollen, dass die kürzlich begonnene Planung zügig weitergeführt wird.

Wir wollen eine Elektrifizierungsinitiative starten, mit der wir wichtige Regional- und Nebenstrecken in das elektrische Schienennetz einbinden werden.

Erfolgsgeschichte des ÖPNV weiterschreiben.
Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Baden-Württemberg ist eine Erfolgsgeschichte. Wir wollen, dass dieser Erfolg anhält. Dafür ist eine stetige Verbesserung der Qualität des ÖPNV nötig. Hierzu gehört Barrierefreiheit genauso wie neue Vertriebssysteme (E-Ticketing) oder Echtzeit-Anzeigen in Fahrzeugen und an Haltestellen. Mittlerweile gibt es im ganzen Landesgebiet Verkehrsverbünde, die Mobilität aus einer Hand anbieten. Diese Verkehrsverbünde müssen ebenso wie verbundübergreifende Lösungen vom Land weiterhin unterstützt werden.

Bei der Neuvergabe der Leistungen des Landes im Schienenpersonennahverkehr setzen wir auf eine Vergabe im Wettbewerb mit festen Qualitätszielen. Dies gilt auch für den Ende 2016 auslaufenden Generalvertrag mit der DB Regio AG. Davon versprechen wir uns günstige Fahrpreise bei gleichzeitig hohem Komfort.

Ohne Straßen läuft nichts.
Wir wollen eine Verkehrpolitik ohne ideologische Scheuklappen. Dazu gehört ein deutliches Bekenntnis zum Verkehrsträger Straße. Nach allen Zukunftsszenarien wird die Straße der Verkehrsträger Nummer 1 bleiben.

Gerade in der Erschließung des Landes in der Fläche hat die Straße eine wichtige Aufgabe. Für die Wirtschaft ist der Straßengüterverkehr aufgrund seiner Flexibilität unerlässlich. Das gilt vor allem bei den immer wichtigeren termin- und zeitpunktgenauen Lieferungen. Eine gut ausgebaute Straßeninfrastruktur ist daher von großer Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes.

Fernstraßen zügig ausbauen.
Der dringend notwendige Ausbau der Fernverkehrsstraßen in Baden-Württemberg hinkt dem Bedarf hinterher. Seit vielen Jahren ist der Fernstraßenbau in unserem Land unterfinanziert. Die Konjunkturpakete haben nur kurzfristig Abhilfe schaffen können. Im Land gibt es derzeit baureife und im Bau befindliche Bundesfernstraßenprojekte im Umfang von fast 2 Milliarden Euro. Der Bund stellt dafür jährlich aber nur rund 200 Millionen Euro zur Verfügung. Für die CDU ist auch bei der Straße klar: Nach dem Aufbau Ost muss der Ausbau Südwest kommen. Dafür sind insgesamt mehr Bundesmittel für die Straße nötig. Wir wollen erreichen, dass der Bund die Gelder für Autobahnen und Bundesstraßen in Zukunft nicht mehr nach starren, jahrzehntealten Verteilerschlüsseln, sondern nach aktuellem Bedarf, aktuellem Verkehrsaufkommen und aktuellen demografischen Prognosen vergibt.

Wichtigste große Einzelvorhaben im Fernstraßenbereich sind für uns der Ausbau der Bundesautobahnen A5, A6 und A8, und der durchgängige Neubau der A 98 als dringend benötigte, leistungsfähige West-Ost Verbindung in Südbaden. Hinzu kommt der Bau zahlreicher Ortsumgehungen, um Menschen aktiv vor Lärm und Verkehr zu schützen. Wir setzen uns dafür ein, den Albaufstieg im Zuge der A8 als Maßnahme von europäischer Bedeutung über eine Sonderfinanzierung des Bundes zu realisieren.

Zur langfristigen Sicherung des Landesstraßenvermögens wollen wir künftig die Investitionen in die Erhaltung des Straßennetzes dauerhaft stärken. In den vergangenen Jahren haben wir mit dem Impulsprogramm und dem Landesinvestitionsprogramm dafür gesorgt, dass zusätzlich 60 Millionen Euro für Straßenbauvorhaben und 70 Millionen Euro für Erhaltungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Mit dem Nachtragshaushalt 2011 haben wir weitere 55 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Für die CDU-geführte Landesregierung haben Vermögenspflege und Bestandserhaltung Vorrang vor neuen Vorhaben.

Die kommunalen Straßen sind im Verbund mit den Bundes- und Landesstraßen für die Leistungsfähigkeit des gesamten Straßennetzes unerlässlich. Der Aus- und Neubau von kommunalen Straßen ist für Gemeinden, Städte und Landkreise meist ein finanzieller Kraftakt. Trotz knapper Mittel haben wir den kommunalen Straßenbau im Jahr 2010 mit 104 Millionen Euro gefördert. Wir wollen den kommunalen Straßenbau auch in den nächsten Jahren fördern, um zur Lösung der kommunalen Verkehrsprobleme beizutragen.

Sichere Infrastrukturfinanzierung gewährleisten.
Der Investitionsstau im Fernstraßenbau zeigt deutlich: Die konventionelle Finanzierung des Straßenbaus ist nicht ausreichend. Außerdem ist es aufgrund der angespannten Situation des Bundeshaushalts unwahrscheinlich, dass in absehbarer Zeit alle erforderlichen Mittel für den Straßenbau aufgebracht werden können.

Die private Vorfinanzierung von Autobahnabschnitten kann ein Modell sein, um wichtige Vorhaben vorziehen zu können. Allerdings werden hiermit Finanzierungslasten in die Zukunft verschoben und künftige Haushalte eingeengt.

Aus unserer Sicht führt daher kein Weg daran vorbei, verstärkt intelligente Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen. Eine intelligente Weiterentwicklung der LKW-Maut wäre dabei ein gangbarer Weg sein. Damit könnte der ökologische Umbau der Lastwagenflotte, gerade auch bei kleineren LKW, unterstützt werden. Die CDU Baden-Württemberg will sich auf Bundesebene auch für die Verwirklichung einer PKW-Vignette einsetzen.

Zusätzliche Einnahmen dürfen nicht im Haushalt versickern. Sie müssen vollständig den Nutzern der Infrastruktur zu Gute kommen. Daher muss die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) zu einer unabhängigen Gesellschaft zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur weiterentwickelt werden.

Flugverkehr – Zurückhaltung beim Infrastrukturausbau.
Beim Flugverkehr wenden wir uns gegen große neue Infrastrukturvorhaben. Vielmehr wollen wir die bestehenden Kapazitäten sichern und nur behutsam weiter ausbauen. Baden-Württemberg hat keinen Bedarf und kein Potential als internationale Drehscheibe des Flugverkehrs. Daher gilt für uns die Zusage, dass keine weitere Start- oder Landebahn am Landesflughafen Stuttgart kommt.

Die Anflüge auf den Flughafen Zürich-Kloten über deutsches Gebiet müssen begrenzt bleiben. 75.000 Überflüge über Südbaden im Jahr sind genug. Die bestehenden Sperrzeiten wollen wir beibehalten. Den so genannten gekröpften Nordanflug lehnen wir ab.

Stärkung des Schiffsverkehrs auf dem Neckar.
Wir wollen die Binnenschifffahrt als umweltfreundliche Alternative für den Güterverkehr stärken. Deshalb haben wir uns für eine Verlängerung der Neckarschleusen eingesetzt. Damit können die neuen Rheinschiffe zukünftig auch den Neckar befahren. Bis 2025 muss das Gesamtvorhaben abgeschlossen sein.

X. CHANCEN

DURCH SOLIDE HAUSHALTE

Solide Finanzpolitik ist das Markenzeichen der CDU.
Stabile und gesunde öffentliche Finanzen sind der Garant für Vertrauen in die Politik und für politische Gestaltungschancen. Wir wollen heute vernünftig wirtschaften, um auch morgen noch handlungsfähig zu sein.

Sparen heißt für uns, die Ausgaben zu verringern. Wir wenden uns dagegen, zur Stabilisierung der Staatsfinanzen immer nur an der Einnahmenschraube zu drehen. Steuern und Abgaben müssen auf das notwendige Maß begrenzt werden. Gerade kleine und mittlere Einkommen brauchen mittel- und langfristig eine Entlastung. Nur wenn die Bürger und Unternehmen etwas in der Tasche haben, können sie es für Investitionen und Konsum ausgeben. Das kurbelt unsere Wirtschaft an.

Sparen für unsere Kinder.
Sparen ist kein Selbstzweck. Denn die Schulden von heute sind die Belastung der Steuerzahler von morgen. Damit wollen wir Schluss machen. Die notwendige Konsolidierung unserer Finanzen gelingt nur, wenn wir bei den Ausgaben neue Prioritäten setzen. Dazu sind wir bereit. Wir sparen für unsere Kinder und nicht an unseren Kindern.

Im laufenden Doppelhaushalt 2010/2011 war die Nullverschuldung angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zu halten. Zu hohe Einsparmaßnahmen hätten die stotternde Konjunktur vollends abgewürgt. Die Konjunkturprogramme wären konterkariert worden. Die gerade in Baden-Württemberg wieder stark wachsende Wirtschaft führt zu Mehreinnahmen. Diese Mehreinnahmen verwenden wir ausschließlich zur Absenkung der Neuverschuldung.

In den kommenden Jahren wollen wir weiter sparen und klare Prioritäten setzen. Dabei müssen wir auch die hohen Personalausgaben des Landes im Auge behalten. Zukunftsweisende Projekte wollen wir nicht beschneiden. Deshalb wird mit uns bei Bildung und Forschung nicht gespart. Die Köpfe der Menschen sind die einzigen „Rohstoffe“ unseres Landes. Diesen Schatz wollen wir pflegen.

Wir spielen mit offenen Karten. Ausdruck verlässlicher und verantwortungsvoller Politik ist es, vor der Wahl zu sagen, was nach der Wahl passiert. Deshalb hat die CDU-geführte Landesregierung bereits im November 2010 Einsparvorschläge in Höhe von 500 Millionen Euro vorgelegt. So sparen wir Beamtenstellen in Ministerien und Regierungspräsidien ein. Zugleich nehmen wir die wichtigen Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung, Polizei sowie die Steuerfahndung davon aus. Mit unserem zukunftsfähigen Vorgriffstundenmodell auf freiwilliger Basis nutzen wir die demografische Entwicklung zu weiteren Einsparungen und vermeiden gleichzeitig finanzielle Einbußen bei den Beamtinnen und Beamten. Wir setzen auf die Bereitschaft unserer Beamten, durch freiwillige Mehrarbeit, einen Beitrag zur Sanierung des Landeshaushalts über Lebensarbeitszeitkonten zu leisten. Mit unserem Einsparprogramm gehen wir nicht den einfachsten Weg. Aber wir zeigen Mut zur Verantwortung, um finanzielle Spielräume zurückzugewinnen und der Verpflichtung kommenden Generationen gegenüber gerecht zu werden.

Nullverschuldung ist unser Ziel.
Wir stehen zur Schuldenbremse des Grundgesetzes. Für ihre Einführung haben wir uns stark gemacht, um Bund und Länder zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik zu verpflichten. Genauso stehen wir zum Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Wir sind bereit, unseren Teil für eine starke Wirtschaft und für eine stabile Währung zu leisten. Deshalb müssen sich alle Maßnahmen, auch die dieses Regierungsprogramms, am Ziel der Nullverschuldung orientieren.

Verantwortliche Haushaltspolitik ist mancherorts ein Fremdwort. Die rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen wollte mit der Hilfe der „Linken“ allein 2010 8,4 Milliarden Euro neue Schulden gemacht – mehr als dreimal so viel wie Baden-Württemberg.

Mit zwei Haushalten ohne Neuverschuldung in den Jahren 2008 und 2009 haben wir gezeigt, dass schuldenfreie Haushalte möglich sind – erstmals seit 35 Jahren. Wir hätten sogar Schulden zurückzahlen können, wenn nicht die Wirtschaftskrise diesen erfolgreichen Konsolidierungskurs unterbrochen hätte. Unser Ziel ist es, so schnell wie möglich zur Netto-Nullverschuldung zurückzukehren.

Belastungen künftiger Haushalte nicht aus dem Blick verlieren.
Wir wollen die Belastungen künftiger Haushalte nicht aus dem Blick verlieren. Finanzielle Vorfestlegungen wie Pensionsausgaben für die Beamtinnen und Beamten schränken die Handlungsspielräume immer mehr ein. Daher war es richtig, in der vergangenen Legislaturperiode einen Versorgungsfonds einzuführen. Dieser wurde mit 500 Millionen Euro Grundkapital ausgestattet. Für alle neuen Beamten werden monatliche Zahlungen an den Fonds abgeführt. Um diese Vorsorge auszubauen, wollen wir dem Fonds in der nächsten Legislaturperiode zusätzliches Grundkapital zuführen. Außerdem wollen wir die implizite Verschuldung des Landes transparenter darstellen.

Änderungen am Länderfinanzausgleich sind nötig.
Wir stehen zur Solidarität mit anderen Bundesländern. Wir fordern von ihnen aber auch eigene Verantwortung ein. Solidarität und Selbstverantwortung sind für uns zwei Seiten derselben Medaille – auch im föderalen Miteinander. Einen bedingungslosen Länderfinanzausgleich, der bei den Nehmerländern völlig falsche Anreize setzt, lehnen wir ab.

Das derzeitige System des Länderfinanzausgleichs ist kompliziert, leistungsfeindlich und ungerecht. Seiner ursprünglichen Zielsetzung kommt der Länderfinanzausgleich schon lange nicht mehr nach. Wir halten es für untragbar, dass sich viele Empfängerländer Luxusausgaben leisten, auf die das Zahlerland Baden-Württemberg aus finanzpolitischer Vernunft verzichtet. Solche Auswüchse wollen wir unseren Bürgern nicht länger zumuten. Ohne die Einzahlungen in den Länderfinanzausgleich wäre Baden-Württemberg heute schuldenfrei.
Bis Ende 2009 haben wir 46,4 Milliarden Euro einbezahlt. Der Schuldenstand lag zum gleichen Zeitpunkt bei lediglich 41,7 Milliarden Euro. Wir wollen daher vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich klagen.

Unabhängig von dieser Klage endet das derzeitige System im Jahr 2019. Wir wollen daher in der kommenden Legislaturperiode Verhandlungen mit den anderen Bundesländern führen, um den Länderfinanzausgleich in Zukunft gerechter zu gestalten. Die Belastungen Baden-Württembergs müssen auf jeden Fall verringert werden.

Land und Kommunen – starke Partner.

Die CDU in Baden-Württemberg steht für das Subsidiaritätsprinzip. Die Kommunen sind die starke Basis unseres Landes. Die CDU ist Anwalt unserer Kreise, Städte und Gemeinden. Land und Kommunen haben in der Vergangenheit eine starke und faire Partnerschaft gelebt. Daran wollen wir festhalten. Offenheit, Ehrlichkeit und Transparenz sind gerade bei den Finanzbeziehungen wichtig.

Wir wehren uns gegen immer neue Aufgabenübertragungen des Bundes und der Europäischen Union auf die kommunale Ebene. Wo dies geschieht, muss es einen finanziellen Ausgleich geben. Auch hier gilt das Prinzip: „Wer bestellt, der bezahlt“. Wir wollen die Kommunen entlasten. Deshalb setzen wir uns für den Abbau überzogener Standards ein.

Wir wollen die Eigenständigkeit unserer Kommunen auch in finanziellen Fragen stärken. Ihre Spitzenposition im Bundesvergleich wollen wir sichern. Eine Sanierung des Landeshaushalts auf Kosten der Kommunen lehnen wir ab. Vielmehr bieten wir den Kommunen eine Finanzpartnerschaft auf Augenhöhe an.

Wir streben an, baldmöglichst einen „Pakt für Chancengleichheit“ mit den Kommunen zu schließen. Darin sollen die Finanzbeziehungen im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden für die gesamte nächste Legislaturperiode geregelt werden. Das Land wird sich darin unter anderem verpflichten, den Einsatz der pädagogischen Assistenten auszubauen, während die Kommunen den Ausbau der Schulsozialarbeit übernehmen sollen. Das schafft Vertrauen und Planungssicherheit für beide Seiten.

Sicherheit brauchen die Kommunen auch im Bereich der Steuereinnahmen. Deshalb müssen die Einnahmen unserer Städte und Gemeinden verstetigt werden. Die CDU-geführte Landesregierung unterstützt eine Reform der Gemeindefinanzierung auf Bundesebene, sofern sie diesem Ziel Rechnung trägt. Gegen den Willen und zu Lasten der Kommunen darf es keine Reform geben.

XI. BADEN-WÜRTTEMBERGS

CHANCEN IN DER WELT UND IN EUROPA

Europa ist Chance und Erfolg.
Der europäische Einigungsprozess bedeutet für Baden-Württemberg eine große Chance und einen beispiellosen Erfolg zugleich: Im geographischen Herzen des Kontinents gelegen, exportiert unsere Wirtschaft einen großen Teil ihrer Produkte in die Mitgliedstaaten der EU. Umfangreiche Fördermittel fließen aus Brüssel zurück in unser Land und unsere Bürgerinnen und Bürger leben mit ihren Nachbarn in Frieden und Wohlstand zusammen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg auf europäischer Ebene eine aktive Rolle spielt. In enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern auf nationaler wie europäischer Ebene werden wir unseren Beitrag zur gemeinsamen Zukunft des Kontinents leisten und dabei die Chancen für unser Land nutzen.

In vielen Initiativen und Kommissionen arbeitet das Land gut mit seinen Nachbarn zusammen. Einen besonderen Stellenwert hat dabei die von Baden-Württemberg mitinitiierte Donaustrategie. In den kommenden Jahren gilt es, diese Zusammenarbeit im Bereich Bildung, Wirtschaft und Forschung im Donauraum zu stärken. Daneben arbeiten wir grenzüberschreitend in der Internationalen Bodenseekonferenz, der Trinationalen Metropolregion am Oberrhein und den sog. „Vier Motoren für Europa“ auch besonders eng mit Frankreich, Österreich, Italien, der Schweiz und Spanien zusammen.

EU-Erweiterung mit Augenmaß.
Für uns ist die Europäische Union mehr als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Sie ist auch eine Wertegemeinschaft. Deshalb müssen wir eine Überforderung beitrittswilliger Staaten, aber auch der Aufnahmefähigkeit der EU vermeiden. Dies gilt gerade für einen möglichen EU-Beitritt der Türkei. Die Mitgliedstaaten sind aufgerufen, Alternativen zu einer EU-Vollmitgliedschaft der Türkei zu entwickeln. Die Vorteile enger Beziehungen der EU mit der Türkei in Energie-, Sicherheits- und Verteidigungsfragen können auch innerhalb einer privilegierten Partnerschaft genutzt werden.

Den europäischen Gedanken mit Leben füllen.
Wir beobachten mit Sorge, dass die Begeisterung der Menschen für den europäischen Gedanken in vielen Staaten der EU nachlässt. Europa ist für viele zu einer Selbstverständlichkeit geworden und wird von den Eindrücken europäischer Bürokratie und Umverteilung überlagert. Deshalb wollen wir den europäischen Gedanken wieder mit mehr Leben füllen. Ein Bestandteil wird dabei der Einsatz für die deutsche Sprache auf europäischer Ebene sein. Als offizieller Arbeitssprache muss dieser endlich ein gleichberechtigter Stellenwert neben Englisch und Französisch eingeräumt werden. Daneben muss der Bürokratieabbau entschieden fortgesetzt werden: Neben der Schaffung eines Europäischen Normenkontrollrats nach deutschem Vorbild muss das Ziel einer Reduzierung der Bürokratielasten um 25 Prozent bis 2012 beibehalten werden.

Der Euro muss stabil bleiben.
Im globalen Wettstreit der Währungen wird der Euro seine starke Stellung nur behaupten können, wenn der Stabilitätspakt auch in Zukunft für die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Finanz- und Geldpolitik in Europa steht. Der angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise geschaffene „EU-Rettungsschirm für den Euro“ darf kein Freibrief für Defizitsünder sein. Hilfen zur Stabilisierung müssen absolute Ausnahme bleiben und dürfen nur unter strengen Bedingungen gewährt werden. Euro-Länder müssen selbst dafür verantwortlich bleiben, ihre Haushalte zu sanieren, damit die Währungsunion nicht zur Transferunion wird. Einen Länderfinanzausgleich auf europäischer Ebene lehnen wir ab. Daneben wird sich eine CDU-geführte Landesregierung für eine konsequente Fortsetzung der Regulierung der Finanzmärkte einsetzen. In der Krise hat sich das stabile deutsche Dreisäulenmodell im Bankensektor bewährt. Es darf nicht angetastet werden. Gleichzeitig muss die europäische Finanzarchitektur mit Augenmaß und ohne nationale Alleingänge fortentwickelt werden.

Finanzen fair und transparent ausgestalten.
Die Menschen wollen wissen, wofür und warum Europa Geld ausgibt. Gerade Deutschland als größter Nettozahler muss auf eine sparsame, effiziente und transparente Mittelverwendung drängen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Nettozahlerposition Deutschlands nicht verschlechtert wird und dass gerade die Bereiche Innovationen und Forschung gefördert werden. Neben der Unterstützung weniger entwickelter Regionen erwarten wir von der EU auch gezielte Förderung für diejenigen Regionen, die – wie Baden-Württemberg – als Motor und Schrittmacher wesentlich zur Entwicklung Europas beitragen. Diesen Grundsatz getreu dem Motto „Stärken stärken“ muss die EU-Strukturpolitik auch nach 2013 verfolgen.

Verantwortung in der Welt.
Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise mit globalen Folgen müssen wir auch unsere Verpflichtung gegenüber den Menschen weltweit im Blick behalten, für die unser Wohlstand unerreichbar ist. Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit nach und nach ausbauen und ihre Aktivitäten mit neuen gezielten Projekten verstärken. Darüber hinaus wollen wir Entwicklungsländern unsere weltweit hoch geschätzten Erfahrungen in der beruflichen Bildung besser zugänglich machen. Mit internationalen Bildungspartnerschaften können arme Ländern beim Aufbau erfolgreicher Ausbildungsstrukturen entsprechend dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ unterstützt werden.

Wirtschaftlich will das Land weltweit Türöffner in aufstrebenden Märkten sein. Besonders Kooperationen und Staatsbesuche in den BRIC- und ASEAN-Staaten sowie den arabischen Staaten im Mittleren Osten gilt neben der engen Kooperation mit den 27 EU-Staaten ein Hauptaugenmerk.

XII. BADEN-WÜRTTEMBERGS CHANCEN

IN GUTEN HÄNDEN

Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit.
Die CDU Baden-Württemberg steht für Berechenbarkeit und Verlässlichkeit – vor und nach der Wahl. Wir benennen klar, was nach unserer Überzeugung notwendig ist, damit Baden-Württemberg seine Zukunftschancen bewahrt. Wir tun lieber, worauf es ankommt, statt immer nur zu sagen, was ankommt. Wir wissen, dass politische Verantwortung mehr bedeutet, als nur dem gerade aktuellen Meinungstrend hinterher zu laufen. Unser Anspruch ist, dass sich die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger auf unser Wort und auf unseren Einsatz für dieses Land verlassen können.

Für die CDU ist klar: Die Menschen in Baden-Württemberg wollen keine Politik des Populismus. Sie wollen spüren, dass ihre gewählten Vertreter ihr Mandat und ihre Verpflichtung ernst nehmen und verlässliche, verantwortliche Entscheidungen treffen. Das ist unser Selbstverständnis als die Baden-Württemberg-Partei. Damit treten wir an zur Landtagswahl.

Politik im Dialog – Bürgerbeteiligung.
Wir machen unser Angebot einer klaren und glaubwürdigen Politik – in fairer Partnerschaft und engem Dialog mit den Städten und Gemeinden, der Wirtschaft, den Gewerkschaften und Verbänden. Wir setzen weiterhin auf die gute Zusammenarbeit mit allen Akteuren aus Kultur, Jugend- und Seniorenarbeit, aus Umwelt- und Naturschutz sowie mit den Beamten und Angestellten des Landes.

Besonders die Kirchen sind für uns wichtige Ansprechpartner. Ihr Rat hat für uns besonderes Gewicht. Wir wollen, dass die Menschen in Baden-Württemberg weiter vom engen und vertrauensvollen Miteinander von Kirchen und Land profitieren können. Wir stehen zum konfessionellen Religionsunterricht an unseren Schulen, zum Sonn- und Feiertagsschutz, zu den Pflichten des Landes aus dem Staatskirchenvertrag und zu den besonderen christlichen Bezügen in unserer Landesverfassung.

Wir wollen alle mitnehmen auf dem chancenreichen Baden-Württemberg-Weg: Die Unternehmer und Arbeitnehmer, die in schwieriger Zeit in starker Tarifpartnerschaft Flexibilität und Verantwortung bewiesen haben, die Familien, die für ihre Kinder eine gute Zukunft wollen, die älteren Menschen, auf deren Erfahrung und Teilhabe wir nicht verzichten können, die Menschen, die in unseren Land eine neue Heimat gefunden haben und die sich bei uns integrieren, und auch alle, die auf die Solidarität unserer Gemeinschaft besonders angewiesen sind.

Wir haben aus den Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 gelernt. Deshalb wollen wir einen Prozess beginnen, in dem wir fundiert und umfassend über neue Formen der Bürgerbeteiligung nachdenken. Die CDU wird dazu im neuen Landtag eine Enquêtekommission vorschlagen. Wir wollen jenseits von Wahlkampf und politischem Tagesgeschäft eine ehrliche Diskussion zur Zukunft unserer parlamentarischen Demokratie führen. Dazu wollen wir Bürger, Wissenschaftler und Abgeordnete aller Parteien einladen. Baden-Württemberg braucht ein starkes Parlament, aber auch verantwortungsbewusste und gemeinwohl-orientierte Bürger, die sich engagiert einbringen.

Stefan Mappus – unser Ministerpräsident.
Bei Wahlen geht es nicht nur um Programme und Projekte, sondern auch um persönliches Vertrauen. Mit Ministerpräsident Stefan Mappus hat die CDU einen Spitzenkandidaten, der Vertrauen schafft und für Verlässlichkeit steht. Sein Wort gilt. Sein Kurs ist klar.

Stefan Mappus kennt die Themen, die die Familien, die Kommunen und die Unternehmen im Land betreffen und bewegen. Als Familienvater steht er mitten im Leben. Als Ökonom ist er der Garant dafür, dass Baden-Württemberg erfolgreich bleibt. Als Ministerpräsident tritt er ein für eine Politik, die sich an bleibenden Werten und an den neuen Chancen Baden-Württembergs orientiert.

Stefan Mappus macht Politik aus Verantwortung. Er kommt aus der Kommunalpolitik, ist seit vielen Jahren Abgeordneter, war Staatssekretär, Minister und Fraktionsvorsitzender. Er hat die Kraft, die Erfahrung und die Kompetenz, um Baden-Württemberg zu führen. Gleichzeitig, weiß er, wie die Menschen im Land denken und empfinden. Stefan Mappus ist einer von uns und einer für uns. Er ist der richtige Mann für Baden-Württemberg.

REGISTER

A ..... **SEITE**
Arbeit, Arbeitsplätze ..... 14, 34 – 37, 40 – 44, 55, 65, 72, 80, 86, 104
Arbeitslosigkeit ..... 20, 34 – 36, 44
Ausbildung, Weiterbildung ..... 21, 22, 35 – 37, 43, 44, 48, 50, 58, 62

B ..... **SEITE**
Behinderte Menschen 16, 17, 24, 72, 73
Bildung ..... 12 – 14, 20 – 25, 48, 57, 66 – 68, 70, 73, 74, 81, 94, 96, 100, 101
Breitbandversorgung 80
Bundeswehr 65

D ..... **SEITE**
Demographie 48, 72, 76, 80, 94

E ..... **SEITE**
Ehrenamt ..... 23, 48 – 49, 65, 69 – 71, 74
Elektromobilität 40, 86, 87
Energie, Energieversorgung ..... 54 – 57, 60, 83
Europa, Europäische Union 60, 74,82, 83, 96, 100, 101

F ..... **SEITE**
Familie ..... 12 – 17, 23, 49, 62, 76, 104, 105
Feuerwehren 65, 69
Finanzpolitik ..... 94 – 96, 101
Finanz- und Wirtschaftskrise 34, 36, 42, 43, 74, 94, 95, 101
Forschung, Innovation ..... 28 – 31, 37, 40 – 43, 60, 80, 86, 94, 100, 101
Frauen 14, 35, 62

G ..... **SEITE**
Ganztagesschulen 23, 25, 70
Gesundheit ..... 28, 35, 40, 41, 57, 71 – 74, 81, 82

H ..... **SEITE**
Hochschule, Universität ..... 13, 28 – 31, 37, 42, 44, 48, 50, 80, 81

I ..... **SEITE**
Innere Sicherheit ..... 61 – 65
Integration, Zuwanderung ..... 30, 44, 63, 64, 66 – 68, 71, 104

J ..... **SEITE**
Jugend ..... 12, 16, 20, 23 – 25, 36, 48, 63, 64, 68 – 71, 74, 75, 104

K ..... **SEITE**
Kinder ..... 12 – 17, 20 – 25, 48, 49, 64, 67, 69, 71, 73, 74, 75, 81, 94, 104
Kirchen ..... 15, 16, 23, 25, 48, 66 – 70, 104
Kleinkindbetreuung: 12
Klimaschutz, Klimawandel, Erneuerbare Energien ..... 40, 54 – 59
Kommunen 12, 14, 20, 36, 50, 57, 58, 60, 63, 64, 68, 80, 81, 83, 90, 97, 104
Kultur 23, 41, 66, 67, 68, 69, 81, 104

L ..... **SEITE**
Land- und Forstwirtschaft 57, 59, 82, 83
Länderfinanzausgleich 95, 96, 101
Ländlicher Raum ..... 23, 41, 68, 72, 80 – 83, 88
Lärmschutz 57, 58, 90
Lebensschutz 16, 17, 73

M ..... **SEITE**
Medien 20, 41, 42, 65, 68, 74, 81
Mittelstand 31, 36, 42, 43
Musik 14, 68

O ..... **SEITE**
ÖPNV 89

P ..... **SEITE**
Pflege, Betreuung ..... 28, 40, 48 – 50
Polizei ..... 61 – 64, 94

R ..... **SEITE**
Rheintalbahn 58, 87, 88, 89

S ..... **SEITE**
Schiffsverkehr 91
Senioren, Ältere Arbeitnehmer ..... 34, 35, 48 – 50, 70, 104
Soziale Gerechtigkeit, Solidarität ..... 14, 20, 21, 29, 34 – 37, 42, 70, 71, 86, 104
Soziale Marktwirtschaft 34, 37
Sport 71
Sprachförderung 14, 14
Steuern und Abgaben 37, 60, 94, 96
Straßenbau 86, 87, 89, 90
Studium 29, 30, 44
Stuttgart 21 ..... 58, 87, 88, 104

T ..... **SEITE**
Tierschutz 59, 60
Tourismus 41, 59, 82

U ..... **SEITE**
Umweltschutz, Naturschutz ..... 28, 40, 54, 55, 57 – 61, 82, 86, 88, 91, 104

V ..... **SEITE**
Verbraucherschutz 51, 54, 73, 74, 75, 82
Verkehr und Infrastruktur ..... 14, 54, 58, 69, 70, 86 – 91
Verwaltung 62, 63, 75, 81

W ..... **SEITE**
Wachstumsbereiche 25, 35, 40, 41, 60, 72
Werkrealschule 23, 81
Wirtschaft ..... 14, 25, 28, 30, 31, 34 – 37, 40 – 44, 48, 49, 54, 56,
..... 57, 60, 65, 73, 75, 80, 86, 89, 94, 95, 100, 104

NOTIZEN

CDU Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle

Hasenbergstraße 49b
70176 Stuttgart

www.cdu-bw.de